PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH !

kommunistische volkszeitung

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

Wochenzeitung P 21903 C

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: W. Maier – Erscheint im Verlag: Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Sandhofer Straße 29, 6800 Mannheim, Telefon 0621/75 20 15 – Druck: Caro-Druck, Am Ochsenhorn 6, 6831 Plankstadt – Auflage: 40 000 – Redaktion: Sandhofer Str. 29, 6800 Mannheim, Telefon 0621/75 20 14 – Ständiger Ausschuß des ZK des KBW: Telefon 0621/75 20 12 – Jahresabonnement: incl. Porto 36 DM, In- und Ausland. Abonnements-Einzelbestellung durch Einzahlung auf Konto Buchvertrieb Hager GmbH, Volksbank Mannheim, Nr. 18 909 05, oder: PSchA Karlsruhe Nr. 958 37-753 – Die Zeitung wurde am Dienstag, den 18. Mai 1976, fertiggestellt.

20. Mai 1976 Jg. 4 Nr. 20 50 Pfennig

Urabstimmung der Druckarbeiter

Die Großbetriebe beugen sich dem Lohnraubabschluß nicht!

– Eine eindrucksvolle Kampfansage an die Kapitalisten –

Wie war es möglich, daß die Druckarbeiter nach einem harten, mit großer Disziplin und Geschlossenheit geführten Lohnkampf doch noch mit 6 Prozent auf den Tariflohn und einer einmaligen Abschlagszahlung von 275 DM für die Monate April/Mai abgespeist werden konnten?

Es ist eine Tatsache, daß die Belegschaften ihre Geschlossenheit wahren konnten. Der Streik ist nicht abgebröckelt. An mangelnder Kampfentschlossenheit der Arbeiter hat es nicht gelegen.

Auf der *Gegenseite*, bei den Kapitalisten, war schon der größte Krach im Gange. Die „Frankfurter Allgemeine" enthüllt es in ihrer Ausgabe vom Donnerstag, dem 13. Mai:

„Nach tagelangen ergebnislosen Verhandlungen der beiden Tarifparteien hatte die Geschäftsführung der ‚Frankfurter Allgemeinen Zeitung' der Verhandlungskommission des Bundesverbandes Druck empfohlen, ‚die Verhandlungen unverzüglich zu einem vertretbaren Abschluß zu bringen', und die bisherige Verhandlungsführung mißbilligt."

Zum gleichen Zeitpunkt gingen bei der Verhandlungskommission der IG Druck waschkorbweise die Telegramme ein, daß man sich auf ein 6-Prozent-Angebot nicht einlassen und an der erhobenen Forderung festhalten soll.

Der Bundesverband Druck hatte seinen Mitgliedern empfohlen, nicht mehr in der „Frankfurter Allgemeinen" zu inserieren. Deswegen enthüllt die „Frankfurter Allgemeine" den schlechten Zustand im Kapitalistenlager.

Für die Kapitalisten war es ein Himmelsgeschenk, daß die Sozialdemokraten, die in der IG Druck und Papier die Führung haben, doch noch zu Füßen des Schlichters gekrochen kamen.

Zum Redaktionsschluß dieser Ausgabe der KVZ laufen die Ergebnisse der Urabstimmung erst nach und nach ein. In den Fernsehnachrichten heißt es, „knapp über die Hälfte" der Druckarbeiter habe dem Abschluß zugestimmt. Nach den Meldungen, die uns aus den Großbetrieben der Drukkindustrie vorliegen, waren dort je zwischen 60 und über 80 Prozent gegen diesen Abschluß. Für die Bourgeois wird eine Sache „demokratisch", wenn es über 50 Prozent sind. 49,9 Prozent sind „undemokratisch". 50,1 Prozent „demokratisch". Das mag der Grund sein, warum sie alles unternehmen werden, um ein Ergebnis von „mehr als 50 Prozent" auszurechnen.

Für die Arbeiter sind solche parlamentarischen Zahlenspielchen sowieso wertlos. Wenn die Arbeiter ihren Feinden, den Kapitalisten entgegentreten wollen, nützen ihnen 49,9 Prozent nichts, und 50,1 Prozent nützen ihnen kein Deut mehr oder weniger. Sie müssen eine Einheit herausbilden, die ihre überwältigende Mehrheit im Kampf zusammenschließt. Sonst können sie gegen die Kapitalisten nicht bestehen.

Diese Einheit herzustellen und gegenüber den wütenden ideologischen, politischen und auch polizeilichen Angriffen der Kapitalistenklasse und ihres Staats zu halten, ist den Druckarbeitern zwei Wochen gelungen. Es ist den Druckarbeitern sogar gelungen, ihre geschlossene Kampffront nach dem schändlichen Manöver der „Streikaussetzung" wieder aufzurichten. Sogar als der Vorstand der IG Druck und Papier so weit ging, die Druckarbeiter aus den kleinen Betrieben direkt wieder zur Arbeit zu *schicken*, wo doch sowieso klar ist, daß ein Streik in einem Betrieb von 20 oder 40 Mann nicht leicht zu halten ist, haben die größeren Belegschaften die Kampffront aufrechterhalten können.

Es wurden sogar noch Demonstrationen durchgeführt. Sogar als die Streikleitung der IG Druck den Streik abermals aussetzte, brach die Kampffront nicht auseinander. Die Belegschaften versammelten sich oft vor Arbeitsbeginn nochmals im Streiklokal. An vielen Orten fielen Schichten aus.

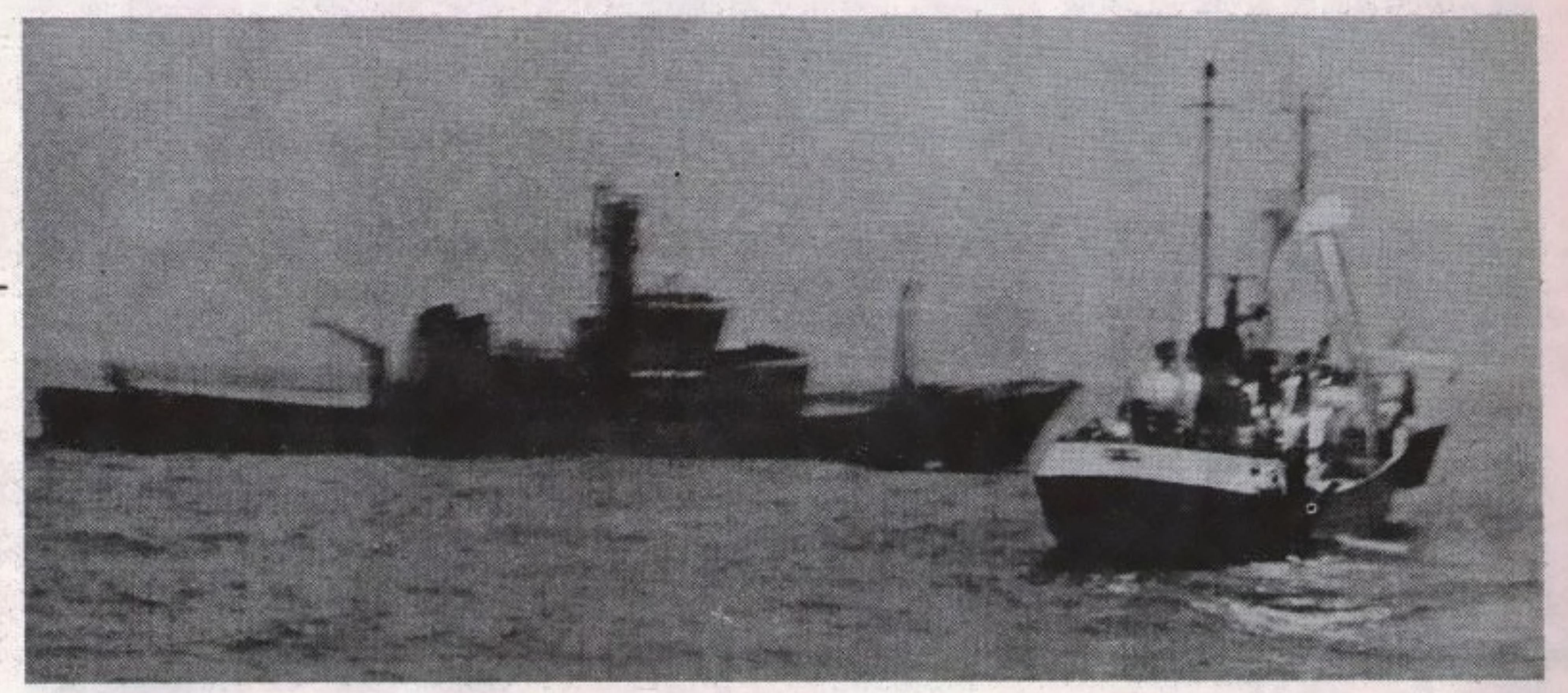
Die Urabstimmung der Druckarbeiter über den 6-Prozent-Abschluß stellt unter diesen Bedingungen einen Gradmesser der Reife der Arbeiterbewegung dar. Denn schaut man sich die Ergebnisse der großen Druckereien an, so sieht man, daß die Stimmen dort nicht als „Proteststimmen" sozusagen in der sicheren Erwartung „Es reicht ja doch nicht" abgegeben worden sind. Dazu sind es viel zu viele. Es sind dies Stimmen für die gewaltige Aufgabe, nach den ganzen Machenschaften abermals mit dem Wiederaufbau einer Streikfront zu beginnen. Das Urabstimmungsergebnis ist somit eine eindrucksvolle Kampfansage der Arbeiter an die Kapitalisten.

Das macht auch die Unruhe, die die Kapitalistenklasse und ihre Journalisten bei der Beurteilung des Streiks überfällt und sie zu wüsten Lügnereien treibt.

Die Bourgeois müssen jetzt schon über eine geraume Zeit hinweg beobachten, wie eine Abteilung der Arbeiter nach der anderen in den gegenwärtigen Lohnbewegungen die Fessel, mit der die Sozialdemokratie die Arbeiterbewegung von der Entfaltung ihrer Kraft abhalten will, Faden für Faden abreibt. Jedesmal, wenn ein solcher Faden reißt, zucken die Kapitalisten wie von einem Peitschenschlag getroffen zusammen. Die Druckarbeiter haben das Verdienst, mehrere dieser Fäden gleichzeitig zerrissen zu haben.

Einige Urabstimmungsergebnisse aus größeren Betrieben

Ort	Betrieb	Belegschaftsgröße	Stimmen gegen den Abschluß und für Fortsetzung des Streiks
Hamburg	Bauer	800	80,2 %
Bremen	Weser Kurier	800	70,0 %
Köln	Kölnische Verlagsdruckerei	600	58,4 %
Essen	Girardet	1 300	73,0 %
Gießen	Gießener Anzeiger	480	56,0 %
Wiesbaden	Wiesbadener Graphische Betriebe	160	76,6 %
Darmstadt	Springer	500	52,0 %
Mannheim	Mannheimer Morgen Großdruckerei	650	70,4 %
München	Süddeutscher Verlag	1 680	43,0 %
München	Merkur Pressehaus	1 100	59,5 %



Vor Island hat in der vergangenen Woche ein isländisches Wachschiff erstmals Waffen eingesetzt, um die Fischgründe, von deren Ausbeutung die isländische Bevölkerung zum großen Teil lebt, gegen britische Trawler zu verteidigen. Die BRD hält sich in dem Streit zurück und hat mit Island ein Abkommen geschlossen. Der Hintergrund: 1974 haben westdeutsche Fischereiflotten vor Island nur 16,9 Prozent ihrer Fänge gefischt und hatten eine erheblich niedrigere Ausbeute als in den meisten anderen, weiter entfernten Fischgründen pro Fangtag. Die westdeutschen Fischereimonopole verfügen über moderne Flotten. Von 1968 bis 1974 hat sich die Größe des durchschnittlichen Fischereimotorschiffs von 976 Bruttoregistertonnen auf 1 688 Bruttoregistertonnen fast verdoppelt.

Haushaltsdebatte im Bundestag

Die Lohnabhängigen müssen die Steuern zahlen, die Kapitalisten streichen ein

„Steuererhöhungen sind notwendig, um das Netz der sozialen Sicherheit zu erhalten." Das behauptete in der vergangenen Woche der SPD-Sprecher von Bülow im Bundestag. Der Mann und seine Partei lügen. Sie lügen in betrügerischer Absicht. Tatsächlich wird mit dem Bundeshaushalt 1976 die Beraubung der arbeitenden Massen zugunsten der Kapitalistenklasse weiter verschärft.

Von allen Steuern, die in die Bundeskasse eingehen, stammten 1975 mehr als 75 % aus Besteuerung der Lohnabhängigen. Entweder durch direkte Besteuerung der Löhne und Gehälter oder indirekt durch die Umsatzsteuer, die Verbrauchssteuer auf Tabak, Branntwein, Salz usw. Aus der Besteuerung des von den Arbeitern geschaffenen und von der Kapitalistenklasse angeeigneten Mehrwerts stammten knapp 25 % der Bundessteuern.

75 % der Steuern werden aus dem Lohn gezogen

Zu diesem Ergebnis kommt man, wenn man die 1975 vom Bund eingezogenen Steuern nach ihrer Herkunft aufschlüsselt. Wenn man also die Bundesanteile an der Lohnsteuer auf der einen Seite von den Bundesanteilen an der veranlagten Einkommenssteuer, der Körperschaftssteuer und der Kapitalertragssteuer auf der anderen Seite sondert. Die eine wird gezahlt aus dem Lohn, die anderen zum größten Teil aus Mehrwert. Und wenn man weiter die indirekt, im Preis der Waren mitgezahlten Steuern nach dem Verhältnis aufteilt, in dem die Bevölkerung in 84,3 % Lohnabhängige und 15,7 % Selbständige gespalten ist. Das betrifft die Steuern auf den Umsatz, vor allem die Mehrwertsteuer, die Verbrauchssteuern auf zahlreiche Waren und die Gewerbesteuerumlage, die von den Kapitalisten im Preis der Waren direkt weitergereicht wird. Die Aufteilung dieser indirekten Steuern nach der grob erfaßten Klassenspaltung der Gesellschaft, gibt zwar nur einen Annäherungswert, weil z.B. die Kapitalisten unter den Selbständigen mit Sicherheit das Vielfache eines Arbeiters verbrauchen. Aber deswegen zahlen sie für ihre Vergnügungen noch lange keine Steuern, sondern können das meiste davon wieder von der Steuer absetzen lassen, z.B. ihre Luxuskutschen über die Firma laufen usw.

Gut 90 Milliarden DM waren es so, die 1975 den Lohnabhängigen als Steuer allein für den Bundeshaushalt abgenommen wurden. 1976 werden es noch mehr sein und der Anteil der Lohnabhängigen an der gesamten Steuerlast wird weiter steigen durch die Lohnsteuerprogression, während die Steuern auf den Mehrwert, den die Kapitalisten sich angeeignet haben und die 1975 für den Bund knapp 30 Milliarden DM ausmachten, durch Einführung des sogenannten VErlustrückträges weiter sinken werden.

Der Bundeshaushalt ist so ein gewaltiger Hebel, womit die Kapitalistenklasse die Lohnabhängigen schröpft und sich selber bereichert sowie ihre gemeinsamen Geschäfte als herrschende Klasse finanziert. Untersucht man die Verwendung der Haushaltsmittel nach dem Entwurf der Bundesregierung für 1976, so ergibt sich folgendes Bild:

Ausgaben für Unterdrükkung der arbeitenden Klassen

58,6 Milliarden DM sind angesetzt für die Unterdrückung der arbeitenden Klassen, die Zurüstungen für den Kampf gegen die Bourgeoisklassen anderer Länder und die Befreiungskämpfe der Völker. Dieses Geld geht in den Unterhalt der Armee, der Polizei, des Justiz- und Verwaltungsapparates sowie in die Pensionen für Beamte und Angestellte, die früher im Unterdrückungsapparat beschäftigt waren.

... für Erhöhung der Profite

Weitere 50,6 Milliarden DM sollten nach dem Haushaltsentwurf der Bundesregierung direkt verwendet werden, um dem Kapital höheren Profit zu verschaffen. Entweder durch Verbilligung der Kosten für Produktionsmittel oder durch Verbilligung der Arbeitskraft.

Fortsetzung Seite 2

Kriegskosten

„Dieser Streik war, um es einmal ganz deutlich auszudrücken, so überflüssig wie ein Kropf. Er brachte beiden Seiten nur Verluste. Für die Beschäftigten der Druckindustrie ist heute schon klar, daß jetzt noch erreichte kleine Verbesserungen im Tarifabschluß die Lohneinbußen während der Streiktage nicht ausgleichen." So ließ die bürgerliche Klasse am Abend des 13. Mai im Fernsehen nach dem Abschluß in der Druckindustrie den Streik kommentieren.

Auf derartige Erwägungen hat Karl Marx schon vor 130 Jahren die Antwort erteilt:

„Alle diese Einwände der bürgerlichen Ökonomisten sind wie gesagt richtig von ihrem Gesichtspunkt aus. Handelte es sich in den Assoziationen wirklich nur um das, worum es sich zu handeln scheint, nämlich um die Bestimmung des Arbeitslohns, wäre das Verhältnis von Arbeit und Kapital ein ewiges, so würden diese Koalitionen an der Notwendigkeit der Dinge erfolglos scheitern. Aber sie sind das Mittel der Vereinigung der Arbeiterklasse, der Vorbereitung zum Sturz der ganzen alten Gesellschaft mit ihren Klassengegensätzen. Und von diesem Standpunkt aus lachen die Arbeiter mit Recht über die klugen bürgerlichen Schulmeister, die ihnen vorrechnen, was ihnen dieser Bürgerkrieg an Gefallenen, Verwundeten und Geldopfern kostet. Wer den Gegner schlagen will, wird nicht die Kosten des Kriegs mit ihm diskutieren. Und wie wenig die Arbeiter so engherzig sind, beweist den Ökonomen selbst der Faktor, daß die bestbezahlten Fabrikarbeiter die meisten Koalitionen machen und daß die Arbeiter alles, was sie abknapsen können von ihrem Lohn, auf Bildung politischer und industrieller Assoziationen und Bestreitung (der Kosten) dieser Bewegung verwenden. Und wenn die Herrn Bourgeois und ihre Ökonomen in philanthropischen Augenblicken so gnädig sind, in das Minimum des Arbeitslohns, d.h. des Lebens, etwas Tee oder Rum oder Zucker und Fleisch eingehn zu lassen, so muß es ihnen dagegen ebenso schändlich als unbegreiflich erscheinen, daß die Arbeiter in dies Minimum ein wenig der Kriegskosten gegen die Bourgeoisie einrechnen und daß sie aus ihrer revolutionären Tätigkeit sogar das Maximum ihres Lebensgenusses machen." (Karl Marx, Arbeitslohn. In: Lohnarbeit und Kapital)

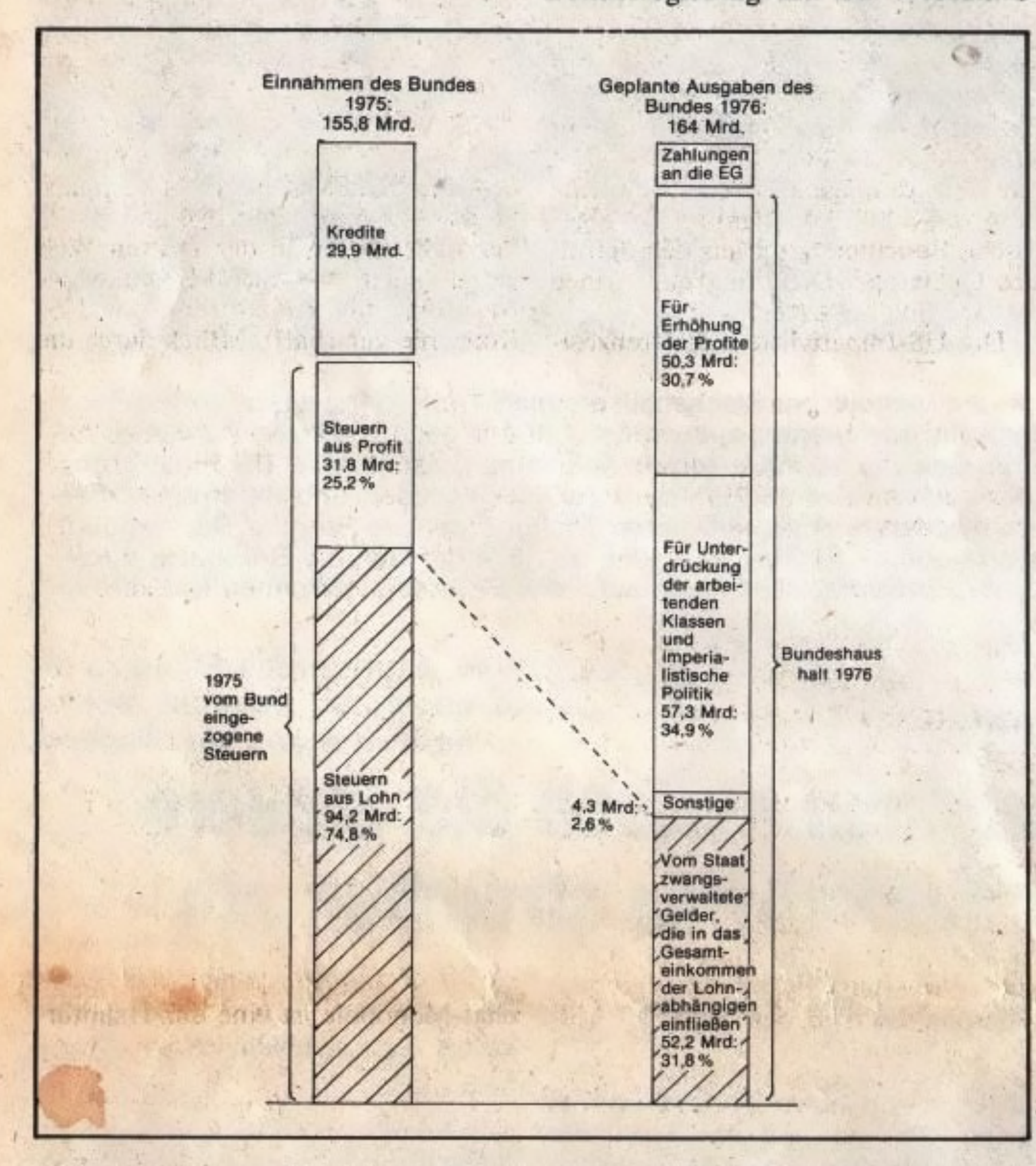
Haushaltsdebatte im Bundestag

Die Lohnabhängigen müssen zahlen

Fortsetzung

Hierher zählen die Gelder für das Verkehrswesen, für Forschung, für die sogenannte Sparförderung, die ein Mittel ist, um die Spargroscher der Lohnabhängigen in Sparkassen und Banken zu zentralisieren, die sie den Kapitlaisten zur Verfügung stellen. Weiter die Zahlungen für Entwicklungshilfe, womit im wesentlichen der Kapitalexport unterstützt wird, die Kindergeldzahlungen, soweit sie an die besitzenden Klassen gehen, und noch einige kleinere Posten, z.B. aus den Zuschüssen an die Bundesanstalt für Arbeit, die damit den Kapitalisten Arbeitskräfte verbilligt.

... und zwangsverwaltete Versicherungsgelder der Arbeiter



Lediglich 54,8 Milliarden DM sollten nach den Ansätzen der Bundesregierung in das Gesamteinkommen der Lohnabhängigen, in ihre Revenue wieder einfließen. Im wesentlichen für Zuschüsse an die Renten- und Knappschaftsversicherungen, an die Bundesanstalt für Arbeit für Arbeitslosenhilfe. Das sind Versicherungsgelder der Arbeiter, die – ohnehin aus Lohn bezahlt – vom bürgerlichen Staat nur zwangsverwaltet werden. Einen weiteren großen Posten bilden hier die Renten für die Opfer der Kriege der imperialistischen deutschen Kapitalistenklasse. Und auch die Ausbildungszuschüsse für Studenten aus ärmeren Familien kann man hier mitzählen.

Die Posten für die Landwirtschaft und kleinere, nur schwer aufzugliedernde kann man aus der Rechnung herauslassen. Berücksichtigen muß man jedoch noch, daß dieser Haushalt durch Steuern nur zu 80 % gedeckt ist. 32,8 Milliarden DM werden durch Kredite bei Banken und durch Staatsanleihen finanziert. Bei einer durchschnittlichen Verzinsung von 8 % bringt das der besitzenden Klasse einen Tribut von zusätzlichen 2,6 Milliarden DM an Zinsen nur für die Steuerschuld des Jahres 1976. Insgesamt erhebt die Kapitalistenklasse auf die Bundesschuld 1976 gut 8,1 Milliarden DM Zinstribut, die ihr Staat über die Steuer eintreibt. Man kann diese 8 Milliarden getrost gleich wieder von den Steuern abziehen, die aus dem Mehrwert gezahlt werden.

Der Kapitalistenklasse langt es nicht

Nach dem Haushaltsentwurf der Bundesregierung sah das Verhältnis zwischen den drei großen Ausgabengruppen so aus, daß für Unterdrückung der arbeitenden Klassen, Unterhalt des staatlichen Gewaltapparates 53,76 % verwendet werden sollten, für direkte Erhöhung der Pfofite 30,8 % und in das Gesamteinkommen der Lohnabhängigen, die über 75 % der Steuern zahlen müssen, sollten 33,4 % eingehen. Die Regierung als geschäftsführender Ausschuß der Kapitalistenklasse galbute, damit getan zu haben, was sich machen läßt, um die Volksmassen über die Besteuerung zu plündern und die Kapitalisten zu bedienen.

Aber die Kapitalisten sind unesättlich. Seit Monaten jammern ihre Verbände, Professoren der Sozialwissenschaft und Zeitungsschreiber über die immer drückender werdenden Kosten für die „soziale Sicherheit“ und über die Zunahme der Personalkosten im Staatsapparat. Die Steuern auf Kapital seien zu hoch und es bleibe im Staatshaushalt nicht genügend übrig für staatliche Investitionen, d.h. für Verbilligung der Produktionsmittel der Kapitalisten oder des konstanten Kapitals.

Im Krisenjahr 1975 mußten viele Kapitalisten einen Rückgang ihrer Profite hinnehmen. Um so entshiedener ist ihr Drang nach Ausgleich durch ihren Staat, von dem sie in dieser Lage den Eindruck bekommen, daß er seine Aufgabe der Unterdrückung und Ausplünderung der arbeitenden Klassen nicht genügend wirkungsvoll und vor allen Dingen auch zu teuer verrichtet. So waren sie keineswegs damit zufrieden, daß 1976 der Anteil des Haushalts, der für die Erhöhung ihrer Profite ausgegeben wird, nur wenig über den 1975 schon auf 30,56 % hochgebrachten Anteil weitersteigen sollte auf 30,84 %. Zumal wo sie gleichzeitig die Verschwendung mitansehen mußten, die mit Steuergeldern betrieben wird durch schwache Zunahme auch des Teils, der in die Revenue der Lohnabhängigen eingeht, von 32,94 auf 33,4 %. Zwar ging der geplante leichte Anstieg dieses Teils ausschließlich zurück auf die Arbeitslosigkeit, wodurch höhere Zahlungen an die Rentenversicherung bzw. an Arbeitslosenhilfe notwendig wurden, und hat überhaupt nichts zu tun mit einer Besserstellung der arbeitenden Klassen. Aber dennoch ist das Gekläffe der besitzenden Klassen durchdringend: Sie sieht sich um einen Teil der Steuern betrogen, die sie insgesamt als ihren festen Besitz betrachtet.

Der Haushaltsausschuß des Bundestages machte sich ans Werk. Weitere 1559 Stellen wurden weggekürzt, und die Regierung bekam die Mahnung auf den Weg, „Einsparungen von Schreibkräften“ zu betreiben und „Methoden zur Arbeitsplatzuntersuchung und Dienstpostenbewertung“ vorzulegen. Erhöhter Arbeitsdruck für die Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst, das ist die eine Richtung, in der der Ausschuß tätig wurde. Kürzung der Zahlungen an die Bundesanstalt für Arbeit und an die Rentenversicherung die andere. Um 0,66 Prozentpunkte wurde damit der Anteil, der in die Revenue der Arbeiterklasse eingeht, gegenüber dem Regierungsentwurf noch einmal gesenkt. Das sind immerhin 2,3 Milliarden DM bares Geld, das den Arbeitern weggenommen wird. Weitere 1,2 Milliarden wurden an Lohnkostten im öffentlichen Dienst zusammengestrichen. Auch für Zinsen auf Kredite müssen 1,2 Milliarden weniger gezahlt werden, weil die Steuern wieder stärker steigen. Und um 900 Millionen wurden die Ausgaben gesteigert zur Erhöhung der Profite.

Taktische Differenzen

Im Haushaltsausschuß haben SPD und FDP die Mehrheit. Beide haben also noch einmal einen kräftigen Schnitt getan, um den Bundeshaushalt zu kürzen und ganz entsprechend den Bedürfnissen der Kapitalistenklasse zu gestalten. Erhöhung des Profits aber hat bei der Kapitalistenklasse nur dieselbe Wirkung wie Alkohol auf den Säufer: Sie schreien nach mehr. Die CDU-Sprecher im Bundestag haben lauthals dieses Verlangen vorgetragen. Der Freiherr von Weizsäcker etwa gab der Gier der Kapitalisten auf die Versicherungsgelder der Arbeiter Ausdruck, indem er sich gegen das „Anspruchsbewußtsein“ wandte und zur „selbstverantwortlichen Gestaltung“ des Bürgers aufrief. Das aus dem Munde eines Mannes, der sein Lebetag noch nicht durch Arbeit seinen Lebensunterhalt geschaffen, sondern vom Anspruch auf Rente, Pensionen und Ausbeutung fremder Arbeit lebt.

SPD und FDP bieten der Kapitalistenklasse die Mehrwertsteuererhöhung ab 1.1.77 an, als einen Quell, aus dem den lohnabhängigen Massen allein 1977 zusätzliche 8,8 Milliarden abgenommen werden können. Auf den Konsum der besitzenden Klasse würden etwa 1,6 Milliarden entfallen. Die CDU als zweite große bürgerliche Partei hat abgelehnt. Auf den SPD-Vorschlag kann sich die Kapitalistenklasse gegenwärtig nicht einigen. Nicht daß die Kapitalistenklasse dieses Geld nicht haben wollte. Aber sie wissen, daß das riskantes Geld wäre, für das die Arbeiterklasse sich schnell im Lohnkampf den Ausgleich holen kan. Gerade die Arbeiterklasse aber soll gedrückt werden. Darum drängen sie, daß noch mehr getan werden muß hinsichtlich des Raubzugs auf die Versicherungskassen und der Rationalisierung im öffentlichen Dienst. Das ist die Richtung, in die die Regierung marschieren soll. Denn Verringerung der Renten, Senkung des Lohnniveaus im öffentlichen Dienst bei erhöhter Verausgabung der Arbeitskraft, das würde die Lage der Lohnabhängigen insgesamt drücken, den Grad der Ausbeutung und die Masse des Profits erhöhen. Und zwar des Profits, der unmittelbar in Händen der einzelnen Kapitalisten bleibt, ohne erst den Weg über ihren Staat zu gehen. Für die Freiheit!, ruft darum gegenwärtig die Bourgeoisie. Gegen die Steuererhöhungspläne der SPD wendet sie sich mit dem Schlachtruf: Gegen den Sozialismus!

Oder wie es der Abgeordnete Barzel (CDU) in einer von der gesamten Bourgeoispresse für glänzend erklärten Rede ausdrückte: „Warum haben wir zuwenig Arbeit, zuwenig Steuereingänge, zuwenig Reformkraft? Die Frage ist doch so zu beantworten: weil die Quelle, die das alles speist, nämlich die **Wirtschaftskraft**, nicht genügend sprudelt. Statt aber nun die Quelle freizulegen, d.h. die Initiative zu ermuntern, die Leistung zu belohnen, Investitionen anzureizen, Vertrauen zu begründen durch Festhalten an bewährten Prinzipien, statt also die Quelle zu kraftvollerem Sprudeln zu bringen, tun Sie das Gegenteil: Sie werfen Schmutz und Sand und Steine in und auf die Quelle, indem sie die Steuern erhöhen, die öfentlichen Investitionen zurücknehmen und in Ihrem ‚Orientierungsrahmen '85‘ neue Behörden, neue Gängeleien und mehr Staatsanteil fordern.“ So poetisch werden bürgerliche Abgeordnete, wenn sie den Profit besingen, der wieder kräftig aus dem Quell der Ausbeutung der Arbeiterklasse sprudeln soll.

Behinderung der Unterschriftensammlung zur Bundestagswahl

200 Unterschriften pro Wahlkreis sind die Voraussetzung für die Kandidatur zur Bundestagswahl. Diese Schikane verschärft der bürgerliche Staat dadurch, daß er die Herausgabe der Unterschriftenlisten verzögert.

In Baden-Württemberg sind die Kreiswahlleiter überhaupt noch nicht ernannt, obwohl dies schon vor vier Monaten hätte geschehen müssen. An einzelnen Orten geben die zuständigen Stellen die Auskunft, die Ernennung könne noch Wochen dauern. Ohne Ernennung der Kreiswahlleiter durch das Innenministerium werden die Unterschriftenlisten jedoch nicht ausgehändigt.

In Nordrhein-Westfalen forderte der KBW 1 500 Unterschriftenlisten an, erhielt jedoch nur 300. Die restliche Anzahl wurde erst nach heftigen Protesten ausgegeben. 2 000 Unterschriften sind Voraussetzung für das Aufstellen einer Landesliste. Darüberhinaus weigerten sich mehrere Kreiswahlleiter, eine größere Anzahl von Listen als für die Kandidatur erforderlich auszugeben. Die Ortsgruppen des KBW nutzen die Unterschriftensammlung jedoch, um mit Hilfe dieser Sammlung die Debatte über das Programm der Kommunisten im ganzen Land zu führen, und sammeln deshalb soviel Unterschriften wie möglich. Der KBW kandidiert in allen Bundesländern mit einer Landesliste und in 120 von 248 Wahlkreisen mit einem Direktkandidaten.

Nach der militärischen Besetzung beginnt die wirtschaftliche Ausplünderung Angolas durch den Sozialimperialismus

Am 6. April berichtete AFP, daß der Minister für Fischereiwesen Angolas, Votor de Carvalho, einen Fischereivertrag zwischen der Sowjetunion, Cuba und Angola angekündigt hat. Er erklärte, die drei Länder würden eine gemeinsame Studie über mittel- und langfristige Pläne für Angolas Fischereiindustrie erstellen. In einem Sachverständigenbericht des Ministeriums für Planung und wirtschaftliche Koordination vom 1. Dezember 1975 hieß es dazu: „Da unsere territorialen Gewässer bis 200 Meilen vor die Küste gehen und wir gegenwärtig nicht die Möglichkeit haben, sie zu kontrollieren oder zu nutzen, können wir der sowjetischen Flotte in Angola eine bestimmte Steuer auferlegen ... In der extraktiven Industrie – ohne Zweifel ist die UdSSR die zweckmäßigste Hilfe für uns in diesem Tätigkeitsbereich.“ Ins Kaffeegeschäft sind die sojwetischen Monopolkapitalisten bereits dick eingestiegen. Sobald im Norden die FNLA ausgeschaltet war ., wurden Tausende von Tonnen (5 000 Tonnen) Kaffee mit kubanischen Schiffen in die UdSSR transportiert, berichtet „Bandeira Vermelha“. (15./22. April) Der Kaffe wurde zu einem Preis von 180 Escudos pro „arroba“ (etwa 15 Kilo) gekauft, d.h. für 38 Prozent des international geltenden Preises, der 467 bis 472 Escudos pro arroba beträgt. Um dieses Geschäft für die Sozialimperialisten möglich zu machen, kaufte die MPLA-Regierung den Kaffee von den Bauern für 6,5 Escudos je Kilo, d.h. 97,5 Escudos pro arroba.

Kurs Libanon – Französische Flotteneinheiten ausgelaufen

Wie die französische Tageszeitung „Le Monde“ in der vergangenen Woche berichtete, sind Einheiten der französischen Kriegsmarine aus Toulon, dem Mittelmeerhafen, und Brest, dem Atlantikhafen, ausgelaufen mit Kurs auf den Libanon. Es befinden sich darunter u.a. ein Hubschrauberträger und eine Fregatte. Der Hubschrauberträger ist die Basis für eine mögliche bewaffnete Intervention des französischen Imperialismus im Libanon, der früher eine Kolonie Frankreichs war. Vor seinem Einsatz im östlichen Mittelmeer kreuzte der Hubschrauberträger vor der Ostküste Afrikas, wo die Hubschrauber für den Einsatz in der französischen Kolonie Djibouti in Bereitschaft gehalten wurden.

Keine Heuchelei kann die Grausamkeit der Klassenjustiz verdecken

„Die Würde des Menschen ist unverletzlich. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“ „Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit.“ Das hat die bürgerliche Klasse vorneweg in ihre Verfassung geschrieben. In Stuttgart-Stammheim sind ein eigens dafür ausgesuchter Richter, verschiedene Beisitzer, die Bundesstaatsanwaltschaft, ganze Heerscharen von Polizei und Gefängniswächtern in einer speziell errichteten Justizfestung dabei, die bürgerlichen Rechtsgrundsätze in ihre Wirklichkeit zu übersetzen.

Ergebnis ihres Wirkens bisher: Drei von denen, denen der Prozeß gemacht werden sollte, Katharina Hammerschmidt, der ärztliche Behandlung verweigert wurde, Holger Meins, der mit Hungerstreik gegen die Haftbedingungen kämpfte, und jetzt Ulrike Meinhof.

Die Gefangenen sind einer wirkungsvollen Verteidigung weitgehend beraubt und den Spießgesellen der Bundesstaatsanwaltschaft als Pflichtverteidigern überantwortet. Sie werden zugrundegerichtet durch Haftbedingungen, von denen die Londoner „Sunday Times“ schrieb, daß selbst „unter weniger scharfen Bedingungen als jenen, die Meinhof und andere Mitglieder ertragen müssen, Gefangene schon ihren Verstand verloren haben, ihre Nerven für immer zerrüttet und sie in den Selbstmord getrieben worden sind“.

Die bürgerliche Pressemeute hat jahrelang das Vorgehen der Justizbehörden als gerechtfertigt und die Haftbedingungen als geradezu ideal herausgestrichen. Sie seien besser als die Haftbedingungen der anderen Gefangenen. Heute, nachdem durch das Wirken der Justizbehörden ein weiteres Mitglied der RAF zu Tode gekommen ist, reklamiert die bürgerliche Presse den gewaltsamen Tod von Ulrike Meinhof scheinheilig als freiwillige Umkehr. Die Heuchelei der bürgerlichen Klasse, die bei jeder Gelegenheit die hehrsten Grundsätze verkündet, um damit die schmutzigste Ausbeutung und Profitjägerei zu bekränzen, ist gerade in ihrem Justizwesen grenzenlos. Dort zeigt sich tagtäglich, worin für die bürgerliche Klasse und ihre Justiz „die Würde des Menschen“ und das „Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit“ besteht. In Göttingen verurteilte ein Gericht Ende letzten Jahres Ray Recke wegen Brandstiftung, begangen im Zusammenhang mit dem Tode Holger Meins', zu zwei Jahren und drei Monaten Gefängnis. Darüberhinaus ordnete das Gericht die Unterbringung in einer psychiatrischen Verwahranstalt „bis zum erfolgreichen Abschluß der Behandlung“ an. Dies mit keinem anderen Grund, als um so den Verurteilten beliebig lange in Isolationshaft halten zu können.

Es ist dem bürgerlichen Staatsapparat aber nicht gelungen, was er in seinen Gefängnissen treibt, in aller Heimlichkeit durchzuführen. Eine breite Protestbewegung gegen die Isolationshaft hat ihm dabei einen Strich durch die Rechnung gemacht, so daß er mittlerweile die Existenz der Isolationshaft und ihren vernichtenden Charakter offen eingestehen muß.

In einem Urteil gegen zwei Westberliner Genossen, die anläßlich des Todes von Holger Meins Plakate gegen die Isolationshaft klebten, mußte der Richter eingestehen: „Die von der Verteidigung in der Hauptverhandlung gestellten Beweisanträge ... waren ... abzulehnen, weil ... als wahr unterstellt werden konnte, ... daß es Isolationshaft gibt und daß dies auch zu gesundheitlichen Schäden führen kann.“

Vollends klar gemacht hat dieser Richter, daß es beim bürgerlichen Recht und der Verwirklichung der bürgerlichen Gerechtigkeit nicht um Rechte für die Massen, sondern bloß um das Recht des Staates geht, die bestehende Ausbeuterordnung durch Unterdrückung zu schützen. Denn bezüglich der Behauptung, daß mit der Isolationshaft der politische Wille der Häftlinge zerbrochen werden sollte, erkannte er als Recht: „Diese Äußerungen beinhalten den Vorwurf eines schimpflichen Verhaltens und Zustandes (des Staates). Dabei kommt es nicht darauf an, ob diese Äußerung unwahr ist.“

Daß es auf wahr und unwahr, auf richtig und falsch nicht ankommt, sondern nur auf den Schutz des bürgerlichen Staatsapparates, das hätte die herrschende Klasse gern. Das wird sie freilich nie erreichen, nicht durch Maulkorbgesetze, nicht durch Isolations- und Vernichtungshaft.

Die marokkanische Feudalarmee in der Sahara erleidet Niederlagen

Das saharauische Volk greift Herrschaft des Imperialismus über sein Land an

Das etwa 30000 Mann starke marokkanische Expeditionscorps, das zusammen mit mauretanischen Einheiten nach dem Rückzug der spanischen Kolonialarmee den Versuch unternimmt, die Westsahara und die Phosphatlager zu sichern für die imperialistische Ausplünderung, hat in den letzten Wochen und Monaten schwere Verluste und Niederlagen hinnehmen müssen durch die Volksbefreiungseinheiten des saharauischen Volkes. Unter der Führung der Volksfront für die Befreiung von Saguia El Hamra und Rio de Oro (F.POLISARIO) immer häufiger angegriffen.

Angriff auf El Aiun: der Ausfuhrhafen für das Phosphat

Ende April wurde El Aiun angegriffen. Zahlreiche Militärunterkünfte wurden in Brand geschossen. Der Angriff war durch systematische Verminung aller Zufahrtswege in die Stadt vorbereitet worden. Mehrere Militärfahrzeuge sind in die Luft geflogen.

El Aiun ist der Ausfuhrhafen für das Rohphosphat. Bis dorthin kommt es auf einem 100 km langem Förderband, das von Krupp installiert wurde. Auf beiden Seiten des Förderbandes mußten die marokkanischen Truppen einen Minengürtel legen, so daß es selbst nicht einmal Zufahrtswege in die Phosphatgruben gibt und die Arbeiter eingeflogen werden.

Die Einheiten der F.POLISARIO operieren in Marokko und in Mauretanien. Im südlichen Marokko, in der Gegend von Tantan, von wo aus die marokkanische Invasion ausgegangen ist, kann sich die marokkanische Gendarmerie und die Polizei bei Nacht nicht mehr bewegen. Im Grenzgebiet nach Mauretanien, im Süden der Westsahara, sind von der F.POLISARIO die Städte Guelta und Amgala befreit worden.

Habib Allah, ein Mitglied des Komitees für auswärtige Beziehungen der F.POLISARIO, der dieses berichtet, macht dabei einen Unterschied zwischen dem marokkanischen und dem mauretanischen Regime: Die Marokkaner wollten die wirklichen Verhältnisse in der Westsahara nicht sehen. Die Mauretanier gäben wenigstens zu, daß der Kampf weitergeht.

„Wir haben zahlreiche Gefangene der königlichen Armee gemacht, darunter auch Offiziere. Um seine Niederlagen auf dem Felde zu rechtfertigen, spricht das Regime von Rabat von ausländischen Truppen in unseren Reihen. Das ist eine altbekannte Taktik der Invasoren, um noch mehr Unterstützung von den Imperialisten zu bekommen." „Hassan schafft es nicht, den Abnutzungskrieg der Einheiten der F.POLISARIO standzuhalten. Das hat neue Widersprüche in der marokkanischen Gesellschaft und in der königlichen Armee hervorgerufen. (...) In Casablanca haben Demonstrationen stattgefunden und Flugblätter wurden in den wichtigsten Städten Marokkos verteilt."

Ein spanischer Korrespondent stellte Anfang April fest, daß die Angriffe der F.POLISARIO sich verstärken und zunehmen. Allein im März seien über 200 marokkanische Offiziere und Mannschaften getötet worden. Beim Angriff auf Smara habe die marokkanische Armee 70 Mann verloren und 249 Verletzte gehabt. Die F.POLISARIO habe äußerst geringe Verluste.

Ungehorsam, Meuterei, Desertationen an der Tagesordnung

Bei Smara hat ein ganzes marokkanisches Bataillon rebelliert. Es hat den Einsatz gegen das saharauische Volk verweigert. Das Bataillon wurde am nächsten Tag aufgelöst. Die Führer der Rebellion wurden in den marokkanischen Norden versetzt. Aus Tantan wird berichtet, daß Ende März der Aufstand eines marokkanischen Bataillons gegen den Einsatz in der Westsahara nur durch ein zweites Bataillon niedergeschlagen werden konnte.

Ungehorsam, Verweigerung des Kampfes, Desertation und Meuterei sind an der Tagesordnung und nehmen ständig zu, berichtet ein algerischer Korrespondent, der sich in den befreiten Gebieten aufhält. Wenn in einem Kampf der erste Schuß fällt, komme es häufig vor, daß sich marokkanische Soldaten sofort mit ihrer eigenen Waffe eine Verwundung zufügten, um sich dem Kampf entziehen zu können, schreibt der Korrespondent.

Viele Marokkaner würden sich auch bei der ersten besten Gelegenheit ergeben, weil sie sicher sind, von der F.POLISARIO besser behandelt zu werden als von ihren Offizieren. Andere marokkanische Soldaten laufen offen über zur F.POLISARIO. Dabei handelt es sich vor allem um solche, die schon 1973 teilgenommen haben am Aufstand gegen Hassan II. oder mit diesem Aufstand sympathisieren.

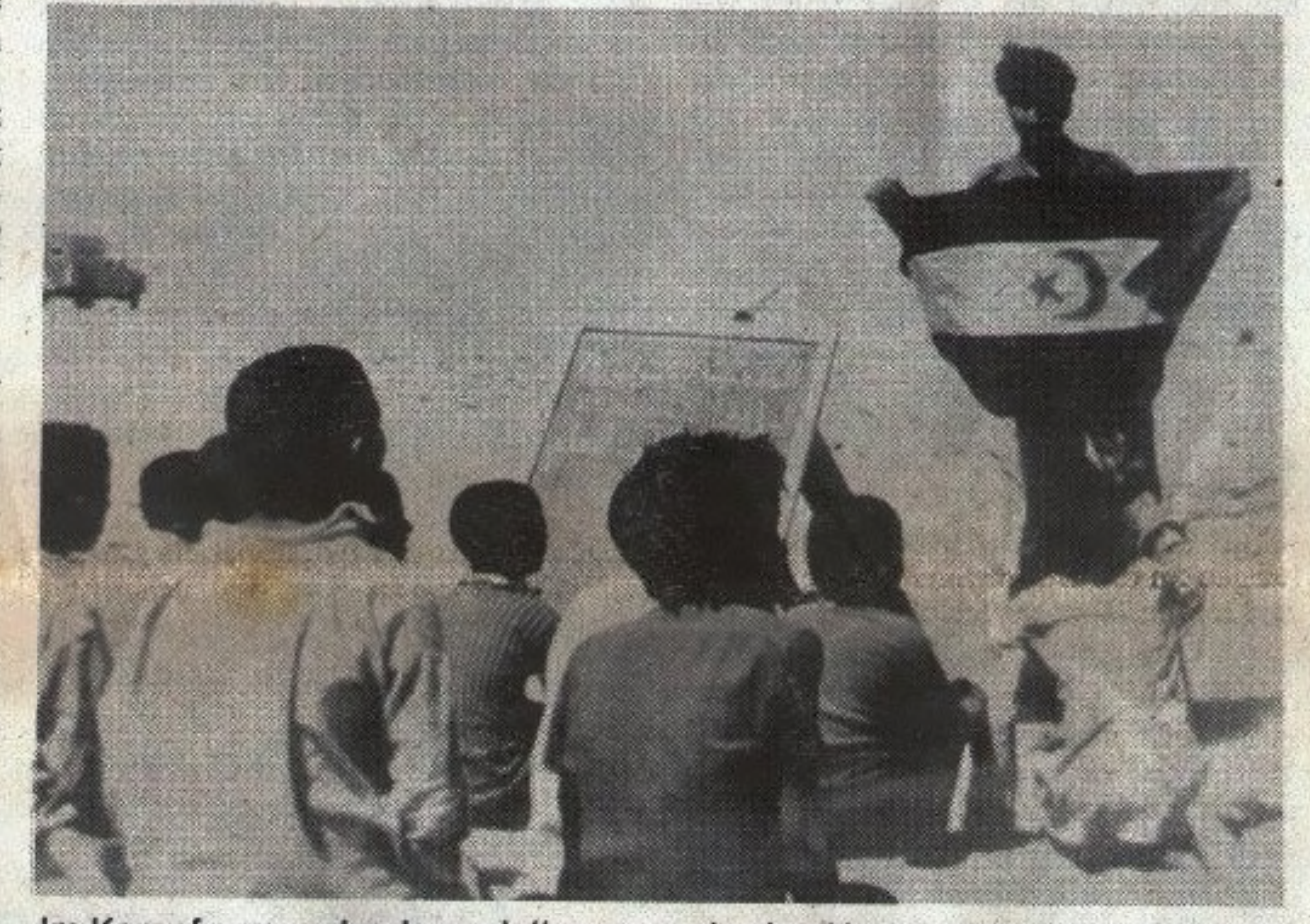
Die marokkanische Armee: Kanonenfutter und Söldner

Die marokkanischen Soldaten werden in die Besatzungsarmee gepreßt. Ein fünfzigjähriger Taxifahrer, der von der F.POLISARIO gefangengenommen wurde, erzählte gegenüber Journalisten: Sie sind gekommen, haben mein Taxi beschlagnahmt und mich mitgenommen. Ein achtzehnjähriger Student erklärte, man habe ihn mitten aus der Vorlesung herausgeholt und in eine Einheit gesteckt.

Die Soldaten werden abgeschnitten von jeder Verbindung zu ihren Familien. Sie erhalten keinerlei Nachrichten. Radios und Zeitungen sind verboten. Und am meisten empören sie sich über die Offiziere. Es gibt keinen Offizier, der an der Spitze seiner Einheit steht, wenn der Kampf losgeht. Sie halten sich weit hinten auf und benutzen die vorgeschickten Soldaten als Schutzwall für ihre eigene Sicherheit. Den Soldaten müssen „Anreize" gegeben werden, damit sie überhaupt noch kämpfen. Ein System von Kopfprämien wurde errichtet. Gezahlt wird für jeden Saharaui, tot oder lebendig, Mann, Frau, Greis oder Kind.

Kopfprämien waren ausgesetzt für die Vernichtung der Indianer in Nordamerika. Kopfprämien erhielten die GI's in Südvietnam. Kopfprämien sind das Mittel, um Söldner anzuwerben. Die marokkanische Armee ist eine Söldnerarmee. „Die Moral der monarchistischen Invasionstruppen sinkt immer tiefer", schreiben die Korrespondenten. „Und die Mannschaften werden sich mehr und mehr bewußt, daß die Westsahara in keiner Weise eine ‚marokkanische Provinz' ist, wie die Palastpropaganda ihnen einzutrichtern versucht", kommentiert der algerische Berichterstatter aus den befreiten Gebieten. 1Die königliche Armee ist eine Söldnerarmee.

Die US-Imperialisten, die französischen Imperialisten und die westdeutschen Imperialisten rüsten sie aus und bilden die Offiziere aus. Die US-Imperialisten haben große Stützpunkte in Marokko, womit sie den Atlantik und die Einfahrt zum Mittelmeer kontrollieren.



Im Kampf gegen den Imperialismus und seine Handlanger bildet das saharauische Volk seine Nation.

Der Kampf um die Westsahara spiegelt die Konkurrenz auf dem Phosphatmarkt wider

Die Imperialisten finanzieren den marokkanischen Staatshaushalt und sind an allen Unternehmungen in Marokko beteiligt. Besonders am Phosphat, das 30 Prozent der Einnahmen Marokkos bringt. In Marokko und in der Westsahara lagern die größten Phosphatreserven der Welt. 10 Milliarden Tonnen Phosphatgestein mit 62 bis 72 Prozent Mineralanteil sind allein in der Westsahara entdeckt. Es ist leicht im Tagebau abzubauen und deshalb besonders profitbringend für den, der es besitzt. Angeeignet haben es sich die europäischen Imperialisten während der spanischen Kolonialherrschaft. Jetzt versuchen sie ihren Besitz zu sichern über ihre marokkanische Beteiligungsgesellschaft. Das ist die OCP, die Königliche Phosphatgesellschaft. Sie ist wahrhaft königlich! Einen Teil der Aktien hält der König, den ganze marokkanische Staat gehört, einen weiteren Teil halten verschiedene reiche Familien Marokkos, den Hauptanteil aber hält das internationale Finanzkapital.

Mit dem Phosphat ist es so wie mit dem Öl. Beides ist unentbehrlich. Die größten Vorräte von beiden Rohstoffen befinden sich in Ländern der Dritten Welt. Verarbeitet und verbraucht werden beide Rohstoffe hauptsächlich in den imperialistischen Ländern. Vollkommen abhängig sowohl beim Öl wie beim Phosphat sind die EG-Länder und Japan, weil diese keinerlei Vorkommen dieser Rohstoffe verfügen.

In den imperialistischen Ländern gehören aber starke Chemiekonzerne mit zu den Spitzen des herrschenden Finanzkapitals. Diese verarbeiten das Rohphosphat zu Phosphatdünger und beherrschen den Weltmarkt. Die europäischen und japanischen Chemiekonzerne sind die Hauptabnehmer des marokkanischen Rohphosphats. Sie streben nach Kontrolle und Besitz der Lagerstätten in der Dritten Welt gerade jetzt, wo sich bei sinkender Nachfrage die Konkurrenz der US-Konzerne verschärft. „Blick durch die Wirtschaft" schrieb bereits am 16. Dezember 1975:

„Fertigprodukte der amerikanischen Hersteller, die im Exportkartell ‚Phoschem' zusammengeschlossen sind (besonders Triplesuperphosphat und Diammonphosphat), werden auf europäischen und anderen Exportmärkten zu Preisen angeboten, die nahezu den (zum Teil von denselben Firmen am Weltmarkt diktierten) Einstandskosten der heimischen Hersteller für Rohphosphat entsprechen. Die vom amerikanischen Rohphosphat-Exportkartell ‚Phosrock' geforderten Rohphosphatpreise liegen nämlich um 50 Prozent über den Abgabepreisen an Verarbeiter in den Vereinigten Staaten."

Der Konkurrenzkampf der Phosphat-Monopole ist eine der Hauptursachen dafür, weshalb das marokkanische Regime mit 30 000 Mann in die Westsahara eingefallen ist, die Nachfolge des spanischen Kolonialismus anzutreten versucht und das Selbstbestimmungsrecht des saharauischen Volkes mit Füßen tritt. (Alle Informationen und Zitate aus der algerischen Zeitung „El Moudjahid", April 1976) – (gj)

Eine Sonderkommission zur Produktion von Beweisen

Frankfurt. Am 14. Mai nahm die Polizei in Frankfurt 14 Personen fest. Die Beschuldigung: Sie hätten am 10. Mai gegen den massiven Polizeieinsatz zur Zerschlagung einer Protestdemonstration anläßlich des Todes von Ulrike Meinhof mit Molotow-Cocktails geworfen. Konkrete Beschuldigungen und Beweise lagen nicht vor. Zum Beispiel wird gegen einen der Festgenommenen die Beschuldigung erhoben, Mitglied einer kriminellen Vereinigung zu sein. Zweieinhalb Stunden später wird ihm außerdem Mordversuch vorgeworfen. Vor dem Haftrichter beschuldigt man ihn des Landfriedensbruchs. Als einziger Verdachtsgrund werden zwei anonyme Telefonanrufe angegeben. So noch in 5 weiteren Fällen.

Die Landesregierung hat eine Sonderkommission eingesetzt und mit 50000 DM Bestechungsgeldern ausgestattet. Gänzlich ohne Beweise, zimmert sie sich welche zurecht.

Dem Festgenommenen L. macht man ein Angebot: „Man wisse, daß L. grundsätzlich für Gewalt, nicht aber für Molotow-Anschläge auf Polizisten sei. Man brauche Vertrauensleute im Umkreis der Frankfurter Linken. Falls L. sich zur Zusammenarbeit bereit erkläre, könne er sich 50000 DM verdienen und würde sofort mit Staatssekretär Werner zur vertraulichen Unterredung zusammengebracht. L. lehnt ab." (Aus Anlage zur Presseerklärung der Rechtsanwälte der Festgenommenen)

Am Samstag ist eindeutig belegt, „daß die von Staatssekretär Werner und Polizeipräsident Müller propagandistisch aufbereiteten Anschuldigungen gegen die vierzehn vorgestern Festgenommenen und der Öffentlichkeit als Terroristen vorgeführten Personen samt und sonders erlogen sind. Bis dahin waren die Betroffenen 40 Stunden lang als Mordverdächtige ihrer Freiheit beraubt. Um das Gesicht nicht ganz zu verlieren, mußte die Justiz zumindest einen der vierzehn Festgenommenen in Untersuchungshaft schicken. Die Wahl fiel auf Gerhard Strecker, den Müller und Werner schon vorher als Mörder aufgebaut hatten. Gerhard Strecker hat vor dem Haftrichter Jakubski nachgewiesen, daß er an der Demonstration am 10. Mai 1976 noch nicht teilgenommen hat." (Aus: Presseerklärung der Rechtsanwälte vom 16. Mai) Diese Aussagen wurden durch drei Zeugen belegt, die zur Zeit der Demonstration mit Gerhard Strecker im Auto unterwegs waren. Dem Haftrichter waren diese Zeugen nicht glaubwürdig.

Am Montag, dem 17.5., um 5.45 Uhr, drangen erneut mit Maschinenpistolen und gezückten Pistolen bewaffnete Polizisten in zwei Wohnungen ein. Mit Brecheisen wurden die Türen eingeschlagen, das Zimmer Streckers wurde erneut durchsucht, ohne daß Zeugen anwesend sein durften oder die Rechtsanwälte informiert werden durften. Vorgezeigt wurde nur der alte Hausdurchsuchungsbefehl. Verhaftet wurde einer der Zeugen, die G. Strecker entlastet hatten. Offensichtlich soll ihm eine Anklage untergeschoben werden, um ihn als Zeugen unglaubwürdig zu machen.

Für den kommenden Samstag wird eine Demonstration für die sofortige Freilassung von G. Strecker und die Wiederherstellung der Demonstrations- und Versammlungsfreiheit in Frankfurt mobilisiert. Verstärkt wird die Forderung nach Aufhebung der Isolationshaft für politische Gefangene erhoben. – (w., Frankfurt)

Helmut Schmidt über Hitlers „richtige Konsequenz"

Schmidt während der Haushaltsdebatte: Nachdem er die gegenwärtige Krise mit der Weltwirtschaftskrise von 1929 verglichen und sich als großartigen Krisenbewältiger herausgestrichen hatte, kam er auf die Krisenbewältigung der Faschisten zu sprechen, in deren Spuren er geht: „Das Schlimme ist: Wir müssen, wenn ich ein einmal von Amerika, von Roosevelt absehe, im Inneren leider zugeben, daß, zwar mit schrecklichen Zielen und mit schlimmen Instrumenten, letztlich erst Schacht und Hitler die monetär richtige Konsequenz gezogen haben.

Wir haben diesmal in einer ähnlichen Lage als Konsequenz aus der damaligen Geschichte – wir haben aus der ersten Weltwirtschaftskrise gelernt – uns die vielen Milliarden, die unsere Arbeitnehmer 1974 und 1975 bei der Sparkasse und bei der Bank gespart haben, die vielen Milliarden, die unsere Rentner gespart haben – die haben gespart; die Rentner konnten ja auch sparen; es ist ihnen ja gar nicht so gut ergangen – wie seinerzeit genommen."

Diese monetär, d.h. geldpolitisch „richtige Konsequenz" hatte Hitler in der Tat auch gezogen. Über den Staat wurden die Spargroschen der Massen von den Banken und Sparkassen an die Kapitalisten weitergeleitet, zur Finanzierung von Aufrüstung und Krieg.

1948, nach verlorenem Krieg, Abermillionen Toten und Verwüstung von ganz Europa, sind Kapitalisten wie Schmidt „die monetär richtige Konsequenz". Mit der Währungsreform. Die Kapitalisten waren saniert und alle Schulden los. Die Fabriken blieben in ihrem Besitz. Aktien wurden 1 : 1 aufgewertet. Die Lohnabhängigen, deren Ersparnisse Hitler „ausgeliehen" hatte, haben davon nichts wieder zu sehen bekommen.

Die Banken auf jeden Fall machen heute wieder ihr Geschäft mit den „monetär richtigen Konsequenzen" des Helmut Schmidt. Die Lohnabhängigen bekommen für ihre Sparguthaben 3,5 Prozent Zinsen, weniger als die Inflationsrate. Die Banken, wenn sie diese Gelder an den Staat ausleihen, mindestens 8 Prozent. Die Kapitalisten schließlich werden vom Staat mit zinslosen Krediten und Zuschüssen „gefördert". Die Zinsen dafür an die Banken bringen wiederum die lohnabhängigen Massen auf – über die Steuer.

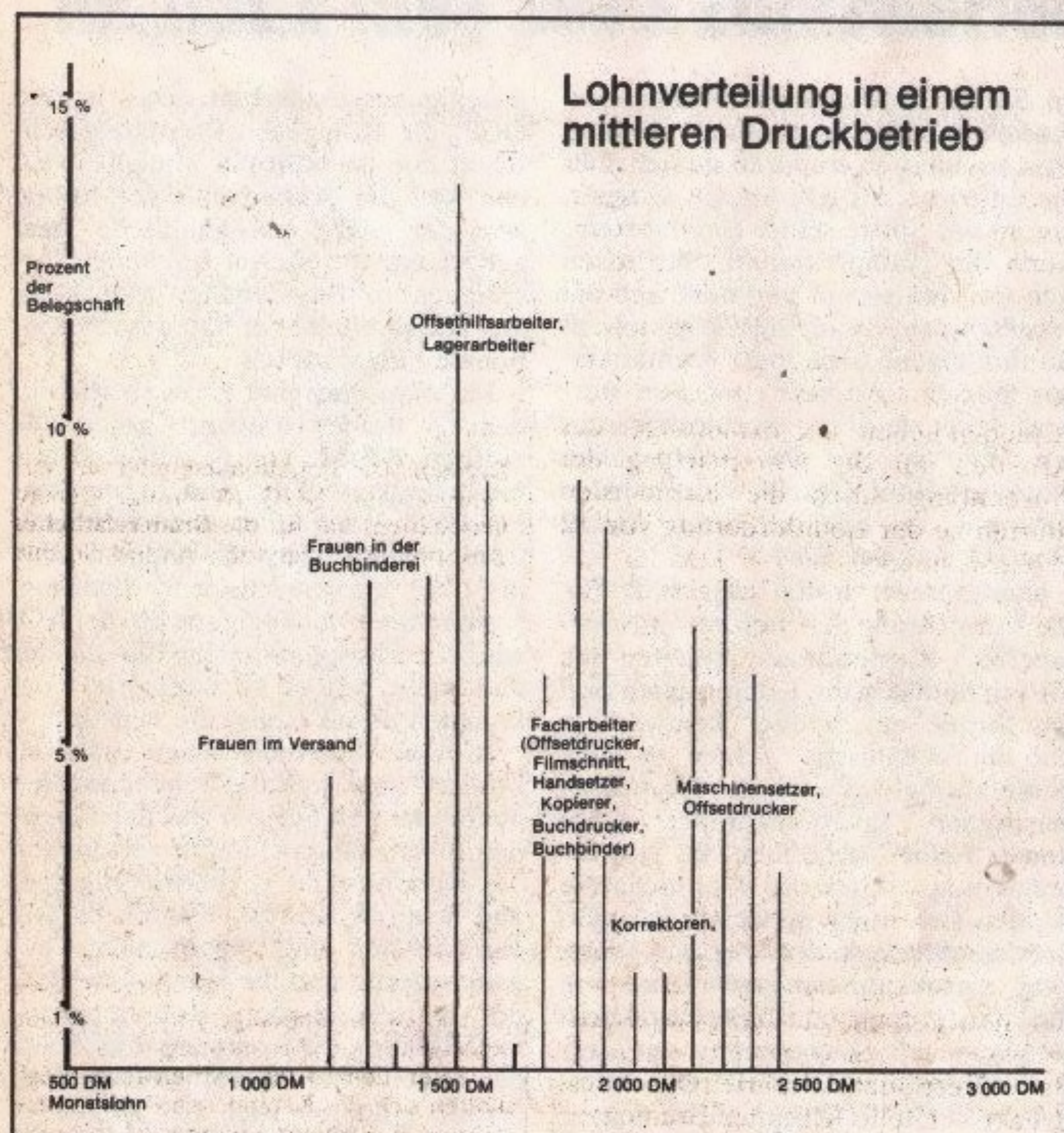
Das Gaunerstück mit der Mehrwertsteuer

Letzte Woche trug Finanzminister Apel im Bundestag den Beschluß der Bundesregierung vor, die Mehrwertsteuer zu erhöhen. Zwei Jahre vorher, 1974 hatte er, erklärt, niemals werde die SPD einer Mehrwertsteuererhöhung zustimmen, denn die Mehrwertsteuer wäre eine sozial ungerechte Steuer und es wäre ein schlechter Witz, wenn ausgerechnet die Sozialdemokraten diese Steuer erhöhten. Jetzt in der Haushaltsdebatte erklärte dieser Freund schlechter Witze: „Die Mehrwertsteuererhebung ist maßvoll, sie verteilt die Last auf alle und ist nicht einseitig auf die Lohn- und Einkommenssteuerpflichtigen orientiert." In der Tat, besonders hart trifft sie die alten Arbeiter, die von der Rente leben müssen.

Jede Ware, die man ab 1.1.77 kauft, wird durch Erhöhung der Mehrwertsteuer um 2 % bzw. um 1 % (die Lebensmittel) teurer. Sowohl der Sekt von Krupp junior, als auch die Milch für die Babynahrung in der Arbeiterfamilie. Auf diese Weise werden die Lohnabhängigen von den geschätzten 10,2 Milliarden, die die Mehrwertsteuer bringen soll, etwa entsprechend ihrem Anteil an der Bevölkerung zahlen müssen. Denn wenn ein Kapitalist auch das Doppelte verfrißt, was ein Arbeiter an Nahrung bekommt, und wenn er sich bevorzugt an den teuersten Weinen besäuft, so zahlt er doch dafür nur selten Steuer, sondern läßt es „über die Firma" verbuchen mitsamt dem Mercedes, den er sich alle Jahre neu kauft. Von den 10,2 Milliarden aus Mehrwertsteuererhöhung werden also die lohnabhängigen Massen etwa 84 % zahlen müssen oder 8,6 Milliarden DM. Würde direkt der Profit bzw. der Lohn um eine entsprechende Summe von 10,2 Mrd. stärker besteuert, so bekämen die Lohnabhängigen unter der geltenden Steuergesetzgebung etwa 64 % oder 6,5 Milliarden abgenommen, also 2,1 Milliarden weniger als durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer. Die Kapitalistenklasse müßte dann statt 1,6 Milliarden 3,7 Milliarden aus dem Profit zahlen, die sie aus der Ausbeutung der Arbeiter gepreßt hat.

Daß im Prinzip die ganze Kapitalistenklasse sich über diese Vorzüge der indirekten Besteuerung klar ist, machte in der letzten Woche der Bundestag mit der Erhöhung der Tabak- und Branntweinsteuer deutlich. Mit den Stimmen aller Parteien wurde beschlossen, daß die Lohnabhängigen 1977 gut 1 Milliarden DM aus zusätzlichen Steuern zu zahlen haben.

Gegen die Spaltung durch kapitalistische Lohnpolitik – für Festgeldforderungen



125 Arbeiter (die 25 Angestellten und 10 Lehrlinge sind nicht erfaßt)

Die Graphiken stützen sich auf Auskünfte von Betriebsräten über Bruttolöhne einschließlich der verschiedensten Zulagen. Zugrundegelegt wurden einheitlich 173 Stunden im Monat. Überstunden sind also nicht berücksichtigt.

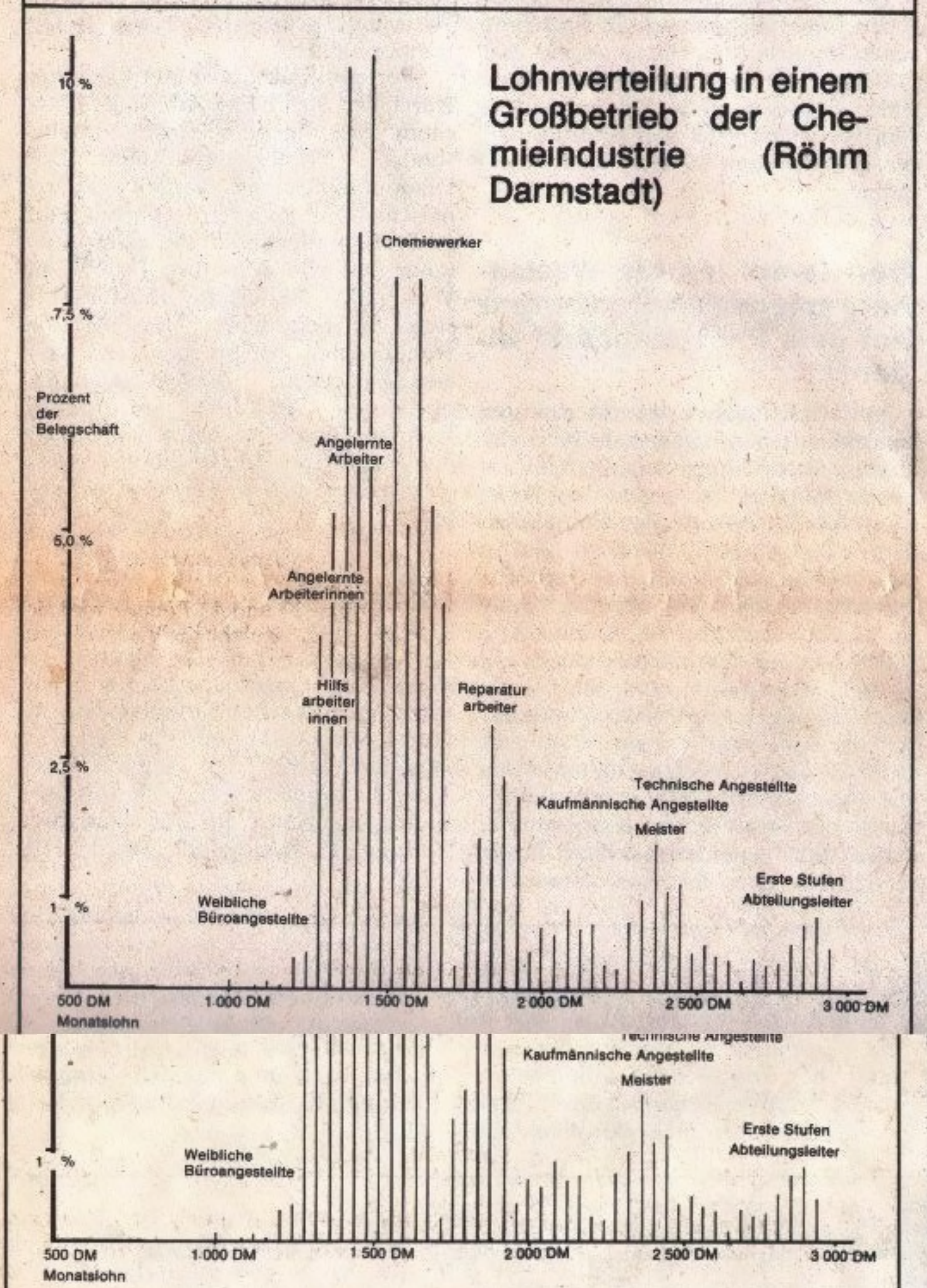
In den Graphiken tritt zutage die Spaltungspolitik, welche die Kapitalisten mit der Lohngestaltung verfolgen. Es treten Blöcke hervor, die jeweils durch eine Kluft von der nächsten Gruppe von Arbeitern und Angestellten getrennt sind. Diese Einschnitte zwischen Frauenlöhnen und Männerlöhnen, zwischen Arbeitern und Facharbeitern, zwischen Facharbeitern und spezialisierten Reparaturarbeitern, zwischen diesen und den Meistern und wieder dem technischen Personal unter den Angestellten sowie eine ähnlich verlaufende Abstufung unter den Angestellten entsprechen keineswegs einfach dem unterschiedlichen Qualifikationsgrad der verschiedenen Arbeiten. Wenn im Lohn lediglich die unterschiedlich zusammengesetzte Arbeit erscheinen würde, die daraus resultiert, daß auf die Herstellung der einen Arbeitskraft mehr Zeit verwandt worden ist als auf die andere, gäbe es gleitende Übergänge, aber keine Klüfte zwischen den verschiedenen Arbeitergruppen.

Die Kapitalisten schaffen diese Klüfte, um die Konkurrenz unter den Arbeitern zu stacheln. Der individuelle Sprung von einer Gruppe zur anderen soll verlockender und aussichtsreicher erscheinen als der Kampf um die Hebung des allgemeinen Lohnniveaus. Die Gewerkschaften sollen geschwächt und, wenn es nur möglich wäre, ganz zerstört werden.

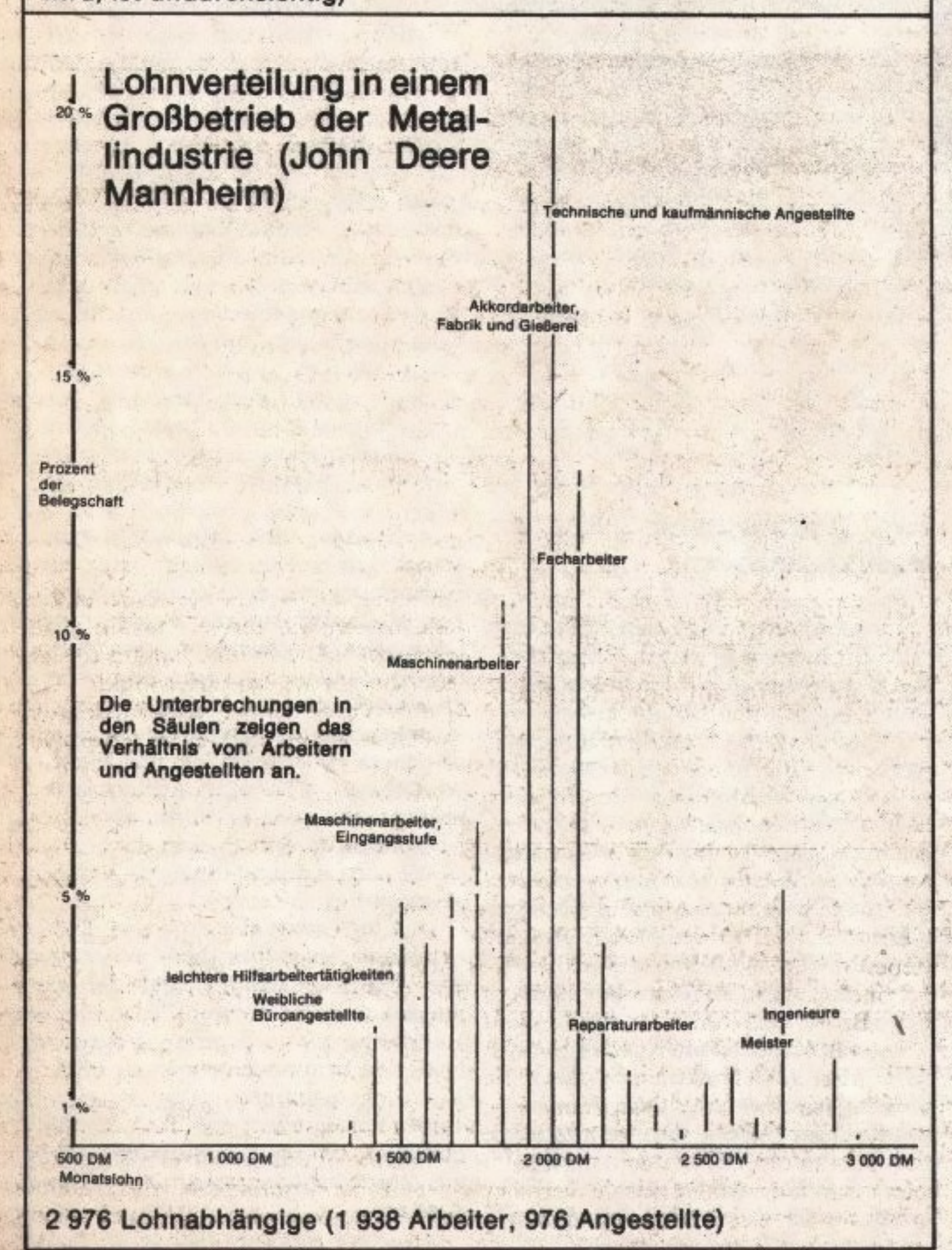
In vielen Betrieben haben die Arbeiter und Angestellten bewußt den Kampf gegen diese Spaltungspolitik aufgenommen durch Aufstellung von Festgeldforderungen. Diese heben das allgemeine Niveau, ohne die besser bezahlten Arbeiter und die große Masse der Angestellten zu drükken. Sie beseitigen nicht die Lohnunterschiede, vermindern aber ihre Bedeutung und stärken damit die Einheit der Belegschaften und in der Arbeiterklasse. Von den Kapitalisten und den bürgerlichen Machthabern über die Arbeiterbewegung werden sie deshalb wütend bekämpft.

An den Graphiken läßt sich verstehen, warum alle bürgerlichen Kräfte regelmäßig für prozentuale Forderungen eintreten. Diese spreizen die Kurve auseinander und lassen die Klüfte zwischen den verschiedenen Arbeiterkategorien tiefer und breiter werden.

Im einzelnen enthalten die Graphiken Zufälligkeiten. In dem Metallbetrieb (John Deere) wird kaum Frauenarbeit angewandt (6 Prozent). Die niedrigen Lohngruppen sind dadurch schwächer besetzt. Der untersuchte Druckbetrieb ist verhältnismäßig klein. Aber trotz der schmalen Zahlenbasis wird deutlich, daß das Gerede von den hohen Druckerlöhnen ein Märchen ist, hinter dem verborgen wird, daß die Kapitalisten in der Druckindustrie eine wild zerklüftete Lohnverteilung organisiert haben und viele Arbeiterinnen und Arbeiter dort besonders niedrig eingestuft sind. Darum wird der Kampf für Festgeldforderungen von den Druckarbeitern schon lange geführt.



3 707 Lohnabhängige (3 023 Arbeiter, 684 Angestellte; Lehrlinge sind nicht mit aufgeführt; was an die 96 außertariflichen Angestellten gezahlt wird, ist undurchsichtig)



2 976 Lohnabhängige (1 938 Arbeiter, 976 Angestellte)

72 Entlohnungsstufen im Chemietarifvertrag

Zur Spaltung der Belegschaften in Arbeiter, technische und kaufmännische Angestellte kommt eine weitere Spaltung hinzu: die Altersgruppen (vor und nach 18 Jahre, vor und nach 20 Jahre usw.). Auf der einen Seite erklärt die Gewerkschaftsführung der IG Chemie, daß die Altersgruppen langsam abgeschafft werden müßten. Auf der anderen Seite hat sie im neuen Gehaltsrahmenabkommen die Entlohnungsstufen im Angestelltenbereich von vorher 5 auf 8 Stufen festgelegt (vorgesehen waren 12). Seit dem 1.1.75 sind die Leichtlohngruppen im Arbeiterbereich abgeschafft. Abgeschafft sind sie nur auf dem Papier. Heute ist es weiterhin so, daß die Frauen in den untersten Stufen eingruppiert sind, z.B. ungelernte Frauen in der Verwaltung oder Hilfskräfte, die in der Forschung eingesetzt werden.

In der Tat ist es so, daß Frauen bis zur Verrentung mit 1269,– brutto im Monat nach Hause gehen. Da stuft man sie 15 Jahre lang als „Arbeiterin" ein und zum „gegebenen Anlaß" (ein Dienstjubiläum oder um Weihnachten rum) erklären die Kapitalisten feierlich: „Sie werden *angestellt.*" Angestellt werden sie in der niedrigsten Gehaltsgruppe, das sind statt 1307 DM (Lohngruppe III, typisch für Frauen in der Chemie) dann 1269 DM (K/T 1,

sie 15 Jahre lang als „Arbeiterin" ein und zum „gegebenen Anlaß" (ein Dienstjubiläum oder um Weihnachten rum) erklären die Kapitalisten feierlich: „Sie werden *angestellt.*" Angestellt werden sie in der niedrigsten Gehaltsgruppe, das sind statt 1307 DM (Lohngruppe III, typisch für Frauen in der Chemie) dann 1269 DM (K/T 1,

höchste Altersgruppe).

Während unter den Arbeitern insgesamt die Lohnspanne zwischen Lohngruppe I und VII (über 18 Jahre) 394 DM beträgt, liegt sie bei den Angestellten bei 1969 DM. Ganze 3 Prozent der Chemiearbeiter in Hessen verdienen 1641 DM Tariflohn. Die Mehrheit liegt bei 1435 DM, die Frauen bei 1250 DM im Durchschnitt (Tariflohn).

Diese feine Spaltung hat den höchsteingestuften Angestellten bei der letzten Tarifrunde glatte 558 DM mehr Gehalt gebracht, während die Arbeiter in der höchsten Lohngruppe gerade 104 DM bekommen haben.

Dadurch, daß die Abstände bei den Arbeitern von einer Lohngruppe zur anderen ein paar Pfennige ausmachen und die Verteuerung der Lebenshaltungskosten sich direkt auf alle gleich auswirkt, diskutieren die Arbeiter, daß eine Mark- und Pfennige-Forderung richtig ist. Dagegen verbreitet die Gewerkschaftsführung, die „Spezialisten" unter den Arbeitern würden gemessen am Durchschnittsverdienst zu kurz kommen und deshalb käme eine prozentuale Erhöhung den Arbeitern zugute.

Dem setzen die Mitglieder immer stärker entgegen, daß nur ein einheitlicher Festgeldbetrag die Voraussetzung schafft, als Sieger aus der Lohnrunde hervorzugehen, gegen die Kapitalisten. Die Bewegung für einen einheitlichen DM-Betrag hat gerade ihren Ursprung darin, daß die Prozent-Abschlüsse der letzten Jahre für die Mehrheit der Belegschaften – und zwar Arbeiter und Angestellte – einen Reallohnabbau gebracht haben. Abgesahnt hat dabei niemand anderes als einige wenige hochbezahlte Angestellte, die, wenn's drauf ankommt, sicher gute Streikbrecherarbeit verrichten werden, und – die Kapitalisten.

In der diesjährigen Tarifrunde haben die Kollegen daher die Angleichung der kaufmännischen Angestellten an die Techniker gefordert.

Dies sei „juristisch" nicht möglich, äußerte sich der Arbeitsring Chemie dazu. Diese Forderung bedeutet, daß auf einen Schlag 22 Altersgruppen entfallen und die Voraussetzungen für einen einheitlichen Lohnkampf wachsen.

(Zelle Röhm, Darmstadt)

Jeden Sonntag 12-Stunden-Wechselschicht

Der zur Zeit noch gültige Manteltarifvertrag von 1973 legt in § 2 fest: „Die in der Wechselschicht des voll- Vereinbarung überlassen, zur Erreichung zusätzlicher Sonntagsfreischichten Schichten bis zu 12 Stunden an

Jeden Sonntag 12-Stunden-Wechselschicht

Der zur Zeit noch gültige Manteltarifvertrag von 1973 legt in § 2 fest: „Die in der Wechselschicht des vollkontinuierlichen Betriebes regelmäßig anfallende Sonntagsarbeit darf 1/7 der regelmäßigen wöchentlichen Gesamtarbeitszeit nicht überschreiten." Wenn man das liest, denkt man sofort daran, daß die 12-Stunden-Schichten, die in allen vollkontinuierlichen Schichtbetrieben beim Röhm am Wochenende gearbeitet werden, gegen den Tarifvertrag verstoßen. Aber die Chemiekapitalisten und die Gewerkschaftsführung haben der Mehrarbeit und der Überarbeit der Kollegen die Tür offengehalten. Der nächste Satz heißt nämlich: „Hierbei bleibt es der betrieblichen Vereinbarung überlassen, zur Erreichung zusätzlicher Sonntagsfreischichten Schichten bis zu 12 Stunden an Sonntagen einzulegen."

Das ist geschickt formuliert: um zusätzliche „Sonntags**frei**schichten" zu erreichen, sollen zwölfstündige Sonntagsarbeitstage eingelegt werden. Tatsache ist dann, daß an jedem Sonntag 12-Stunden-Schichten stattfinden, wenn die Kollegen sich dazu „bereitfinden" – der Lohnzuschlag beträgt dafür 10 %. Ein gutes Geschäft für die Kapitalistenklasse – für die Arbeiterklasse bedeutet es lediglich einen enormen Verschleiß der Arbeitskraft, die sich für 10 % mehr Lohn nicht reproduzieren kann.

Die Akkordkarten wurden geschlossen nicht ausgefüllt

Mannheim. Im „Kleinen Gußputz" der Landmaschinenfabrik John Deere, der Abteilung in der Gießerei, in der die Arbeitshetze am stärksten ist, haben die Kollegen vor drei Monaten den Vorarbeiter, der früher Vertrauensmann war, abgewählt, und zusammen mit ihrem neugewählten Vertrauensmann begonnen, gegen die Akkordbedingungen zu kämpfen. Die Arbeiter erreichen dort selbst mit äußerster Anstrengung nur 80 bis 100 Prozent im Akkord und sind deshalb gezwungen, damit sie nicht mit Hungerlöhnen nach Hause gehen, mehr auf die Akkordkarten zu schreiben, als gemacht worden ist. Der Meister setzt die Arbeiter damit unter Druck. Erstens kann er die Kollegen unbegrenzt antreiben, da sie ihr Soll doch nie erfüllen können, und zweitens kann er dann, wenn er gegen einen Kollegen vorgehen will, ihm wann immer er will „Akkordbetrug" nachweisen. Genau das wollte der Meister vor drei Wochen bei der ganzen Abteilung machen, weil die Arbeiter anfingen, die Vorgabezeiten zu reklamieren und sich die Antreiberei des Vorarbeiters nicht mehr gefallen ließen. Die Kollegen reagierten richtig: Sie füllten geschlossen ihre Akkordkarten überhaupt nicht aus und verlangten ihren bisher aufgeschriebenen Akkorddurchschnitt, also 130 Prozent. Vor der geschlossenen Abteilung mußte der Meister kapitulieren. Er versuchte es mit der nächsten Spaltung: Dem neugewählten Vertrauensmann bot er einen Arbeitsplatz in der Abteilung „Großer Gußputz" an. Dort bekäme er Lohngruppe 6, während er im „Kleinen Gußputz" nur Lohngruppe 4 bekommt. Das macht immerhin 180 DM im Monat aus. Aber auch damit fiel der Meister auf die Nase. Der Vertrauensmann lehnte ab.

Nicht nur innerhalb der Abteilungen wird mit der Lohnhöhe gespalten, es werden durch das gespaltene Lohnsystem von Akkord- und Zeitlohn ganze Abteilungen direkt gegeneinander ausgespielt. Das hat z.B. vor drei Jahren beim „Langsam-Fahr-Streik" der Staplerfahrer gegen die Arbeitshetze dazu beigetragen, daß er schon in den Anfängen wieder aufgegeben wurde. Die Arbeiter an den Maschinen, die ja im Akkord arbeiten, wollten genug Material herantransportiert haben, um ihre Stückzahl zu erreichen.

Wenn man bedenkt, daß es allein im Zeitlohn 84 verschiedene Löhne gibt und daß von der Leistungsbeurteilung in jeder Lohngruppe, die der Meister festlegt, abhängt, ob man bis zu 200 DM mehr oder weniger im Monat bekommt, dann sieht man, wie weit die Kapitalisten die Spaltung durch die Löhne schon getrieben haben.

Die Vertrauensleute von John Deere haben auf ihrer letzten Sitzung einen wichtigen Schritt gemacht gegen diese Spaltung mit der einstimmig unterstützten Forderung nach Streichung der unteren Lohngruppen, in denen bei John Deere 6 Prozent der Arbeiter eingestuft sind. – (f., Mannheim)

Die Profitschlachten der Stahl-Kapitalisten

100 Prozent mehr Profit für 1976 vorausgesagt

Bremen. 100 Prozent mehr Profit wird den Stahlmonopolen laut „Handelsblatt" vom 25. März für 1976 vorausgesagt. „Für 1976 wird mit einem Anstieg des Weltstahlbedarfs um knapp 10 Prozent auf 720 Millionen Tonnen und bis Anfang der achtziger Jahre unverändert auf 1 Milliarde Tonnen gerechnet." (Geschäftsbericht 1974/75 des Klöckner-Vorstands)

Bei jeder Gelegenheit versichert der Klöckner-Vorstand: „Wir sitzen in den Startlöchern." Zum einen ist diese Behauptung sicherlich Zähnefletschen gegenüber den anderen nationalen und internationalen Stahlmonopolen, mit denen sich Klöckner um die Profite aus der Produktion dieser ungeheuren Stahlmassen rauft. Für die Arbeiter der Klöckner-Werke bedeutet das, daß sie in die Startlöcher gepreßt werden, um sich für die märchenhaften Profite der Kapitalisten abzuhetzen, während die Klöckner-Herren die „Lorbeeren" für dieses mörderische Rennen einstreichen.

Was es für die Arbeiter heißt, in solche imperialistischen Profitschlachten gepreßt zu werden, erfahren die Arbeiter der Klöckner-Hütte Bremen seit eineinhalb Jahren am eigenen Leibe:

Anfangen hat es im Kaltwalzwerk, wo die Belegschaft vor knapp zwei Jahren um gut ein Drittel reduziert wurde, das jetzt in anderen Werksteilen schafft. Zunächst wurden auch weniger Tonnen produziert, heute aber produzieren die Kollegen schon wieder genausoviel wie vor zwei Jahren. Das wurde erreicht zum Beispiel durch den Einbau von Fahrtenschreibern, die jede Minute festhalten, die die Anlage steht, wofür die Kollegen Rechenschaft ablegen müssen.

Früher war es so, daß die Kollegen die vor Jahren durch Sitzstreiks erkämpften Pausen von einer Viertelstunde häufig ausgedehnt haben und kurz vor Schichtende die Anlagen verlassen haben. Heute wird man mit dem Pfeifsignal wieder an die Anlagen getrieben, und die Vorgesetzten spitzen zum Schichtwechsel die Ohren, ob die Anlage auch rattert. Verlassen Kollegen mal um Viertel vor Zwei die Anlage, werden sie gleich vergattert. Mit kleinlichst gehässiger Despotie gehen sie vor. Ein paarmal haben es die Herren schon versucht, an einigen Anlagen den fliegenden Wechsel durchzudrükken, d.h. Fahren bis die Ablösung da ist. Das ist ihnen aber nicht gelungen, genausowenig wie es ihnen gelungen ist, den Kollegen zu verbieten, während der Arbeitszeit zur Kantine zu gehen.



Im Geschäftsbericht des Vorstands heißt es: „... *haben wir seit einigen Jahren Maßnahmen zur Umstrukturierung des Gesamtunternehmens in Richtung auf zukunftsträchtige Märkte eingeleitet und durchgeführt. Die Auswirkungen dieser Unternehmenspolitik und verstärkte Rationalisierungsmaßnahmen begrenzten ... den Einfluß der Rezession auf Umsatz und Ertrag unseres Unternehmens.*"

Die Auswirkungen sind, daß heute zwei Drittel der alten Kaltwalzwerk-Belegschaft dasselbe schaffen, und das in kürzerer Zeit, denn die Schichten sind von 48 bzw. 44 Stunden in der Woche auf 40 Stunden reduziert worden. Das allein hat schon für die Kollegen zum Teil erhebliche Lohneinbußen bedeutet. Hinzu kommt für das vergangene Jahr die Lohnkürzung durch Kurzarbeit, die sich bei den Kollegen finanziell so ausgewirkt hat, daß sie 1975 insgesamt bis zu über 3 000 DM brutto weniger verdient haben als 1974.

Das ist nicht nur die Lage der Kollegen im Kaltwalzwerk, sondern im gesamten Werk; z.B. im ID-Stahlwerk, wo vor der Kurzarbeit pro Schicht 11, höchstens 12 Chargen gefahren wurden und heute 14 oder 15 und wo, wie am Hochofen, an der Stranggußanlage und im Warmwalzwerk die Arbeitszeit durch Kurzarbeit auf durchschnittlich 32 Stunden pro Woche für jeden Kollegen reduziert worden ist.

Die „Auswirkungen der Unternehmenspolitik und verstärkten Rationalisierungsmaßnahmen" im Interesse des Höchstprofits sind, daß im monatlichen Jahresdurchschnitt 1975 trotz Kurzarbeit genausoviel von den Arbeitern geschafft wurde wie 1974 ohne Kurzarbeit, daß heute die Arbeiter nach jeder Schicht körperlich erschöpfter sind als vor der Kurzarbeit, daß gerade jetzt immer mehr Arbeiter krank sind, so daß die Arbeit einzelner Abteilungen nur durch Überstunden aufrechterhalten wird. Diese Erfahrungen hatten die Arbeiter vor Augen, die sich vor zwei Monaten angesichts groß aufgemachter „Aufschwungmeldungen" der Tagespresse für die Stahlindustrie öffentlich in Form eines Leserbriefes gegen Überstunden aussprachen. Getroffen durch die Enthüllung seiner Absichten, verkündete der Vorstand in der Presse, daß Überstunden sich leider nicht ausschließen ließen. Die Erfahrungen der Arbeiter mit der Verschärfung der Ausbeutung durch die Kapitalisten führten zu der Lohnforderung von 12 Prozent, mindestens 140 DM im vergangenen Herbst, die von den Sozialdemokraten in der Gewerkschaftsführung von vornherein im Interesse eines Lohnraubabschlusses unter den Tisch gekehrt wurde.

Diese Erfahrungen führten zu der erhöhten Kampfbereitschaft im Verlauf der Tarifrunde und zu dem Verlangen an die Gewerkschaft, den Kampf zu organisieren.

Diese Erfahrungen führen jetzt zu einer starken Solidarität mit dem Streik der Drucker, die sich in Solidaritätsadressen verschiedener Kollegen und der Vertrauenskörperleitung ausdrückt. – (Zelle Klöckner Bremen)

Durch die Kurzarbeit mehr Tonnenleistung

Osnabrück. Bei Klöckner im Stahlwerk wird seit September letzten Jahres Kurzarbeit gefahren. Bei der Einführung der Kurzarbeit im September 1975 wurden von den Kapitalisten monatliche Planzahlen von 17 000 Tonnen Stahlerzeugung vorgewiesen. Die durchschnittlichen Produktionszahlen betrugen in der Hochkonjunktur etwa 22 000 Tonnen monatlich. Die Produktion läuft rund um die Uhr über den ganzen Monat (Conti-Arbeitsweise). 90 bis 93 Schichten werden im Monat verfahren, durch die Kurzarbeit werden die Schichten um 24 verkürzt.

Wie nun die Kapitalisten die verschärfte Ausbeutung durchgesetzt haben, kann man deutlich am Beispiel des Monats März dieses Jahres aufzeigen: 24 Schichten von 93 sind ausgefallen durch die Kurzarbeit.

Daraus ergibt sich eine Kürzung der Arbeitszeit um 25,9 Prozent. Dementsprechend hätte normal auch die Tonnenanzahl um ein Viertel sinken müssen von etwa 22 000 Tonnen auf etwa 17 000 Tonnen. Davon kann nicht die Rede sein! Im März wurden tatsächlich 20 410 Tonnen produziert.

Meldungen

Die Metall-Kapitalisten haben die Ausbeutung gesteigert. **Eisenschaffende Industrie:** Der Bruttowochenverdienst ist von 1974 auf 1975 um 3,7 Prozent gesunken von 437 auf 421 DM. **Maschinenbau:** Der Bruttowochenverdienst ist um 2,9 Prozent gestiegen, die Lohn- und Gehaltsquote (Lohnanteil bezogen auf den Umsatz) um 3,2 Prozent gesunken von 34 auf 32,9 Prozent. **Straßenfahrzeugbau:** Die Zahl der Arbeiter wurde um 8 Prozent verringert. Die Lohn- und Gehaltsquote wurde um 8,9 Prozent herabgedrückt, der Umsatz um 14,7 Prozent erhöht.

Bremen. Die Funktionärskonferenz der Gewerkschaft NGG (Nahrung, Genuß, Gaststätten) hat für die **Brauereiarbeiter** die Lohnforderung von **130 DM** für alle erhoben.

25 % der durchschnittlich 1,074 Millionen Arbeitslosen erhielten 1975 keine Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung.

Das **Arbeitslosengeld betrug im Durchschnitt 736 DM** (für 695 000 Arbeitslose).
20 % erhielten weniger als 490 DM,
26 % zwischen 491 und 680 DM,
32 % zwischen 681 und 870 DM.

Unter den Frauen bekamen 36 % weniger als 490 DM.

Arbeitslosenhilfe durchschnittlich 575 DM (im Januar 1976 166 000 Arbeitslosenhilfeempfänger). 239 000 Sperrzeiten wurden verhängt.

Unter dem Titel „Arbeitsförderung" holten sich die Kapitalisten 7 Milliarden DM an Zuschüssen Lohnersatzleistungen etc. aus der Kasse der Versicherten. Das sind 43 % mehr als im Vorjahr. Fast so viel wie die gesamten Beitragseinnahmen des Jahres (7,7 Mrd.).

Die Kosten für die staatliche Zwangsverwaltung stiegen von 1,6 auf 2 Milliarden. „Verwaltungskosten" pro Kopf eines Arbeitssuchenden und Arbeitslosen 660 DM.

Stuttgart. Auf einer Streikversammlung der Drucker in Stuttgart wurde bekanntgegeben, daß im Bezirk Stuttgart **800 neue Mitglieder** in die IG Druck während des Streiks eingetreten sind.

5,6 Prozent mehr Lohn und Gehalt, Erhöhung der Jahressonderzahlung (Weihnachtsgeld) um 5 Prozent auf 40 Prozent des durchschnittlichen Monatslohns: Das hat die **Gewerkschaft Textil und Bekleidung (GTB)** mit den niedersächsisch-bremischen Textilkapitalisten ausgehandelt. Die Auszubildenden erhalten 5,6 Prozent mehr.

Zwischen 33 und 41 Pfennig wird sich damit der Stundenlohn für die Textilarbeiter erhöhen. Pro Monat ergibt das Beträge zwischen 57 und 71 DM (ohne Schichtzulagen) brutto. Nettolöhne zwischen 900 und 1 100 DM sind keine Seltenheit. Schon diese Löhne zwingen zu Überstunden, Nacht- und Wochenendarbeit.

Die jetzt ausgehandelten Tariferhöhungen wirken diesem Druck nicht entgegen. Sie machen, rechnet man sie auf die Effektivlöhne um, noch nicht einmal 5,6 Prozent aus. Bei einem Tariflohn von 6,30 DM (mittlere Lohngruppe IV) gibt es jetzt 35 Pfennig mehr. Auf den Effektivlohn von 7,25 DM machen diese 35 Pfennig aber nur von 4,8 Prozent aus.

Allein im Jahre 1975 mußten 7 000 kleine Lebensmittelgeschäfte schließen. Dagegen stieg die Zahl der **Selbstbedienungs-Warenhäuser** und Verbrauchermärkte um 11 Prozent auf jetzt 1 266.

Zuschrift eines Genossen aus dem AEG-Werk Westberlin

Die Arbeit für das Walzwerk Wuhan (China)

Der westdeutsche Imperialismus steckt seine Klauen in aller Herren Länder. In der KVZ vom 6.5. und vom 13.5.76 war ein Bericht über den Bau des modernsten Lastkraftwagenwerks der Welt in Naberenjnye Celny in der Sowjetunion abgedruckt. Nun, das modernste Walzwerk der Welt entsteht zur Zeit in Wuhan in der Volksrepublik China. Geliefert wird es aus Westdeutschland und Westberlin. In meiner Abteilung bei AEG wurde die Steuerung dieses Werkes erstellt.

Beim Walzwerk Wuhan ist einiges anders als beim Automobilwerk Naborenjnye Celny. Wie Genosse B. berichtete, hat die Sowjetunion damals einige Funktionäre nach Westdeutschland gesandt, um die Maschinen kennenzulernen. Da die Herren sich für ihren Auftrag aber nicht interessierten, müssen jetzt sowjetische Arbeiter von deutschen Technikern in der Sowjetunion geschult werden. Es ist klar, daß sich die westdeutschen Imperialisten somit Eingriffsmöglichkeiten in sowjetische Angelegenheiten über Jahre hinaus verschafft haben. Beim Walzwerk Wuhan stand von vorneherein fest, daß kein deutscher Monteur oder Ingenieur nach Wuhan fahren wird, um das Walzwerk aufzubauen. Die einzelnen Teile des Werkes werden nach China geliefert und dort ausschließlich von chinesischen Arbeitern zusammengebaut. Es ist dies für die chinesischen Arbeiter die beste Möglichkeit, das Werk bis in alle Einzelheiten kennenzulernen und so vom westdeutschen Imperialismus unabhängig zu bleiben.



Peking. Blick in eine Werkhalle des Walzwerkes des Eisen- und Stahlkombinats der Hauptstadt Chinas. Früher gehörte das Werk nicht dem chinesischen Volk, sondern war in den Händen eines imperialistischen Staates. In den Jahren 1938 bis 1948 wurden insgesamt 280 000 Tonnen Roheisen produziert. 250 000 wurden von den Imperialisten ins Ausland verschifft. Nachdem die Arbeiter die Herren des Landes und des Betriebes geworden waren, gelang es ihnen unter Führung der Kommunistischen Partei Chinas, schon 1952 um 20 Prozent mehr Roheisen als in den gesamten 10 Jahren vor der Befreiung zu produzieren.

Ein Dutzend chinesischer Techniker ließ sich in den letzten Wochen in unserer Abteilung die Steuerung des Walzwerkes erklären. Die Kollegen meiner Abteilung haben großen Respekt vor dem Arbeitseifer dieser chinesischen Techniker. Aufgrund der chaotischen Organisation durch die AEG-Manager kam es vor, daß den Chinesen beispielsweise am Donnerstag noch einmal Dinge erzählt wurden, die ihnen ein anderer Kollege am Montag vorher schon erklärt hatte. Die chinesischen Techniker haben sich das geduldig angehört. Und wenn sie Abweichungen der beiden Vorträge voneinander feststellten, hakten sie sofort nach und entdeckten so schwache Stellen im Steuerungskonzept. Von der Gesellschaft für deutsch-chinesische Freundschaft wurden die Chinesen gefragt, ob sie an einer Kontaktaufnahme interessiert seien. Einmütig haben sie das abgelehnt mit der Begründung, sie müßten abends im Hotel immer noch lange studieren. Das taten sie tatsächlich: Wenn morgens der Unterricht begann, stellten sie stets eine lange Reihe von Fragen zu den Vorträgen des Vortages.

Die Kollegen meiner Abteilung haben etwas Bedenken, ob das Walzwerk wirklich selbständig von den Chinesen aufgebaut werden kann. Nicht wegen der chinesischen Techniker, deren Fähigkeiten sind unumstritten. Die Steuerung aber, die AEG lieferte, wurde nach chaotischen Plänen und in großer Hektik zusammengeschludert.

Da werden Pannen nicht ausbleiben. Weil die Volksrepublik China in der Frage der Termine nicht mit sich spaßen ließ, die von der AEG völlig irreal angesetzt waren, zwang AEG einen Teil der Kollegen in der letzten Zeit, von morgens um 7 Uhr bis nachts um 10 Uhr zu arbeiten. Trotzdem wurden die Elektronikschränke dieser Tage mit einer Woche Verspätung ausgeliefert. Das wird die AEG teuer zu stehen kommen.

Kollege M., der den chinesischen Technikern den meisten Unterricht gegeben hat, hat von ihnen ein wunderschönes Bild geschenkt bekommen: Die Brücke über den Yangtsekiang. Dieses Bild hängt jetzt in unserem Labor zwischen den Fotos von der Rätischen Eisenbahn, der Kopenhagener U-Bahn und ähnlichem. Es wird noch oft Anlaß zu Diskussionen darüber geben, was die Arbeiterklasse vermag, wenn sie sich ihre Ausbeuter vom Hals geschafft hat. – (f., Westberlin)

Henschel Kassel

Streik gegen Prämienkürzung

Kassel. Letzten Freitag gab es im Henschelwerk Mittelfeld Löhnung. Bei den Prämienlöhnern in der Halle M 45, Lokbau, waren es 10 bis 30 Pfennige pro Stunde weniger als es hätten sein müssen. Seit Freitag liefen die Verhandlungen, um die Nachzahlung zu bekommen. Montagabend wurde der Beschluß gefaßt: am Dienstag vor die Halle! Nach dem Frühstück gingen 150 vor die Halle. Als der Hallenchef kam und fragte, was los sei, bekam er die Antwort: „Die Prämie hat uns rausgetrieben, wir wollen unser Geld."

Ein Vertreter der Geschäftsleitung sollte kommen und zu der Kürzung Stellung nehmen. Der Vertreter der Geschäftsleitung mußte kommen und sich bereit erklären, mit den Vertrauensleuten zu verhandeln. Der Rest sollte wieder an die Arbeit gehen. Niemand ging: „Wir bleiben hier, so verhandelt es sich besser!" Nach zwei Stunden marschierten die Arbeiter um die Halle zu den Bürofenstern, hinter denen verhandelt wurde, damit klar war: Die Arbeiter geben nicht auf.

Fünf Minuten darnach kam das Ergebnis:

1. Der Differenzbetrag zur Normalprämie wird bezahlt.
2. Eine Kommission wird gebildet zur Untersuchung der Prämienbedingungen.

Druckerstreik

Die Arbeit wurde nicht sofort wieder aufgenommen

Wiesbaden. Bevor die Verhandlungen am letzten Donnerstag zu Ende waren, zogen 400 Druckarbeiter aus Darmstädter Druckbetrieben vors Hotel Hilton in Mainz, wo die Tarifverhandlungen stattfanden, um dort dem Gewerkschaftsvorsitzenden Mahlein eine Resolution so nachhaltig zu überbringen, wo noch einmal nachhaltig für die Durchsetzung der aufgestellten Forderung eingetreten wurde. Die Arbeiter riefen in Sprechchören: „Was brauchen wir? Neun Prozent! Gemeinsam sind wir stark für 140 Mark!" Als die Darmstädter Arbeiter im Mainzer DGB-Haus, wohin sie unter dem Beifall vieler Passanten demonstriert hatten, vom 6-Prozent-Abschluß erfuhren, war die Empörung groß. Viele riefen laut: „Der Abschluß muß abgelehnt werden." Zur gleichen Zeit, als das Ergebnis bekannt wurde, wurde der Streik vom Hauptvorstand für beendet erklärt. Im Wiesbadener Gewerkschaftshaus trafen sich an diesem Nachmittag die Kollegen der einzelnen Betriebe zur Auszahlung des Streikgeldes. Die Stimmung kochte. Großen Beifall bekam ein Arbeiter der Wiesbadener Graphischen Betriebe, als er rief: „Ich will, daß am Dienstag im Betrieb mit 100 Prozent Nein gestimmt wird!"

Die Geschäftsleitung der Wiesbadener Graphischen Betriebe wollte, daß die Arbeiter zur Spätschicht antreten sollten. Ebenso andere Kapitalisten. Bei der Stimmung wäre bestimmt keiner in den Betrieb gegangen. Das wußte auch die Gewerkschaftsführung. Sie beschloß, daß die Arbeit erst am nächsten Tag aufgenommen werden solle.

Am Montag dauerte es einige Zeit, bis die Diskussionen wieder in Gang kamen. Die Debatten kamen ins Rollen, als das Gewerkschaftsflugblatt „Ein Abschluß, der sich sehen lassen kann" verteilt wurde. Der Hauptvorstand empfahl darin die Annahme des Ergebnisses. Die Arbeiter meinten jedoch: Wir werden das Ergebnis ablehnen. Am Dienstag morgen wurde urabgestimmt. Ergebnis: 76,6 Prozent dagegen, 23,4 Prozent dafür. Die Meinung der Arbeiter war die: Unsere Streikfront stand. Der Abschluß hätte höher sein müssen. – (n., Wiesbaden)



Hamburg, 13. Mai. Demonstration der Hamburger Druckarbeiter. Der Streik wurde von den Mitgliedern anderer Gewerkschaften unterstützt.

Mannheimer Morgen Großdruckerei: Nach dem Streik

„Wer die Notzeitung gedruckt hat, soll auch heute drucken"

Mannheim. Auf eine breite Ablehnung stieß der 6 %-„Einigungsvorschlag" der Tarifkommission bei den Kollegen des Mannheimer Morgen. Auf der kurzfristig noch am Donnerstagabend einberufenen Streikversammlung, an der trotzdem noch ca. 250 der 400 Kollegen teilnahmen, wurde in fast allen Beiträgen herausgestellt, daß dieser „Einigungsvorschlag" für uns Lohnabbau bedeutet. Der Pauschalbetrag von 275 DM ist nur eine Augenwischerei, da er nur ein „mehr" von ca. 89 DM brutto für die Monate April und Mai bedeutet. Weiter wurde angegriffen, daß die Mindestforderung in keiner Weise berücksichtigt wurde.

Alle waren der Auffassung, daß dieses Ergebnis nicht unserer Kampfkraft und Stärke entspricht. War sich auf der einen Seite jeder im klaren, daß der „Einigungsvorschlag" für uns keinen Erfolg bedeutet, so wurde jedoch in den Beiträgen generell zum Ausdruck gebracht, daß die Art und Weise, wie der Kampf von uns geführt wurde (Einbeziehung aller Kollegen) erfolgreich war.

So setzten sich dann auch die Arbeiter gegen den Beschluß, daß die Arbeit noch in der selben Nacht aufgenommen werden sollte, durch. Sie machten klar, daß dies nicht von Arbeitern, die sich schon seit 6 Uhr morgens aktiv am Streik beteiligten, gefordert werden könne. So sagte ein Arbeiter: „Die Leute, die in den letzten Tagen die Notzeitung gedruckt haben, die sollen sie auch heute drucken!" Der Ortsvereinsvorsitzende wurde trotz Widerstand gezwungen, sich daraufhin mit der Landesbezirksstreikleitung in Verbindung zu setzen, der dann auch nichts anderes übrig blieb, diesen Beschluß der Kollegen anzunehmen.

Diese Haltung änderte sich dann auch im Betrieb nicht. So konnte man dann auch am nächsten Tag Schilder im Betrieb sehen: „Zutritt für Streikbrecher verboten, schon bei Ihrem Anblick wird uns speiübel" – So beendeten sie in der Anzeigensetzerei die Arbeit pünktlich, obwohl gerade zur Freitagsausgabe Überstunden an der Tagesordnung sind. – (t., Mannheim)

Bauer-Verlag Hamburg

Hamburg. Der Streik ist noch nicht aufgehoben, schon werden beim Bauer-Verlag Überstunden angemeldet. Bevor irgendetwas von einem Abschluß bekannt wurde, meldete die Bauer-Geschäftsleitung für Samstag/Sonntag Überstunden an. Der Betriebsrat mußte ablehnen. Mit Unterstützung der Gewerbeaufsicht ließ sich die Geschäftsleitung etwas Neues einfallen: nicht Überstunden, sondern Verlegung der Arbeitszeit aufs Wochenende. Trotz massiver Drohungen und Einschüchterungen mußte der Betriebsrat wiederum ablehnen. Die Belegschaft hat ihre Kraft im Streik gestärkt. Die Arbeiter und Angestellten von Bauer sind nach Aufhebung des Streiks am Donnerstag nachmittag zur Arbeit in der Spätschicht gegangen und haben die 6 Prozent mit 80,7 Prozent abgelehnt.

Streik gegen die Entlassung des Streikleiters

Aschaffenburg. Beim Aschaffenburger „Mainecho" wurde ein Redakteur, der beim Drucker-Streik in die Streikleitung gewählt worden war, fristlos gekündigt.

93 % der Aschaffenburger Drucker und Setzer hatten für Streik gestimmt. Es war der erste Streik der Drucker seit Jahrzehnten in Aschaffenburg. Das hiesige Lokalblatt „Mainecho" des Druckkapitalisten Engelhard konnte nur in einer schäbigen Notausgabe erscheinen, gespickt mit Druckfehlern, mit 3 Seiten Information und 9 Seiten Reklame.

Fast alle Redakteure und Angestellten hatten sich den Streik der Drucker angeschlossen. Der Redakteur wurde zusammen mit anderen in die örtliche Streikleitung gewählt.

Am Donnerstag, dem 13.5. wurde ihm von Engelhard die fristlose Kündigung ausgesprochen. Anlaß dazu war, daß der Redakteur angeblich einen Prokuristen am ersten Streiktag beleidigt haben soll.

Der wirkliche Grund der fristlosen Kündigung liegt auf der Hand: Durch den Rausschmiß eines aktiven gewerkschaftlichen Kollegen soll die Kampfkraft der Kollegen insgesamt geschwächt werden.

Sofort nach Bekanntwerden der fristlosen Kündigung legten eine Reihe von Kollegen spontan die Arbeit nieder. Als die Ortsleitung der IG Druck den Redakteur ebenfalls unterstützte, legte die gesamte Belegschaft die Arbeit nieder. Flugblätter der IG Druck wurden in der Stadt verteilt und stießen auf große Sympathie in der Bevölkerung. Engelhard galt hier in Aschaffenburg bislang als „liberal", weil er nicht ausgesperrt hatte. Mit dieser Kündigung änderte sich das Bild von ihm.

Am Samstag mußte der Druckkapitalist die fristlose Kündigung zurückziehen, schob aber eine fristgerechte Kündigung nach.

Am Samstag Abend fand im DGB-Haus eine Versammlung der Drucker statt, in der die große Solidarität mit dem Redakteur zum Ausdruck kam. Solidaritätsadressen aus anderen Betrieben wurden verlesen.

Ein Arbeitsgerichtsverfahren gegen die fristgerechte Kündigung wurde inzwischen eingeleitet.

Der Streik ist beendet worden. – (M.)

Chemietarifrunde

Hoechst und Bayer: Die Gewinne sind sprunghaft gestiegen

Die Tarifbezirke Nordrhein und Hessen befinden sich vor der Schlichtung. Die Kapitalisten haben 5,4 % angeboten. Rheinland-Pfalz verhandelt am Mittwoch, Baden-Württemberg hat Dienstag vertagt, in anderen Tarifgebieten beginnen die Verhandlungen.

Die spontanen Streikaktionen der letzten Wochen auf der BASF haben die Chemiekapitalisten aufgeschreckt. Sie drohen den Arbeitern. In ihrem Informationsblatt „BASF Intern" schreibt die BASF-Geschäftsleitung „In Anbetracht einiger Arbeitnehmeraktionen erinnert die Werksleitung alle Mitarbeiter daran, daß während laufender Tarifrunden die gesetzliche Friedenspflicht besteht. Auf ihre Einhaltung hinzuwirken ist Pflicht der Werksleitung, des Betriebsrates und der Gewerkschaften. Die zwischen Gewerkschaft und Arbeitgeberverband geführten Verhandlungen werden durch allseitige Vernunft und Besonnenheit am ehesten gefördert. Die Werksleitung bittet die Mitarbeiter um Geduld und um Vertrauen zu den Tarifpartnern."

2 000 BASF-Arbeiter demonstrierten durch das Werk in Ludwigshafen

Die Streikaktionen stören empfindlich die Profitmacherei. Die Sozialdemokraten stützen die Absichten der Kapitalisten. „In diesem Jahr steht die Partie ohnedies nicht auf Streik oder Verteilungskampf", so leitete IG Chemie-Führer Hauenschild die Tarifrunde ein. Die „Unternehmergewinne" müssen gesichert werden, da ist er sich mit den Kapitalisten einig. „In den letzten Jahren haben die Arbeitnehmer einen Einkommensvorsprung vor den Unternehmergewinnen herausgeholt, und nun versuchen die Unternehmer, ihre Einkommen stärker steigen zu lassen als die Arbeitnehmereinkommen. Auf mittlere Sicht dürfte sich das annähernd wieder aus.", (Spiegel) So schreibt dann auch die „BASF Intern": „Die lange Dauer der Verhandlungen ist ein Zeichen dafür, daß beide Tarifpartner sich ihrer Verantwortung gegenüber den Arbeitnehmern bewußt sind, aber auch bedenken, welche gesamtwirtschaftliche Bedeutung eine angemessene Lohnpolitik in dieser Zeit des beginnenden konjunkturellen Aufschwungs hat. Das macht die jetzigen Gespräche so kompliziert und langwierig."

Die Sozialdemokraten in der Gewerkschaftsführung wälzen Denkmodelle

Der Absicht der IG Chemie-Führung, die Tarifrunde schnell durchzuziehen, hat schon die Aufstellung von Festgeldforderungen durch Teile der Chemiearbeiterschaft entgegengestanden. Jetzt die spontanen Streikaktionen der BASF Arbeiter gegen den Abbau des Reallohnes. Die Chemiearbeiter lassen sich nicht einfach für die Expansionsinteressen des Chemiekapitals einspannen. Das macht die Lage für die Chemiekapitalisten und sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer kompliziert. In Hessen wälzen die Sozialdemokraten jetzt „Denkmodelle". Nach dem Druckabschluß will man jetzt auf einen Mindestbetrag von 85 DM gehen, was 6,3 % bedeuten würde durchschnittlich für die Arbeiter. Sammet vom Arbeitgeberverband der Chemieindustrie hat jetzt aus Anlaß der Veröffentlichung der Geschäftsberichte der Hoechst AG ausgeführt, „daß für das hoffnungsvoll begonnene Geschäftsjahr 1976 die Dividende wieder heraufgesetzt werden kann" für die Aktionäre. Sie sollen auf den Stand des Boomjahres 74 gebracht werden. Einige Angaben aus den Geschäftsberichten des Hoechstkonzerns und des Bayerkonzerns zeigen, daß sie in den letzten Monaten und im letzten Jahr dazu Voraussetzungen geschaffen haben. (siehe Kasten)

Aus den Geschäftsberichten von Hoechst und Bayer

Hoechst

1. Sprunghafter Anstieg der Profite

Im ersten Vierteljahr 1976 sind die Gewinne vor Steuern um 19,4 % auf 215 Millionen DM gestiegen. Das sind über 9 % des Umsatzes. Damit sind nahezu die Superprofite von 1974 erreicht.

2. Die Produktionsanlagen verkommen

Für 1967 sind 1.300 Millionen DM Investitionen geplant, das ist ein Drittel weniger als 1975. Dafür wird keine Mark Profit verwendet, sie werden allein aus Abschreibungen finanziert. Abschreibungen sind die Kosten, die für die Abnutzung der Produktionsmittel berechnet werden. Im Inland werden die Investitionen dafür „deutlich" unter den Abschreibungen liegen. Schwerpunkt Ersatzbeschaffung und Rationalisierung. Das heißt, es werden mehr alte Produktionsmittel abgenutzt, als neue angeschafft. Dafür werden im Konzern 24 Millionen DM Investitionszulage gezahlt.

3. Weitere Konzentration

295 Mio DM, nahezu ein Viertel aller Investitionen, werden aufgewendet, um sich in andere Firmen einzukaufen oder sie ganz zu kaufen. 90 Mio DM im Inland, 205 Mio DM im Ausland.

4. Verstärkte Expansion

1974 betrug der Auslandsumsatz 64 % des Weltumsatzes, 1975 68 %. Im Ausland produziert wurde 1974: 26 % und 1975: 32,5 % des Weltumsatzes. Während die Produktionsanlagen im Inland schrumpfen, werden im Ausland - ohne die Aufkäufe von 205 Mio DM - 100 Mio DM neu investiert.

5. Verschärftes Arbeitstempo

Aufgrund der Krise und der außerordentlichen Steigerung 1974 ist der Umsatz pro Kopf 1975 gegenüber 1974 nur von etwa 113 Tausend DM auf 114 Tausend DM gestiegen. Anders sähe es aus, könnte man die Kurzarbeit statistisch berücksichtigen. Im ersten Vierteljahr 76 wurden beim Stammwerk der AG 2.056 Beschäftigte der 66.847 entlassen. Dafür ist der Umsatz um 14 % gestiegen, so daß jeder einzelne - sieht man von den Preissteigerungen ab - nahezu ein Fünftel mehr arbeiten muß. Wo er zuvor fünf Kisten geschleppt hat, muß er jetzt sechs schleppen.

Das drückt sich darin aus, daß die Kapazitätsauslastung, die 1975 bei 65 % lag, wieder auf 85 % gestiegen ist.

Bayer

1. Superprofite wie 1974

Im ersten Vierteljahr dieses Jahres ist der Gewinn vor Steuern gegenüber 1975 um 49,7 % auf 710 Mio DM gestiegen.

2. Weniger Investitionen

1976 sollen weltweit 1.700 Millionen DM investiert werden. Das ist über 10 % weniger als im Vorjahr und etwa weniger als 1974. Weniger als ein Viertel werden Neuinvestitionen sein. Dafür wird der Konzern 30 Mio DM Investitionszulage erhalten.

3. Höherer Auslandsanteil

Der Anteil des Auslandsumsatzes ist von 1974: 66,1 % auf 1975: 67,5 % des Weltumsatzes gestiegen. Dies geht allein auf die Auslandsgesellschaften zurück, denn der Export war um 19 % gesunken, ist aber jetzt bereits wieder auf 21,9 % gestiegen.

4. Höhere Auspressung

Zwar ist die Zahl der Beschäftigten mit 169 Tausend im Vorjahr gleich geblieben, doch wurde Kurzarbeit verordnet. Mengenmäßig ist der Absatz um 8 % gesunken, die Arbeitsstunden sicherlich mehr. Mit unveränderter Belegschaft wurde im ersten Vierteljahr 76 ein um 21,2 % höherer Umsatz produziert.

5. Gratisaktien für die Aktionäre

Die Gesellschaft gibt neue Aktien im Kurswert von etwa 620 Millionen DM aus. Die Aktionäre können sie für insgesamt 440 Millionen DM kaufen. Somit werden ihnen runde 180 Millionen DM geschenkt, bloß aufgrund der Tatsache, daß sie Aktien besitzen. Das sind pro Kopf der Belegschaft des Weltkonzerns - Manager und ähnliches Pack eingerechnet - über Eintausend DM - zuzüglich der Dividende. Und natürlich soll aus diesen neuen Aktien im folgenden Jahr zusätzlicher Profit fließen.

– (j.k.)

Röhm: Betriebsrat lehnt Überstunden ab

Darmstadt. Auf der Vertrauensleutevollversammlung der Verwaltungsstelle Darmstadt der IG Chemie wurde von den Kollegen beschlossen, daß die Betriebsräte überprüfen wollen, inwiefern in der laufenden Tarifrunde Überstunden vermeidbar sind. Von den Kollegen wurde klar der Standpunkt vertreten, daß gerade jetzt nach dem Scheitern der Schlichtung jede Überstunde abgelehnt werden muß, die es den Kapitalisten ermöglicht, die Lager zu füllen, um bei einem Streik gerüstet zu sein. Der Röhm-Betriebsrat hat sich dieser Meinung mehrheitlich angeschlossen und Überstunden nur noch in einem Betrieb für einen Samstag zugestimmt. Das ist ein richtiger Schritt, gerade den Überstunden in den großen Plexiglas-Produktionsbetrieben nicht mehr zuzustimmen.

Chirurgische Universitätsklinik Göttingen:

„Rechnung ohne den Wirt gemacht"

Göttingen. Schon seit Monaten sind im Haupthaus OP zwei Planstellen nicht mehr besetzt. Arbeitshetze und Mehrarbeit sind gestiegen. Im Monat September letzten Jahres gab es eine Steigerung der Operationen von über 100 Prozent gegenüber dem Vorjahr, bei verringertem Personalbestand. Nun zeichnet sich eine weitere Verschlechterung der Personalsituation ab. Durch Kündigung und Pensionierung werden bald 6 Planstellen nicht mehr besetzt sein. Das OP-Personal forderte daraufhin Pflegedienstleitung und Klinikdirektor auf, diesem Zustand durch entsprechende Werbeanzeigen entgegenzutreten. Die Reaktion war: Dafür haben wir kein Geld. Und die zweite Reaktion ist folgende:

– Umfunktionierung des Nachtdienstes in einen Bereitschaftsdienst;

–Veränderung der täglichen Schichtzeiten; der Spätdienst soll anstatt bis 20 Uhr bis 22.30 Uhr dauern.

Was ist nun von diesem Vorschlag zu halten? Die Pflegedienstleitung will mit dieser Neuregelung zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen, nämlich:

– Arbeitskräfte einsparen und damit Lohn einsparen;

– der Arbeitstag wird durch einen Bereitschaftsdienst verlängert, was Mehrarbeit für die Kollegen bedeutet.

Arbeitskräfte können eingespart werden, wenn es den Nachtdienst nur noch in Form eines Bereitschaftsdienstes gibt. Dann fallen die Kollegen nämlich nicht mehr für den Tagdienst aus. Zum anderen wird Geld gespart, weil der Bereitschaftsdienst nur zu 50 Prozent bezahlt werden muß.

Mehrarbeit bedeutet es für jeden Angestellten, weil er dann nach einem Achtstundentag auch noch für den Nachtdienst in Bereitschaft sein muß.

Der neue Schichtdienst wird mit einer Verkürzung des Nachtdienstes begründet. Jeder Angestellte ist natürlich gegen einen Nachtdienst von 12 Stunden, weil er selbst erfahren hat, daß die ständige Nacht- und Schichtarbeit auf die Dauer zum raschen Verschleiß seiner Arbeitskraft führt und weil der Kontakt zur Familie und zu anderen Kollegen dadurch zerstört wird. Außerdem wird es für ihn unmöglich, sich an der gewerkschaftlichen und politischen Arbeit zu beteiligen, um seine Interessen wahrzunehmen. Aus diesen Gründen muß sich der Kampf nicht nur richten gegen eine weitere Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, sondern für eine Verkürzung des Nachtdienstes auf 4 Stunden.

Das Personal im OP lehnt den Vorschlag der Pflegedienstleitung, der scheinbar eine Verkürzung des Nachtdienstes ist, ab. Denn dieser Vorschlag bedeutet Dienst von 14 bis 22.30 Uhr, Bereitschaftsdienst von 22.30 bis 7 Uhr morgens, schlafen, um dann um 14 Uhr wieder zu arbeiten usw.

Im OP werden sich die Angestellten diese Maßnahmen nicht gefallen lassen. Ein Kollege sagte dazu: „Hier hat die Oberschwester die Rechnung ohne den Wirt gemacht." Der erste Schritt, sich dagegen zur Wehr zu setzen, ist gemacht. Eine Resolution an den Personalrat wurde verabschiedet und der Personalrat aufgefordert, gemeinsam mit dem Personal im OP den Kampf gegen diese Neuregelung zu führen.

Um diese Maßnahmen weiter abzusichern, fährt die Verwaltungsleitung der Kliniken neue Geschütze auf. Es werden Kollegen in die Verwaltung beordert, wo sie erfahren, daß sie eine „Nebenabrede zum Arbeitsvertrag" zu unterschreiben haben, in der sie verpflichtet werden sollen, in ihrem Bereich Bereitschaftsdienste zu leisten (gemäß § 4 Absatz 2 des Bundesangestelltentarifs). § 2 dieser „Nebenabrede" besagt, daß sie „ab sofort Bestandteil des Arbeitsvertrags" ist und „nur mit ihm zusammen aufgehoben oder geändert werden" kann. Wer sich also mit abwieglerischen Erklärungen überrumpeln läßt wie beispielsweise: daß dieser Abschnitt sowieso bereits im Arbeitsvertrag steht oder man eine Unterschrift brauche, um diese Dienste richtig vergüten zu können, unterschreibt gleichzeitig, daß fortan der Dienstherr entscheidet, wann, wie oft und wie lange man Bereitschaftsdienst macht.

Die Assistenzärzte der Kardiologischen Kinderklinik haben jetzt ihre Unterschrift unter die Nebenabrede verweigert. Der Chef der Klinik hatte gegenüber der Verwaltungsleitung der Nebenabrede zugestimmt mit dem Argument: Während des Bereitschaftdienstes könnte jeder Arzt durchschlafen.

Die Realität allerdings sieht anders aus. Bis zu 60 bezahlte Überstunden machen die Assistenzärzte pro Monat. Bereitschaftsdienste werden dagegen schlecht bezahlt und die Arbeit wird trotzdem gemacht: Das ist die Rechnung der Klinikleitung.

Keine Wiederanrechnung der Krankenpflegeschüler auf den Stellenplan



Demonstration gegen die Rationalisierungsmaßnahmen an den Bremer Krankenhäusern

Bremen. Am 12.5. demonstrierten ca. 370 Beschäftigte aus den Krankenhäusern gegen Rationalisierungsmaßnahmen, welche der Bremer Senat plant. 6 Millionen DM, bzw. 177 Planstellen will der Senat einsparen, indem er die Krankenpflegeschüler wieder auf den Stellenplan anrechnet. Die Demonstration machte deutlich, daß er bei diesem Plan auf Widerstand stößt. „Wir werden kämpfen, wir werden siegen, den Sparmaßnahmen werden wir nicht unterliegen!" – wurde immer wieder gerufen.

Es gärt schon lange in den Krankenhäusern. Die Rationalisierungswelle rollt. Was früher zwei geschafft haben, soll in Zukunft ein Kollege schaffen. So wurden z.B. in den städtischen Krankenhäusern, innerhalb eines Jahres 207 Kollegen aus dem Wirtschaftsbereich wegrationalisiert. Bei uns im Krankenhaus St. Jürgenstraße sieht das folgendermaßen aus:

Private Reinigungsfirmen haben die Säuberung der Stationen übernommen. Für einen Hungerlohn müssen die Frauen im „Akkord" die Stationen „reinigen". Die Kollegen in der Wäscherei müssen in größter Hitze und Feuchtigkeit Schwerstarbeit verrichten. Auch im Pflegedienst sehen die Verhältnisse entsprechend aus: Viele Stationen sind unterbesetzt und das bei „chronischen Flurbetten" (Zitat: Oberin von Essen). Überstunden und vermehrte Nachtwachen, so sieht die 40-Stunden-Woche aus.

Ohne die Krankenpflegeschüler – 40 % der im Pflegedienst Beschäftigten – würde der Betrieb zusammenbrechen. Wen wundert's, daß im Zentralkrankenhaus St. Jürgenstraße kürzlich die meisten Übertretungen des Jugendarbeitsschutzgesetzes in Bremer Krankenhäusern vom Gewerbeaufsichtsamt festgestellt wurden.

Dem Senat reicht diese Ausbeutung der Krankenpflegeschüler noch nicht und ihre theoretische Ausbildung ist ihm noch zu teuer. Also wird an Büchern und Papier gespart, ebenso an Lehrpersonal, von den Räumlichkeiten ganz zu schweigen. Regelmäßiger Berufsschulunterricht ist so nicht drin: Oftmals haben die Schüler zwei Monate überhaupt keinen Unterricht. Jetzt will der Senat die Auszubildenden, die seit 73 offiziell keine Planstellen mehr besetzen, wieder auf den Stellenplan anrechnen. Drei Schüler sollen eine ausgebildete Kraft ersetzen. 177 Planstellen können so auf einen Schlag gestrichen werden.

Auf Personal-, Schülerversammlungen und innerhalb der ÖTV erhob sich dagegen in allen Krankenhäusern der Protest. Personal- und Ausbildungspersonalräte schickten Protestbriefe an den Gesundheitssenator.

Auf der letzten Schülerversammlung im Zentralkrankenhaus St. Jürgenstraße wurde der Ausbildungspersonalrat aufgefordert, gemeinsam mit den Ausbildungspersonalräten der anderen Krankenhäuser einen Aktionstag und eine Demonstration zu organisieren.

Am Aktionstag wurden an drei Brennpunkten der Stadt Informationsstände organisiert. Ca. 4 000 Flugblätter wurden verteilt und rund 1 000 Unterschriften für eine Protesterklärung an den Senat gesammelt. Die ÖTV-Jugend beteiligte sich mit einem eigenen Flugblatt, indem die Maßnahme der Planstellenstreichung, im Zusammenhang mit den gesamten Rationalisierungen auf Kosten der Lohnabhängigen, dargestellt wird. Zu ca. hundert zogen wir dann aus unserem Betrieb am 12.5. zur Demonstration. Forderungen wie:

– Keine Wiederanrechnung der Krankenpflegeschüler auf den Stellenplan!
– Keine Einsparung von Planstellen!
– Keinerlei Rationalisierungsmaßnahmen auf Kosten der Auszubildenden, der Krankenhausbeschäftigten und der Patienten!

wurden hier immer wieder gerufen.

Wir fanden breite Unterstützung in der Bevölkerung. Nochmals wurden ca. 2 500 Flugblätter verteilt und knapp 1 000 Unterschriften gesammelt. Ein Ausbildungspersonalratsmitglied aus Bremen Nord hielt die Schlußkundgebungsrede. Ein Schüler trug ein selbstgedichtetes „Anti-Sparmaßnahmen-Lied" vor. Auf große Kritik unter vielen Kollegen stieß das massive Polizeiaufgebot (mit Schäferhunden). Wir diskutierten mit Polizisten. Einige sahen, daß ihre materielle Lage sich nicht von der unsrigen unterscheidet, sie unterschrieben die Protesterklärung an den Bremer Senat.

Der Kampf gegen die Rationalisierungsmaßnahmen geht weiter. Sollte der Senat nicht von seinen Absichten der Wiederanrechnung der Auszubildenden auf den Stellenplan abrücken, so steht ihnen noch einiges bevor. Unter den Krankenpflegeschülern wurde teilweise bereits die Möglichkeit diskutiert, die Angriffe des Senats durch einen Streik zurückzuschlagen. – (Betriebszelle Zentralkrankenhaus St. Jürgenstraße)

8 000 unbezahlte Arbeitsstunden der Zweck

Gießen. Diese Ausbildungsordnung werden wir nicht widerstandslos hinnehmen! Das war die einhellige Meinung von über 300 hessischen Lehrern in Ausbildung, die sich in Gießen am 5.5. zu einem Hearing mit einem Vertreter des Kultusministeriums versammelt hatten.

Folgende Neuordnung betreibt das Ministerium: Die Ausbildung der Studienreferendare und der Lehramtsreferendare solle vereinheitlicht werden, erklärt es. Dazu sollten die Studienreferendare, die bislang weniger eigenverantwortlichen Unterricht in der Schule ableisten mußten als die Lehramtsreferendare, ab jetzt bedeutend mehr Stunden unterrichten und dafür die Lehramtsreferendare einige Stunden weniger. Ausgleichende Gerechtigkeit, will das Ministerium glauben machen. Von wegen!

Ein Referendar stellte klar, was dieses Manöver des Ministeriums bezweckt. Insgesamt kommt durch diese Neuordnung für das Ministerium heraus, daß die auszubildenden Lehrer 8 000Unterrichtsstunden mehr halten als bislang. Für keinen Pfennig mehr als bisher. Gleichzeitig will das Ministerium dieses Ziel durch ein Spaltungsmanöver erreichen: während für einen Teil der Referendare – die Studienreferendare – die Arbeitszeit verlängert wird, wird bei den Lehramtsreferendaren ein bißchen verkürzt. Das soll einheitliche Kampfmaßnahmen gegen die Arbeitszeitverlängerung verhindern.

Und noch eine ähnliche „Verbesserung" hatte dieser Staatsvertreter in petto: Jeder Referendar soll bei seiner Ausbildung in der Schule jetzt einen Lehrer erhalten, der ihn berät, und zwar mindestens vier Stunden in der Woche. Verschwiegen hat der Staatsvertreter freilich, daß für diese Lehrer die Betreuung ebenfalls eine Arbeitszeitverlängerung bedeutet und daß sie keine Entlastungsstunden und auch nicht mehr Lohn für diese Tätigkeit erhalten.

Mit wenigen Gegenstimmen wurde am Schluß der Versammlung eine Stellungnahme beschlossen, in der wir die Ausbildungsneuordnung zurückweisen und die Beschlüsse von GEW-Kollegen begrüßen und unterstützen, gegen Arbeitszeitverlängerung und gegen die geplanten Zwei-Drittel-Stellen in den Streik zu treten.



Frankfurt. 5 000 beteiligten sich im Frühjahr dieses Jahres an einer Kundgebung der GEW gegen die Lehrerarbeitslosigkeit. Rund 7 Prozent beträgt die Arbeitslosigkeit unter Lehrern und Lehramtsanwärtern in Hamburg.

Kultusministerium: **Ihre Fragen beantworte ich nicht, das Recht zu fragen haben Sie nicht**

Essen. Wie verschiedene Seminare von Lehrerreferendaren, sohatteauch das Bezirksseminar für Grund- und Hauptschulreferendare Essen I kurz nach Beginn seiner Ausbildung im Februar einen Brief an das Kultusministerium geschickt, in welchem wir folgende Auskünfte vom Kultusminister wollten: Werden 1977 alle Lehramtsanwärter in das Beamtenverhältnis auf Probe eingestellt? Werden die Referendare auch in den Sommermonaten 1977 bis zu ihrer Übernahme weiterhin Gehalt bekommen?

Gegenüber anderen Seminaren, die entsprechende Briefe an das Ministerium geschickt hatten, hatte es dieses bislang nicht einmal für nötig gefunden, auch nur die Ankunft der Briefe zu bestätigen, geschweige denn, daß es eine Antwort erteilte.

Bei uns dagegen ist bei der Seminarleitung ein Antwortschreiben eingegangen, von dem eine Kopie an den Sprecherrat ging. Darin heißt es dann zunächst: „Dem Antragsteller ist Abgabenachricht erteilt worden mit dem Hinweis, daß erstens verbindliche Auskünfte des Kultusministeriums bis Ende März mit Sicherheit nicht erteilt werden können, da die in frage stehenden Bereiche ... von gesetzlichen und haushaltsrechtlichen Entscheidungen des Parlaments abhängig sind,d ie erst mit dem Landeshaushaltsplan 1977 relevant beschlossen werden ..." Im Klartext heißt dies: Das Ministerium denkt gar nicht daran, den Referendaren Fragen zu beantworten, die deren unmittelbare Existenz als Lehrer betreffen. Dazu hat es auch allen Grund. Denn unter den Referendaren hat sich in der letzten Zeit immer stärkerer Widerstand gegen die verschiedenen Machenschaften der Landesregierung verbreitet, mit welchen diese die materielle Existenz der angehenden Lehrer angreifen wollte und ihre politische Entrechtung betrieb.

Deshalb erteilt diese auch keine Auskünfte mehr und verschanzt sich hinter ihrem Parlament, weil sie weiß, daß sich die Referendare nicht mehr betrügen lassen und daß die wirklichen Absichten der Landesregierung auf Widerstand treffen werden.

Mit der Verweigerung der Auskunft hat sich das Ministerium freilich nicht begnügt. Es hat gleichzeitig versucht, einen Schlag gegen die Referendare zu führen und ihnen überhaupt das Recht abzusprechen, vom Ministerium Auskunft über diese Fragen zu verlangen.

Dazu heißt es in diesem Brief, daß „die Konferenz der Lehramtsanwärter nach der Konferenzordnung für die Bezirksseminare nicht das Beschlußorgan ist, sondern daß Anträge der Seminarkonferenz zur Beschlußfassung zuzuleiten sind, wie auch inhaltlich die vorgetragenen Fragenkomplexe nach § 6 Abs. 1 Punkt 1–10 nicht Gegenstand von Beschlüssen der Konferenzgremien der Bezirksseminare sind, sondern gewerkschaftliche oder lehrerverbandmäßige Aufgaben darstellen."

Mit anderen Worten wird hier gesagt, wenn die Referendare Fragen an den Herrn Minister haben, müssen sie diese erst der Seminarkonferenz zur „Beschlußfassung" vorlegen, die soll dann beschließen, ob man solche Fragen dem Minister überhaupt stellen darf, und solche Fragen, die die Referendare gestellt haben, darf man an seinen Dienstherrn erst gar nicht stellen! Was diese Seminarkonferenz betrifft, so ist sie zur Hälfte aus Referendaren und Fachleitern, also Vertretern der Staatsseite, zusammengesetzt. Das stellt dann sicher, daß in dieser Konferenz dem Minister keine Fragen gestellt werden, zu welchen er sich nicht äußern mag. Das macht das Ausmaß der Unterdrückung der Referendare durch den Staat deutlich: Es wird ihnen nicht einmal das Recht zugestanden, zur Vertretung ihrer Interessen selbständig Fragen an ihren Dienstherrn zu richten.

Hinnehmen werden die Essener Referendare dieses staatlich angeordnete Duckmäusertum nicht. Vielmehr werden sie sich an den Aktionen der Lehramtsanwärter gegen die Arbeitslosigkeit und die Verschlechterung der materiellen Lage der künftigen Lehrer beteiligen. Und daran wird kein „Beschluß" staatlicher Gremien etwas ändern. –(v., Köln)

Bericht über die Schulverhältnisse in Schleswig-Holstein

Die Fähigkeiten der Jugend werden in Fesseln gelegt

Kiel. Vor etwa zwei Jahren wurde in Schleswig-Holstein eine durch und durch reaktionäre neue Schülervertretungsordnung erlassen. Die Vertretungsorgane der Schüler werden kontrolliert durch die Direktoren, sie können abgesetzt werden vom Landesschulamt, wenn der Schulbetrieb „gestört", die „freiheitlich-demokratische Grundordnung verletzt" und überhaupt, wenn sie nicht mehr „überparteilich" sind. Gegen dieses Gesetz hat es damals landesweite Aktionen und breiten Widerstand der Schüler gegeben.

Die Schüler haben den Kampf um ihre Rechte fortgesetzt. Im Laufe des Jahres hat die Bewegung gegen die Verrottung des Schulwesens, gegen die reaktionäre Bildungspolitik des bürgerlichen Staates und für das Recht der Jugend auf Ausbildung einen erneuten Aufschwung genommen. Sie entwickelt sich an vielfältigen Reibungspunkten. Sie ist noch zersplittert, aber sie drängt auf Zusammenschluß. Trotz vielfältiger Behinderungen durch die Schulleitungen und Spaltungsmanöver durch die Jusos folgten Anfang Mai 99 Vertreter und Beobachter von Gewerkschaftsgremien, Vertretungskörperschaften und selbständigen Zusammenschlüssen dem Aufruf des PH AStA zur Vorbereitung einer landesweiten Demonstration für das Recht auf Ausbildung. Von 20 Körperschaften, die den Vorschlag bereits behandelt hatten, wurden gemeinsame Forderungen beschlossen, inzwischen unterstützen bereits ca. 30 Gremien diese Forderungen. Kennzeichen der gegenwärtigen Bewegung ist, daß unter den Schülern die treibende Kraft zunehmend von den Berufsschulen und Zentren und den Fachgymnasien ausgeht, daß seit dem letzten Sommer mit der DGB-Demonstration in Neumünster die Arbeiterjugend führend beim Zusammenschluß der gesamten Jugend des Volkes hervorgetreten ist, und daß etwa seit dem letzten Herbst der Widerstand unter den Eltern vor allem der Grund- und Hauptschulen zugenommen hat.

Der gegenwärtige Kurs des BRD-Imperialismus und die Bildungspolitik der Landes-
Bildungspolitik der Landes-
regierung

Über den politischen Kurs der bürgerlichen Bildungspolitik kann man einiges in dem Jahresbericht der Industrie- und Handelskammer Kiel von 1975 lesen. Unter der Überschrift „Nüchternheit statt Illusionen" wurden einige „nüchterne" Überlegungen des Finanzkapitals angestellt. Zunächst wird festgestellt, „ die Epoche des stürmischen Wachstums ist offensichtlich zu Ende". Man kann es auch einfacher sagen, die Stagnation und Fäulnis des Imperialismus wird offensichtlich.

„Die Situation ist auch eine Herausforderung an die Unternehmer, die ‚Marktnische' in einer sich schnell wandelnden Weltwirtschaft zu finden und zu nutzen. Eine Gesellschaft und jede Regierung, die heute oder morgen den Unternehmer an die Front rufen, wird aber eines selbst beitragen müssen: Die verläßliche Vertrauensbasis für eine marktwirtschaftliche Umwelt, in der sich lohnt zu riskieren und zu arbeiten."

Kurz gesagt, die Bedingungen für die Ausbeutung der Arbeiterklasse müssen verbessert werden.

Der Griff nach der Arbeitskraft der Jugend, um zu günstigen Kosten Höchstprofite zu erzielen und die imperialistische Expansion voranzutreiben, ist dabei ein Ziel.

Die Reaktion wird verschärft, um erkämpfte Elemente der Ausbildung abzubauen und die Ausbeutungsbedingungen zu verbessern. Auf der Linie des neuen Jugendarbeitsschutzgesetzes ist dies in Schleswig-Holstein bereits der Fall, hier kann ab Januar dieses Jahres die dreijährige Berufsschulpflicht durch ein Vollzeitschuljahr abgegolten werden, deren Kosten selbstverständlich die Eltern tragen müssen. Anschließend stehen die Jugendlichen dann dem Kapitalisten 5 Tage in der Woche zur freien Verfügung.

„Ein konkreter Beitrag zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit", nannte Stoltenberg, der Ministerpräsident, das. Andererseits hat die Bourgeoisie kein Interesse mehr an der Ausweitung und Erhöhung der allgemeinen Durchschnittsqualifikation der Arbeitskraft.

Interesse hat sie einzig und allein daran, daß ihre Lohnsklaven mit den konkreten Handgriffen bekannt gemacht werden, die notwendig sind, um die verschiedenen Maschinen zu bedienen und den Profit für die Kapitalisten zu schaffen. Deshalb formuliert die Industrie- und Handelskammer in ihrem „Leitgedanken": „Eine Integration von allgemeiner und beruflicher Bildung lehnt die Kammer ab, sie führt zu einer Entspezialisierung der Ausbildung und verhindert darüberhinaus die notwendige ständige Anpassung der Ausbildung an sozio-ökonomische Daten." Diese Zielsetzung widerspricht natürlich völlig den überholten Zielen der Bildungsreform und von der Ausweitung der Ausbildung. Das ist der Widerspruch, den die Bourgeoisie gegenwärtig lösen muß.

„Die Hauptschule muß aufgewertet werden."

Die Anpassung an die „sozio-ökonomischen Daten" des BRD-Imperialismus besteht darin, die Masse der Jugend zu Lohnsklaven mit minimalen Kenntnissen auszubilden.

Kenntnissen auszubilden.

Mit dieser Zielsetzung hat der CDU-Landesfachausschuß Kulturpolitik ein „Förderungsprogramm" erarbeitet. Lehrpläne und Unterrichtsformen sollen „praxisnah" überarbeitet werden, der „pädagogische Auftrag und der Erziehungsgedanke in den Mittelpunkt gestellt" und die „Zusammenarbeit mit den beruflichen Schulen" ausgebaut werden. Schließlich soll „die Beratung der Eltern über die weiterführenden Wege, die auf eine entsprechende Zusammenarbeit bereits in der Grundschule aufbauen muß", fortgesetzt und intensiviert werden. Man sieht, das Programm entspricht den Überlegungen der Industrie- und Handelskammer und es enthält auch gleich die polizeimäßigen Eckpfeiler, um es durchzusetzen. „Den pädagogischen Gedanken stärken", „die Position des Klassenlehrers stärken". Die Kontrolle und Gängelung der Eltern ausbauen.

Ausdrücklich, damit erst gar keine falschen Vorstellungen entstehen, wird betont: „Es handelt sich weniger um finanzielle Probleme als um eine pädagogische und inhaltliche Kurskorrektur, die im Interesse der Jugendlichen und der Eltern liegen." (Kieler Nachrichten, 2. März 1976) Mit grenzenlosem Zynismus begründet Kultusminister Braun diese „Kurskorrektur", die die Unterdrückung an den Schulen verschärfen soll mit den Folgen der bisherigen Unterdrückung und der Verschärfung der Konkurrenz, an den Schulen. In den „Kieler Nachrichten" vom 17.2. heißt es: „Braun: ‚Überforderung macht Kinder krank'."

Ein wesentlicher Schritt um das Programm der „Aufwertung der Hauptschule" durchzusetzen, ist, den Übergang von der Grundschule zum Gymnasium zu blockieren. Dazu dienen gegenwärtig vor allem die Verschärfung der Tests und Versetzungsrichtlinien. Die Schrägsversetzung nach unten soll verstärkt genutzt werden, obwohl schon jetzt jeder 5. Gymnasiast bzw. Realschüler innerhalb der Orientierungsstufe nach unten schrägversetzt wird.

Kultusminister Braun hat laut „Frankfurter Rundschau" vom 15.11. seinen alten Vorschlag wiederholt, am Ende des 10. Schuljahres an Gymnasien eine Zwischenprüfung einzuführen, um nur den „befähigten Schülern" den Übergang an die gymnasiale Oberstufe zu ermöglichen. Und wieder ist das Ministerium um eine Begründung nicht verlegen: „Strenge Auslese als Quittung für steigende Intelligenz."

Die Eignungstests für Grundschüler der vierten Grundschulklasse sind verschärft worden.

An der Hauptschule besteht ein Mittel der Unterdrückung in der Antragspflicht auf das 10. Schuljahr, wenn man einmal sitzengeblieben ist, muß man nach Ende der 8. Klasse einen besonderen Antrag stellen. Voraussetzung für die Aufnahme ist die „Gewähr", den Hauptschulabschluß zu schaffen. Damit lassen sich beliebig viele Arbeitskräfte ohne Hauptschulabschluß produzieren. Wie dieses Mittel angewendet wird, darüber berichten Schüler der „Frithjof Nansen Schule" in Kiel-Gaarden in einem Interview mit der Ortsbeilage der KVZ in Kiel. *„Die Lehrer versuchen auch den Zusammenhalt der Klasse durch Unterdrückung der Aufsässigen zu spalten. Die Klasse könnte ja ganz gut sein, wenn sie nur von negativen Elementen gesäubert wäre. Für diese betreiben die Lehrer dann Sitzenbleiben und schließlich Abgang ohne Abschluß. Anträge auf ein 10. Schuljahr und damit auf Hauptschulabschluß werde zunehmend weniger. (Bei uns nur 3 von 8 und dann nur den Angepaßten bewilligt.) Ganze Parallelklassen eines Jahrgangs werden manchmal zerschlagen und nach ‚Bösen' und ‚Braven' neu zusammengestellt."*

Das ist die Anpassung an die sozio-ökonomischen Daten, von der die Handelskammer gesprochen hat.

Daß die Prüfungen und Noten ein Zwangsinstrument sind, mit dem die Bourgeoisie die Zufuhr von unterschiedlichen Arbeitskräften regelt, wird deutlich an den Abschlußprüfungen der gewerblichen Ausbildung. Angesichts der Statistik der Industrie- und Handelskammer läßt sich ein direkter Zusammenhang zwischen dem Rückgang der Nachfrage nach bestimmten qualifizierten Arbeitsplätzen und den Prüfungsergebnissen feststellen. Bekanntlich ist es an den Tankstellen z.B. so, daß zunehmend nur noch ungelernte Kräfte eingestellt werden. Dementsprechend sind 1975 von 53 Prüfungsteilnehmern 24 durchgefallen, während es in den anderen Berufen im Schnitt höchstens drei waren.

Die Ergebnisse dieser Pädagogik, die Politik der Unterdrückung der Jugend, der Einschränkung ihrer Fähigkeiten, der Fesselung der Fähigkeiten der gesamten Arbeiterklasse und der breiten Volksmassen zeigen schlagend zwei Tatsachen. Nach den statistischen Monatsheften Schleswig-Holsteins gibt es heute in Schleswig-Holstein 21000 Sonderschüler, 30 % mehr als im Schuljahr 70/71, und auf der anderen Seite berichten die „Kieler Nachrichten" am 15.5.: „Der Andrang an Kieler Gymnasien hat sprunghaft nachgelassen." Die Übergangsquote sinkt um 16 % im Stadtdurchschnitt.

Die Hauptschule als Schule der breiten Massen und die Oberschule nur für die Kinder der besitzenden Klassen, diese Politik wurde bereits bisher planmäßig betrieben und wird weiter vorangetrieben. Das zeigt der Finanzhaushalt. Bereits im Erlaß der Landesregierung vom 14.8.73 wurden folgende Richtwerte für Lernmittelsätze festgelegt:

Grundschule:	30 DM	(pro Kind/
Sonderschule:	42 DM	pro Jahr
Gymn. 7–10:	65 DM	
11 bis 13:	94 DM	
Berufsschule	24 DM	

Noch klarer wird der Kurs nach den neuesten Maßnahmen zur „Verbesserung des Unterrichtsangebots". Auf einer Pressekonferenz vom 12. März 1976 wurde die Aufteilung neuer Planstellen bekannt gegeben. Aus einem Umverteilungsetat von 200 Planstellen sind für die Grundschulen und Hauptschulen gar keine vorgesehen, für die Gymnasien 50 und es heißt weiter „zusätzlich erhalten die Gymnasien 53 Planstellen aus dem Bereich der Grundschule, wo im kommenden Schuljahr rund 8000 Schüler weniger die Grundschule besuchen."

Während die Landesregierung ständig von „Überintellektualisierung" spricht, während sie betont, daß wirklich nur die „Begabten" die weiterführenden Schulen besuchen sollen (und dann auch keinen „Schulstreß" erleiden sollen), kann man an der Schulstatistik der Stadt Kiel feststellen, daß die „Begabung" immer nur dort sitzt, wo auch die Geldsäcke anzutreffen sind.

Im Planungsbezirk 5 ... (Arbeiteranteil 18,5 %) gehen die Schüler zu 63,5 % aufs Gymnasium, 24,7 % auf die Realschule, 11,9 % auf die Hauptschule. Dagegen im Planungsbezirk 11/12 ... (Arbeiteranteil 62,3 %) umgekehrte „Begabung." 31,2 % auf dem Gymnasium, 29,6 % Realschule, 34,8 % Hauptschule, 4,4 % Sonderschule.

Die Verhältnisse an den Schulen werden immer weniger hingenommen

Auf einer Podiumsdiskussion vor einigen Wochen in Kiel wurde von dem Sprecher des Landeselternbeirats der Grund-, Haupt- und Sonderschulen vertreten, daß es ungerecht und nicht einzusehen sei, daß die Schüler gleicher Jahrgänge in den Gymnasien mit viel besseren Mitteln ausgestattet seien, als die Schüler in den Grundschulen.

Und ein Schüler der F. Nansen Schule berichtet:

„Durch die Unterdrückung unserer politischen Meinung bei der Behandlung der Themen hat sich bei uns solche Wut und Kraft angestaut, daß wir uns schließlich nachmittags mit der ganzen Klasse zu einer Diskussion bei mir trafen. Das war im letzten Oktober. Seither haben wir uns regelmäßig getroffen, haben zuerst über die Streichung des § 218, dann allgemeiner über die Zustände der kapitalistischen Gesellschaft bei uns debattiert ... Zuletzt haben wir beschlossen, uns politisches Grundlagenwissen durch Behandlung einiger Schriften von Marx anzueignen. Auch zur Frage der Volksbildung haben wir Diskussionen geführt. Klar war uns dabei der Angriff gegen den bürgerlichen Staat und der Kampf um das tatsächliche Recht auf Ausbildung. Den Aufruf zur landesweiten Demonstration haben wir leider nicht erhalten, den hat die Schulleitung abgefangen, aber du kannst sicher sein, daß wir die Forderungen debattieren und zur Demonstration kommen werden."

In den Schulkasernen des bürgerlichen Staates hat die Jugend der Arbeiterklasse und des Volkes keine Zukunft, ihre Zukunft ist der Sozialismus. – (c., Kiel)



Die DGB-Demonstration gegen die unerträglichen Zustände in der Berufsausbildung im Juni letzten Jahres in Neumünster war ein wichtiger Schritt vorwärts zum Zusammenschluß gegen die Bildungspolitik der Landesregierung.

800 Berufsschüler demonstrieren gegen Raumnot

Kaiserslautern. Gegen die unerträgliche Raumnot an der Berufsschule II in Kaiserslautern führten am 11.5. rund 600 Berufsschüler einen Warnstreik und eine Demonstration durch.

Die Berufsschule II ist gegenwärtig an drei verschiedenen Stellen untergebracht. Zum Teil im Schulzentrum. Die Schulbehörde will die Berufsschüler aus dem Schulzentrum raus haben, um Platz für neue Jahrgänge der Gesamtschule zu schaffen. Dafür sollen die Berufsschüler in das baufällige Gebäude der Max-Schule verfrachtet werden. Die Schüler sind nicht länger bereit gewesen, sich in dieser Weise von der Schulbehörde verschaukeln zu lassen. Sie sind zum Rathaus marschiert und haben den Bürgermeister Barthel verlangt. Als Barthel sich nicht blicken ließ, riefen sie ihn einen „Feigling".

Inzwischen bereitet auch die Schülervertretung des AS-Gymnasiums, das teilweise an der Berufsschule I untergebracht ist, eine Veranstaltung gegen die Raumnot an den Schulen vor und die Willkürmaßnahmen der Behörden, die darauf angelegt sind, die Schüler gegeneinander auszuspielen.

Jugendvertreterwahl bei Karstadt

Bremen. Fünf Jugendvertreter der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen wählten die Jugendlichen bei Karstadt in der vorletzten Woche als Jugendvertreter. Bei der letzten Wahl waren noch zwei Jugendvertreter gewählt worden, die nicht gewerkschaftlich organisiert waren. Über die Aufstellung eines gemeinsamen Programms vor der Wahl hatte es unter den zehn Kandidaten noch keine Einheit gegeben. Drei Kandidaten hatten unter den Forderungen kandidiert: Angleichung von erstem und zweitem Ausbildungsjahr an das dritte, Erhöhung der Ausbildungvergütung um 50 DM entsprechend 525 DM, 15 Minuten zusätzliche Pause für den Gang zum Casino, keine Aufräumarbeiten für Jugendliche nach Ladenschluß.

Zwei dieser Kandidaten wurden gewählt.

Streik an der Gesamtschule Linden – „Über den Deutschunterricht müssen wir Eltern entscheiden!"

Hannover. An der Integrierten Gesamtschule Linden in Hannover streikten am Montag die Eltern und Schüler der Klasse 6 d. Sie fordern die Einstellung der Lehrerin A. Bernhardi. Der Regierungspräsident verweigert seit Februar die Einstellung der Lehrerin, Begründung: Sie habe ein Flugblatt des KBW verteilt, in dem gleiches Kindergeld für deutsche und ausländische Arbeiter gefordert wird. Die Eltern der Klasse 6 a hatten in einem ersten offenen Brief an den Regierungspräsidenten u.a. geschrieben: „Wir ... befürchten, daß mit Hilfe der Überprüfungen Inhalte aus der Schule ausgeschlossen werden sollen, die für unsere Kinder sehr wichtig sind. Für unsere Kinder ist wichtig, daß sie einen Begriff von ihrer zukünftigen Arbeitswelt und von ihrer allgemeinen Situation als Arbeiter und Angestellte bekommen ... wir Eltern haben während unserer Schulzeit über diese Dinge nur wenig gehört ... Ob ein Lehrer einen Deutschunterricht macht, der für unsere Kinder gut ist, darüber können doch nicht die politischen Überprüfer entscheiden, darüber müssen **wir** doch entscheiden."

Zu dem Anhörungstermin kamen 2 Schüler, 2 Lehrer und eine Mutter. Die Schnüfflerkommission konnte sich ihrer nur durch Androhung von Polizei erwehren. Als daraufhin diskutiert wurde, die Lehrerin solle einfach den Unterricht aufnehmen, drohte der Regierungspräsident dem verantwortlichen Teilbereichslehrer sofort Disziplinarmaßnahmen an, wenn er das zulasse. Gleichzeitig verpflichtete er einen Lehrer, einen Teil des seit 3 Monaten ausfallenden Deutschunterrichts zu erteilen. Das lehnten die Eltern und Schüler der Klasse 6 d ab. In einem zweiten offenen Brief riefen sie zum Streik auf. „Frau Bernhardi wird ... während des Tages ... mehrere Einheiten Deutschunterricht durchführen. Wir verstehen diese Handlung als Zeichen unseres Vertrauens für Frau Bernhardi. Weitere Maßnahmen behalten wir uns vor."

Kindergeld – ein Hebel, um den Lohn der Arbeiter zu drücken

In dem neuen Sozialbericht der Bundesregierung rühmt sich die SPD ihrer Kindergeldreform. Die Tatsachen sind keineswegs rühmlich. Mit der Zahlung von Kindergeld wird eingestanden, daß der Lohn des Arbeiters nicht ausreicht, um eine Familie mit Kindern zu erhalten und seine Arbeitskraft zu reproduzieren.

Die Tatsache, daß Kindergeld gezahlt wird, beweist, daß die Bezahlung für die Arbeitskraft so niedrig gedrückt worden ist, daß sie die Kosten für die Aufzucht von Kindern nicht mehr einschließt.

Dabei ist das Kindergeld selbst keineswegs ein Mittel, um diesen Mangel auszugleichen, sondern im Gegenteil selber ein weiterer Hebel, um den Durchschnittslohn der Arbeiter zu drücken. Kindergeld wird ja nur an diejenigen Lohnabhängigen gezahlt, die Kinder haben. Die Löhne und Gehälter der jüngeren und der älteren und der überhaupt kinderlos gebliebenen Arbeiter und Angestellten können also schon von vornherein niedriger gehalten werden.

Vergleicht man die Lohnentwicklung von 1974 und 1975, so zeigt sich, daß mit der Kindergeldreform tatsächlich gleich im ersten Jahr eine Senkung der Reallöhne für die gesamte Arbeiterklasse einhergegangen ist. Die Bruttolohn- und Gehaltssumme betrug 1974 463 Milliarden und 1975 479 Milliarden. Unter Zugrundelegung einer Inflationsrate von 6,1 Prozent kommt also eine Senkung der Bruttolohn- und Gehaltssumme von 2,3 Prozent heraus. Netto sind das real 7,3 Milliarden weniger. Selbst wenn man die Kindergeldzahlungen hinzuzählt, kommt real weniger heraus. 1974 wurden 6,8 Milliarden Kindergeld und Kinderzuschüsse bezahlt. 1975 15,9 Milliarden. Denn rechnet man, daß davon mindestens ein Fünftel nicht an Lohnabhängige bezahlt worden ist, sondern an Kapitalisten, Ärzte usw. und an Bauern, kommen real nur 6,5 Milliarden mehr Kindergeld heraus.

Das Mittel ist erprobt

Das Kindergeld ist für die Kapitalisten ein Mittel, um bares Geld für die Aufwendungen für Arbeitskraft zu sparen. Dieses Mittel ist erprobt. Vor 1900 schon in Frankreich bei einem Teil des öffentlichen Dienstes und bei einzelnen großen Kapitalisten. Der ausdrückliche Zweck: „Den Grundlohn niedrig zu halten und dadurch am Gesamtlohn zu sparen". (Zitiert nach: I. Martin. In: Zur Frage des Kindergeldes, Marburg 1959)

In Deutschland führten die Faschisten 1936 das Kindergeld in größerem Umfang ein. Ab 1954 wurde in Westdeutschland wieder Kindergeld gezahlt. Zunächst Kindergeld für das dritte und jedes weitere Kind von Lohnabhängigen und von Selbständigen. Die Mittel wurden zunächst über Familienausgleichskassen der Berufsgenossenschaften aufgebracht, an die die Kapitalisten Beiträge abführten. Ab 1964 wurden diese Kassen aufgelöst (ihr Vermögen ging an die Berufsgenossenschaften zurück) und das Kindergeld ganz aus dem Staatshaushalt gezahlt.

Trotz Anhebung der Sätze durch die Kindergeldreform ist das Kindergeld in seiner Höhe jämmerlich. Obwohl die Arbeiter und Angestellten riesige Summen an Steuern zahlen, allein 72,6 Milliarden Lohnsteuern im Jahre 1975 und den überwiegenden Teil der indirekten Steuern, ist das Kindergeld so niedrig, daß damit die Kosten für die Aufzucht der Kinder keineswegs gedeckt werden.

Die Statistik bestätigt den Zwang zur Kinderlosigkeit

Vergleicht man das Durchschnittseinkommen eines Facharbeiters in der Industrie mit zwei Kindern mit dem eines verheirateten Facharbeiters, der keine Kinder hat, ergibt sich für 1975 folgendes: Aufgrund der neuen Lohnsteuersätze und des Wegfalls der Kinderfreibeträge (bis auf einen kleinen Rest) erhält der Arbeiter mit zwei Kindern bei einem Bruttolohn von 2 028 DM im Monat 1 DM mehr als ein kinderloser verheirateter Arbeiter mit dem gleichen Bruttolohn und dazu 120 DM Kindergeld, statt 1 482 DM netto also 1 603 DM. Gegenüber dem Durchschnittsbruttoverdienst eines Industriefacharbeiters von 1974 von 1 902 DM sind das jetzt real etwa 15 DM pro Kind mehr im Monat als vor der Kindergeldreform.

Nach der amtlichen Statistik betragen die Verbrauchsausgaben eines Arbeiterhaushalts mit zwei Kindern für den November 1975 aber bereits 1 845 DM. Hier wird amtlich bescheinigt, daß nicht einmal der Durchschnittslohn eines Facharbeiters plus Kindergeld die Reproduktion einer Arbeiterfamilie mit zwei Kindern erlaubt. Dabei muß man bedenken, daß der Durchschnittslohn aller Arbeiter und Angestellten 1975 sogar nur 1 319 DM netto betrug.

Es kommt hinzu, daß offensichtlich die Kindergeldreform gleich die Kapitalisten, die Säuglingskost und Kinderkleidung produzieren lassen, zu Preissteigerungen ermuntert hat. Die Kosten für die „einfache Lebenshaltung eines Kindes" sind von 1974 bis zum Februar 1976 um 15 Prozent gestiegen, also noch bedeutend schneller als die Lebenshaltungskosten insgesamt, die im gleichen Zeitraum um 10 Prozent gestiegen sind.

Mit Streichungen bei der Lehrmittelfreiheit und Fahrpreiserhöhungen hat der bürgerliche Staat sich ebenfalls prompt bedient.

Viele Arbeiter mit niedrigem Lohn sind unter diesen Umständen gezwungen, überhaupt kinderlos zu bleiben oder mit Kindern ins Elend zu gehen. Die Statistik spricht eine unerbittliche Sprache über die erzwungene Kinderlosigkeit der Proletarier. Allein von 1970 an hat die Zahl der Geburten auf 1 000 Lebende von 13,4 auf 10,1 abgenommen. Und zwar hauptsächlich unter den Arbeitern.

In dem Sozialbericht sagt die SPD, der „Grundgedanke" der Kindergeldreform sei gewesen, „daß jede Familie bei gleicher Kinderzahl auch gleiche Leistungen" erhalte. Praktisch heißt das, daß auch die Kapitalisten Kindergeld beim Arbeitsamt beantragen können. Während ein Arbeiter mit dem Kindergeld seine Kinder nicht satt kriegt, kann sich der kinderreiche Kapitalist damit ein Kindermädchen finanzieren. Bezahlen tun ihm das die Arbeiter über die Steuern. So sieht das sozialdemokratische Gleichheitsideal aus.

Der Abbau des Kindergeldes ist eingeplant

Die Kindergeldreform der SPD ist gleichzeitig von vornherein auf Senkung der Kindergeldzahlungen angelegt. Die Steuerreform hat zwar die in den letzten Jahren gewaltig gestiegene Lohnsteuerbelastung für die Arbeiter zunächst einen unbedeutenden Schritt zurückgenommen (1975 liegt die Lohnsteuer bei 15,1 Prozent der Bruttolohn- und Gehaltssumme gegenüber 16 Prozent 1974), aber nur, um sie dann noch schneller steigen zu lassen als vorher. Dagegen ist das Kindergeld starr, während die alten steigenden Kinderfreibeträge für die Lohnsteuer fast gänzlich weggefallen sind. Die Wirkung dieser Reform kann man sich leicht ausrechnen. Würde der Durchschnittsbruttolohn des Industriefacharbeiters mit zwei Kindern in den nächsten Jahren jeweils lediglich um eine Inflationsrate von 6 Prozent steigen, also real gleichbleiben, so wären innerhalb von nur vier Jahren 71 DM von den 120 DM Kindergeld real weggeschmolzen. Diese Wirkung ist im Sozialbericht einkalkuliert. Bis 1979 sollen die Kindergeldzahlungen nur um 0,15 Milliarden DM steigen, also real sinken. Der Anteil des Kindergeldes am Sozialbudget insgesamt soll von 2,5 Prozent 1975 auf 1,97 Prozent 1979 zurückgehen.

Die Planzahlen des Sozialberichts enthüllen: Daß die Lebensbedingungen der Arbeiter weiter gedrückt werden sollen, ist schon vorprogrammiert. – (hv)



Bremen. In dem Bremer Stadtviertel Neustadt ist vor einigen Tagen das einzige noch vorhandene Jugendzentrum abgebrannt. Die Initiative für ein selbstverwaltetes Jugendzentrum hat daraufhin am letzten Donnerstag zu einer Kundgebung aufgerufen, um die Forderung nach einem selbstverwalteten Jugendzentrum zu bekräftigen.

Klasse von Mechanikerlehrlingen für Landmaschinen fordert Volksentscheid gegen den § 218

Breisach am Kaiserstuhl. Eine Klasse von 25 Landmaschinenmechanikerlehrlingen aus ganz Baden, die in der dortigen Gewerbeschule zur Zeit Blockunterricht hat, verabschiedete bei nur einer Gegenstimme und 7 Enthaltungen eine Resolution, in der die Abschaffung des § 218 und ein Volksentscheid gegen den § 218 gefordert wird. Die Lehrlinge hatten im Religionsunterricht eine Befassung mit dem § 218 verlangt. „Da uns der Religionslehrer die Abstimmung über ... (die) Resolution untersagte, stimmten wir selber in der Pause über diese ab", schrieben die Lehrlinge in einem Leserbrief an verschiedene Zeitungen, darunter die KVZ. „Nicht die Unmoral und liberalisierte Sexualpraktiken sind für die Hunderttausenden von Abtreibungen jährlich verantwortlich, wie uns unser Gemeinschaftskundelehrer weismachen wollte, sondern die bestehenden sozialen Verhältnisse." – heißt es in der Resolution.

Oft ständen Lehrlinge bei einer Schwangerschaft vor der Wahl, ihre Ausbildung abzubrechen, um das Kind ernähren zu können oder eine illegale Abtreibung zu riskieren, eine „Wahl zwischen Pest und Cholera, hervorgerufen durch die Existenz dieses Schandparagrafen".

Aachen. Von Erfolgen bei der Unterschriftensammlung für die Forderungen der Komitees gegen den § 218 berichtet das Aachener Komitee. Bei Rhein-Nadel unterschrieben 26 Arbeiter und Angestellte, darunter in einer 17-köpfigen Abteilung 15. An einem Stand vor der Uni Royal wurden 13 Unterschriften gesammelt und 15 Komitee-Zeitungen verkauft. Bei Siro-Hydraulik unterschrieben 38 Arbeiter. Der Betriebsleiter versuchte, die Unterschriftensammlung zu verhindern, indem er einen Büchertisch auf dem Werksgelände verbot und eine Wandzeitung eigenhändig herunterriß.

1 000 Studenten von Mensaessen krank

1 000 Studenten von Mensaessen krank

Die Epidemie ist eine Folge der Sparpolitik der Landesregierung

Karlsruhe. In der ersten Maiwoche ist in Karlsruhe durch verdorbenes Mensaessen eine Brechdurchfall- und Fieberepidemie ausgelöst worden, an der über 1 000 Studenten erkrankten. Die Erreger der Erkrankungen befanden sich in den Nudeln und Kartoffeln. Wie der verdorbenen Lebensmittel geliefert hat, war angeblich bisher nicht bekannt. Die „Badischen Neusten Nachrichten" schrieben am Freitag: „An der Auffindung der Hersteller der von Staphylokokken befallenen Lebensmittel wird fieberhaft gearbeitet." (14. Mai) Von fieberhafter Arbeit der Gesundheitsbehörde, die gleich vom Allgemeinen Studentenausschuß informiert worden war, konnte aber keineswegs die Rede sein. Erst als sich bereits mehrere hundert erkrankte Studenten beim AStA gemeldet hatten, stellte das Gesundheitsamt erste Untersuchungen an. Die Behörde hielt sich offenbar streng an die Organisationsverordnung § 1: „Das Gesundheitsamt hat die ihm gesetzlich obliegenden Aufgaben unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten durchzuführen." Und Abwarten war erstmal das Billigste. Nach Aussagen des AStA-Vorsitzenden wurde das Gesundheitsamt erst tätig, als ihm mit einer Anzeige gedroht worden war.

In Karlsruhe war erst vor kurzem das Mensaessen teurer geworden. Statt 1,50 DM müssen die Studenten jetzt 1,80 DM zahlen. Laut Sparbeschluß der Landesregierung spart die Landesregierung bei der Mensa-Preiserhöhung über 1 Million DM. Nicht nur, daß die Preise erhöht wurden, die Qualität des Essens ist sprunghaft verschlechtert worden. Die Fleischrationen sind zusammengeschrumpft und durch Quellmittel und Nudeln ersetzt worden. Offensichtlich wird dabei minderwertiges Zeug gekauft, um Geld zu sparen.

Daß es dabei zu solchen Mensaerkrankungen kommen kann wie in Karlsruhe, ist gesetzmäßig und wird von den Behörden in Kauf genommen.

Es handelt sich hier um ausgesprochene Armutskrankheiten. Daß sie in den letzten Jahren zugenommen haben, ist ein sicheres Zeichen für die zunehmende Verelendung, der große Teile der Arbeiterklasse und der Volksmassen ausgesetzt sind. Die Zahl der Lebensmittelvergiftungen durch Salmonellen z.B. hat sich seit 1969 fast verfünffacht, und die Typhuserkrankungen haben sich seit 1972 nahezu verdoppelt. (Nach einer Korrespondenz aus der Ortsbeilage Karlsruhe der KVZ)

Wohnungshalden und Wohnungsnot

In der Bundesrepublik stehen gegenwärtig nach amtlichen Schätzungen (eine entsprechende Statistik fehlt) **300000 bis 400000 Wohnungen leer**, überwiegend Eigentumswohnungen. Das Statistische Bundesamt gibt nach der Wohnungsstichprobe von 1972 für Sozialwohnungen gleichzeitig bei 4-Personenhaushalten eine **„akute Überbelegung"** von **46,4 %**, bei 5-Personenhaushalten von **61,7 %** und bei 7-Personenhaushalten von **98 %** an.

BASF-Werbeveranstaltung wurde ein Fehlschlag

Der Widerstand gegen den Bau des BASF-Kernkraftwerks breitet sich aus

Frankenthal. 600 Menschen aus Frankenthal und Umgebung kamen zu einer Veranstaltung, mit der die Geschäftsleitung der BASF sich die Zustimmung zum Bau eines werkseigenen Kernkraftwerks in Frankenthal holen wollte. Der Versuch schlug fehl. Die überwiegende Mehrheit der Versammelten war gegen den Bau des Kernkraftwerks. Am Wochenende zuvor hatte die „Initiative gegen das BASF-Atomkraftwerk" (90 Mitglieder) einen Informationsstand in der Innenstadt durchgeführt und dazu aufgerufen, die Veranstaltung der BASF zum Protest gegen den Bau des Kernkraftwerks zu nutzen.

„Nicht nur aus reiner Lust am technischen Fortschritt" – so BASF-Vorstandsmitglied Frank zu Beginn, wolle die BASF das Kernkraftwerk bauen. Man solle bedenken, daß von der BASF (50000 Beschäftigte im Rhein-Neckarraum) eine halbe Million Menschen abhängig seien. Die Sicherung von Arbeitsplätzen nütze allen.

Tatsache ist, daß für das Proletariat „innerhalb des kapitalistischen Systems alle Mittel der Entwicklung der Produktion nur zusätzliche Mittel zu seiner Ausbeutung und Unterdrückung bedeuten" (aus dem Programm des KBW). Bei BASF wurden allein im letzten Jahr ca. 1000 Arbeiter wegrationalisiert. Gleichzeitig wurde die Arbeitsproduktivität um 12 % gesteigert. Beim Bau eines Kernkraftwerks für die BASF geht es darum, diese Entwicklung zu beschleunigen. Schon 1973 hieß es in den „BASF-Information Nr. 8" dazu:

„Im Jahre 1980 wird die konventionelle Energieversorgung des Werkes Ludwigshafen etwa 670 Millionen DM kosten. Hingegen ergeben sich durch das Kernkraftwerk, trotz wesentlich höherer Kapitalkosten, dank der niedrigen Brennstoffkosten jährliche Einsparungen von etwa 100 Millionen DM. Das bedeutet für die BASF eine Senkung der gesamten Energiekosten von 15 %."

Der Plan der BASF, sich einen eigenen Reaktor zu bauen, hat also einzig und allein die unersättliche Profitgier der BASF-Kapitalisten zur Grundlage, denen es darauf ankommt, ihre Konkurrenzfähigkeit zu erhöhen. Es geht nicht um eine planmäßige Entwicklung der Produktivkräfte, es geht um den Profit. Deshalb wurden in den sechziger Jahren viele Kohlezechen einfach geschlossen, deshalb will die BASF in einem industriellen Ballungszentrum, wo ca. 800000 Menschen leben und wo schon jetzt die Belastung des Klimas und der Umwelt durch die kapitalistische Produktion zerstörerische Wirkungen von gewaltigem Ausmaß hat.

Mit dem Bau des BASF-Reaktors in einem dichtbesiedelten Gebiet erhoffen sich vor allem auch die Kernkraftwerkskapitalisten den Durchbruch für ihre Exporte von Kernkraftwerken.

Um diesen Durchbruch vorzubereiten, versuchten die Vertreter der BASF den Versammelten kräftig Sand in die Augen zu streuen. Die Gefahr von größeren Unfällen, die gerade in einem Ballungszentrum katastrophale Folgen haben könnten, wurde schlicht geleugnet. Dabei ist z.B. bekannt, daß sich bisher noch kein Versicherungskapitalist gefunden hat, der bereit wäre, eine Versicherung auf den BASF-Reaktor abzuschließen.

Die vom Podium verbreiteten Lügenmärchen wurden mit Buhrufen beantwortet, während die Reden der Gegner des Kernkraftwerks immer wieder Beifall erhielten. Obwohl die Verhandlungsleitung den Verlauf der Veranstaltung durch Unterdrückung von Wortmeldungen und weitschweifigen Reden vom Podium zu bestimmen versuchte, war klar, die überwiegende Mehrheit war gegen das Kernkraftwerk. Oberbürgermeister Kahlberg betonte dann auch gleich, daß in seiner „repräsentativen Demokratie" je den Fall die Entscheidung bei denen liegen müsse, „die dazu befugt" seien.

Die „repräsentative Demokratie" war denn auch gleich mit 30 Zivilpolizisten aufmarschiert, außerdem lief viel als Ordner verkleidete Werkspolizei herum.

In diesen Tagen wird eine Unterschriftensammlung in Frankenthal begonnen für die Forderung: „Kein BASF-Kernkraftwerk in Frankenthal und im Rhein-Neckar-Raum!" – (A., Frankenthal)

Verschärfung der Prüfungsbedingungen:

Lebenselixier für die bürgerliche Wissenschaft

In fast allen Bundesländern finden an den Hochschulen gegenwärtig Auseinandersetzungen statt, in welchen sich die Studenten dagegen wehren, daß der Staat sie immer schärferen Prüfungsbedingungen unterwirft. Das geht Hand in Hand mit der Einführung von Regelstudienzeiten und der Anwendung des Ordnungsrechts. Eine wichtige Rolle spielt in diesen Auseinandersetzungen die bürgerliche Wissenschaft, welche der bürgerlichen Klasse dazu dient, ihre Ausbeuterordnung „wissenschaftlich“ zu rechtfertigen. Mit dem Aufschwung der Klassenkämpfe tritt diese Wissenschaft in immer schrofferen Gegensatz zu den Erfahrungen und wirklichen Lebensverhältnissen der Massen, und wie anders als durch Zensur und Knüppel sollte der bürgerliche Staat die fortschrittlichen Studenten dazu bringen, sich dem Lügengewebe dieser Wissenschaft zu unterwerfen. Was die Professoren an den Hochschulen betrifft, die bestallten und beamteten Verteidiger der freiheitlich demokratischen Grundordnung, so verteidigen sie diese mit Hilfe ihrer Wissenschaft und des Prüfungssystems. Mit dem ersteren, insofern sie allerlei theoretischen Unsinn zur Ehrenrettung dieser Ausbeuterordnung lehren, mit dem zweiteren, indem sie durch das Prüfungssystem, welches in seinem Kern politische Zensur bedeutet, die Studenten zur Unterwerfung unter die bürgerliche Wissenschaft und die kapitalistische Ausbeuterordnung zwingen wollen.

Ein Beispiel ist der Professor Winkler in Freiburg, Mitglied der SPD, der sich in der Korrektur der Klausur eines Studenten folgendermaßen betätigt hat:

In einem Referat über Marx' und Engels' Kritik an der kapitalistischen Gesellschaft führte ein Student aus: „Um die von den Arbeitern geleistete Mehrarbeit möglichst groß werden zu lassen, werden zwei Methoden angewandt: Verlängerung des Arbeitstages und Intensivierung der Arbeit. Mit der Verlängerung des Arbeitstages wird gleichzeitig die Zeit, in der die Arbeiter Mehrarbeit leisten, verlängert. Mit der Intensivierung der Arbeit wird die notwendige Arbeitszeit, das heißt die Zeit, die der Arbeiter zur Reproduktion seines Lohnäquivalents benötigt, verkürzt; auf diese Weise wird – bei konstantem Arbeitstag – ebenfalls die Mehrarbeit erhöht.“ Dazu vermerkte der Professor Winkler am Rande des Referats: „real die gegenläufige Tendenz„ und „unrichtig: Produktivitätssteigerung nicht gleich erhöhte Ausbeutung“.

Mit solchen Zensurbemerkungen hofft er die gegenwärtigen Verhältnisse vor der Kritik zu retten. Und wie anders als durch Zensur sollte dies auch möglich sein? Denn es kümmern ihn nicht die Tatsache, die sich z.B. in folgenden Zahlen zeigen:

6 Prozent weniger Beschäftigte erbrachten im Dezember 1975 gegenüber dem Dezember 1974 ein um 6 Prozent größeres Industrieprodukt. Bei VW hat sogar eine um 15 000 verringerte Belegschaft 40 Prozent mehr produziert. „Real gegenläufige Tendenz“ zu der wissenschaftlichen Auffassung des SPD-Professors.

Gegenüber der in dem Referat belegten Auffassung, daß die verschärfte Arbeitshetze und der Akkord zu zunehmenden Krankheitserscheinungen bei den Arbeiten führen, zu Nerven- und Kreislaufkrankheiten, „wodurch sich die Lebenserwartung solcher Arbeiter verkürzt“, bemerkt er: „Das ist kein spezifisches Problem der Handarbeit – siehe ‚Managerkrankheiten‘ “. Er will damit die diversen Krankheiten der Bourgeoisie gegen die in der Produktion verschlissene Gesundheit der Arbeiter ausspielen. Und dabei kümmern ihn die Zahlen nicht, wo er leicht hätte erfahren können, wie die Wirklichkeit ist: daß der Krankheitsstand bei ungelernten Akkordarbeitern doppelt so hoch ist wie bei gelernten Facharbeitern. Oder daß ein Arbeiter, der mit sechzig Rentner wird, eine um sechs Jahre niedrigere Lebenserwartung als der Durchschnitt aller sechzigjährigen Männer hat. Er möge sich über die Lebenserwartung der Bourgeoisie einmal informieren.

Aber noch weiter hat es der Professor getrieben. Die Feststellung in dem Referat, die Verschlechterung der Gesundheit der Arbeiter sei ein Beleg für die „Verelendung“, veranlaßte ihn zu dem Kommentar: „Dann wäre die Verelendung bei den ‚Dirigenten‘ (womit er die Kapitalisten und Manager meint) mit am größten.“ Es ist schon eine Frechheit, die Beschwerden dieser „Dirigenten“, welche sie aus Genußsucht, Sorge um Profit und Angst vor Streiks erhalten, gegen die durch Akkordarbeit und verschärfte Arbeitshetze verursachte Verschlechterung des Gesundheitszustandes der Arbeiterklasse auszuspielen.

Kein Wunder, daß ein solcher Professor und wissenschaftlicher Diener der Kapitalisten die Wirklichkeit aus seinen Seminaren heraushalten muß, und wo dies nicht gelingt, mit purster Unterdrückung reagiert. So lehnte Winkler den Studenten, der das Referat verfaßt hatte, zum Examen ab, weil er ihm gegenüber „politisch befangen“ sei, und ließ ihn auch nicht an seinem Seminar teilnehmen. – (d., Freiburg/Red.)

Bis 1977 wird der Numerus Clausus „in fast allen Fächern“ abgeschafft sein. (Erklärung des Kanzlers Schmidt auf einer Pressekonferenz und Bestandteil der Wahlplattform der SPD für die Bundestagswahl).

Folgendermaßen sieht dies aus:

Ausgaben für Bafög 1975
2080000000 Mark
Ausgaben für Bafög 1976 nach dem Haushaltsentwurf:
1880000000 Mark
Ausgaben für Bafög 1976 nachdem der Haushaltsentwurf im Haushaltsausschuß verändert worden war:
1800000000 Mark.

„Die nicht mit den Studentenzahlen gewachsene Zahl der offenen Lehrerstellen zwingt zu einem Auswahlverfahren, bei dem die Prüfungsnoten von erheblicher Bedeutung sind. Wir müssen daher im Interesse der Kandidaten bei der Notengebung peinlichst genau vorgehen, die Rechtsvorschriften genauestens beachten und den Notenspielraum voll ausschöpfen.“ (Brief des Vorsitzenden des Prüfungsamtes für das Lehramt an Gymnasien Darmstadt an die Prüfer vom 13.11.75)



Niedersachsen. Nach Streiks an den Pädagogischen Hochschulen in Lüneburg und Göttingen, welche sich gegen erhebliche Prüfungsverschärfungen für die niedersächsischen PH-Studenten richteten, traten jetzt die PH-Studenten in Braunschweig und Hannover in den Streik. Im Anschluß an die Landesastenkonferenz Niedersachsen am 17.5. fand ein Koordinationstreffen der ASten der Pädagogischen Hochschulen Göttingen, Hildesheim, Hannover, Braunschweig und Lüneburg statt, auf welchem die Fortführung des Kampfes der Studentenschaften gegen die Verschärfung der Prüfungsbedingungen diskutiert wurde. Beschlossen wurde die Vorbereitung und Durchführung einer Demonstration der PH-Studenten in Hannover für Ende Mai oder Anfang Juni. (Bild: Pädagogische Hochschule Braunschweig)



Dortmund. Von 1,20 auf 1,80 DM und von 1,80 auf 2,50 DM wurden die Preise für die Essen I und II an den Dortmunder Mensen erhöht. Für die Angestellten wurden die Essenspreise von 2,20 auf 3 DM und von 2,80 auf 4 DM erhöht. An der Universität und der Pädagogischen Hochschule (PH) findet jetzt ein unbefristeter Mensaboykott statt. Auch an verschiedenen Fachhochschulen wird die Mensa von Studenten und Angestellten boykottiert. Die Forderungen der Studenten sind: Keine Preiserhöhungen! Keine Schließung von Mensen und Cafeterien! Weg mit den Stellen- und Mittelkürzungen! Selbstverwaltung der studentischen Sozialeinrichtungen bei vollerFinanzierung durch den Staat! In Bonn zog der Verwaltungsrat eine bereits beschlossene Mensapreiserhöhung wieder zurück. Dafür wurde eine Kommission eingerichtet, die überprüfen soll, wie der Nährgehalt des Mensaessens weiter gesenkt werden kann, um so die Kosten zu senken.

Reaktionäre Studenten im Bochumer AStA:

Unschlagbar in der Kunst der Bereicherung

Äußerst aktiv sind bekanntlich die CDU-Studenten, wenn es um die Unterstützung des bürgerlichen Staates bezüglich der Liquidierung der Verfaßten Studentenschaft geht. Bekanntlich spielten sie vielfach dabei die Rolle gegen die Wahrnehmung des politischen Mandats durch die Vertretungsorgane der Studenten die Gerichte anzurufen, um so dem bürgerlichen Staat die Zerschlagung der Vertretungsorgane der Studenten zu erleichtern. Dieser wiederum versucht über die Sperrung der AStA-Gelder die Selbstvertretungsorgane der Studenten an die Knebelkette zu legen, so wie jetzt in Bremen, wo der Senat den Zuschuß an den AStA der Universität in Höhe von 35000 Mark sperrte, nachdem dieser die Studenten dazu aufgerufen hatte, die erhöhten Sozialwerkgebühren nicht zu bezahlen. Gleichzeitig, wie in Hamburg geschehen, fordert die Staatsseite von den Vertreter der Studenten im AStA die Bezahlung von Flugblättern aus eigener Tasche, wegen „mißbräuchlicher“ Wahrnehmung des politischen Mandats.

In einer Dokumentation der Kommunistischen Hochschulinitiative Bochum, deren Auflage von 350 Exemplaren am ersten Tage bereits vergriffen war, haben die Genossen nun enthüllt, wie die Mitglieder des dortigen SLH/RCDS-AStA in den Studienjahren 1973/74 und 1974/75 ihre AStA-Tätigkeit benutzt haben, um sich auf Kosten der Studenten und über die Gelder der Studenten zu bereichern. Die Landesregierung hat dieses Treiben freilich nicht gestört. Das kann auch nicht wundern, denn wie im Großen, so schützt sie bereits im Kleinen den Nachwuchs der bürgerlichen Klasse, wenn es um die Plünderung und Aneignung der Gelder der Masse der Studenten geht.

Aus der Broschüre der Kommunistischen Hochschulinitiative (KHI) Bochum im folgenden einige besonders hervorragende Belege der Bereicherungsmethoden der reaktionären Studentenvertreter.

Das Mitglied des Sozialliberalen Hochschulverbandes Prockl war an einem Tag gleichzeitig an zwei verschiedenen Orten tätig und kassierte dafür Gelder der Studentenschaft. So kassierte er für die Tätigkeit des Bierzapfens bei einem Sportfest für die Zeit von 15 Uhr bis zum nächsten Morgen um 4 Uhr Gelder und gleich noch einmal Gelder für die gleiche Zeit, da er laut Beleg anderorten für die Durchführung einer Kulturwoche tätig war. Insgesamt strich dieser reaktionäre Nachwuchsplünderer allein für die Zeit vom 11.4.75 bis 11.7.75 für seine AStA-Tätigkeiten die Summe von mindestens 4800 DM ein, was einem Monatsgehalt von 1600 DM netto gleichkommt.

Wie vielfältig diese reaktionären Studenten beim Versilbern ihrer Tätigkeit sind, kann man wiederum am AStA-Mitglied Reimann sehen: Für die Leitung einer Urabstimmung kassierte er 600 Mark, gleich 1800 Mark für seine Tätigkeit als Wahlleiter im Studentenparlament. Ansonsten ließ er sich noch „diverse Fahrtkosten“ von 668 Mark bezahlen, vorwiegend für die Fahrt zwischen seinem Wohnort und der Universität. Offensichtlich, was diesem Knaben nur noch fehlt: ein Chauffeur.

Geübt wie ein fertiger Bundestagsparlamentarier verhielt sich auch das AStA-Mitglied Fresen, welcher die Tätigkeit der Sozialberatung wahrnahm. Nachdem ein Beschluß des Studentenparlaments vorlag, welcher seine Aufwandsentschädigung für Sozialberatung auf monatlich 300 Mark kürzte, sackte er sich weitere Gelder für seine Tätigkeit der Sozialberatung einfach über andere Haushaltstitel ein, nachdem er die im Haushaltstitel Sozialberatung ausgewiesenen 3800 Mark kassiert hatte. Gut verstreut – damit es undurchsichtig bleibt – über vier weitere Haushaltskonten kassierte er so zusätzlich noch 1750 Mark.

Besonders erfinderisch sind die reaktionären Studenten im AStA, wenn es um das Kassieren von Reisekosten geht. So kassierte der AStA-Vorsitzende des Jahres 1974/75 insgesamt Reisekosten von 642,50 Mark, darunter eine Reise zum Herrn Bischof Hengsbach. Er wird sich dort wohl den kirchlichen Rat und Segen für die künftige Bereicherung geholt haben.

Anschaffen strengt an, haben sich wohl die reaktionären AStA-Mitglieder gedacht, und welche Konsequenz das hat, wird in der Dokumentation der KHI Bochum ebenfalls enthüllt. So rechneten die AStA-Vertreter auch ihre diversen Konditorei- und Gaststättenbesuche wie ihre diversen Feten über die Studentengelder ab: 8.75 Mark für einen Konditoreibesuch, was offensichtlich noch bescheiden ist, schon besser einmal 30 und einmal 35 Mark für einen Besuch im Balkanrestaurant „Bürgerstuben“ und insgesamt 400 Mark für das spezielle Karnevalstreiben des reaktionären AStA.

Man sieht, früh übt sich, was ein geübter Ausplünderer der Volksmassen werden will. Versteht sich, warum die CDU-Studenten gegen die Selbstverwaltungsorgane der Studenten mit politischem Mandat und Finanzhoheit sind. - (Red.)

Bremen. Gegen die Erhöhung der Sozialwerksgebühren von 5 auf 12 Mark und die Sperrung der AStA-Gelder von 35000 DM beschlossen die Bremer Studenten für Montag und Dienstag dieser Woche in einer Urabstimmung einen Warnstreik. Die Sperrung der AStA-Gelder hat der Bremer Senat zu Beginn des Streiks wieder zurückgezogen.

Aachen. Die Fachschaft Architektur an der Technischen Hochschule Aachen hat in einer Resolution die ersatzlose Streichung des § 218, die sofortige Einstellung aller Strafverfahren und die Abschaffung der Maulkorbgesetze 130 a und 88 a gefordert.

Nachrichten

Westberlin. Bis einschließlich Dienstag dieser Woche führten die Studenten der Pädagogischen Hochschule Westberlin eine Streikurabstimmung durch. 3062 (53,3 %) beteiligten sich an der Urabstimmung. 2641 (84,8 %) stimmten für, 407 gegen Streik. Die Streikurabstimmung richtet sich gegen die Sperrung der AStA-Gelder durch die Hochschulverwaltung, womit die Hochschulverwaltung den AStA zwingen will, seine Finanzbücher gegenüber der Staatsseite offenzulegen.

Heidelberg. Durch einen dreimaligen Vorlesungsboykott erzwangen die Medizinstudenten die Aufhebung der Anwesenheitskontrolle in einer Vorlesung.

Stuttgart. Die Landesastenkonferenz Baden-Württemberg vom 11.5. verabschiedete eine Resolution zum gewaltsamen Tode Ulrike Meinhofs gegen die Stimme der Revisionisten. In der Resolution wird festgehalten, daß dieser Tod die Konsequenz der planmäßig betriebenen Vernichtungshaft ist

Die Landesastenkonferenz fordert: Aufhebung der Isolationshaft! Weg mit den Maulkorbparagrafen! Weg mit dem KPD-Verbot! Freiheit für alle politischen Gefangenen! Einsetzung eines unabhängigen Untersuchungsausschusses zur Untersuchung der Todesursachen von Ulrike Meinhof!

Hamburg. Raumverbot für eine Vollversammlung erteilte der Unipräsident am Dienstag dem AStA der Universität. Grund: Das Präsidium des Studentenparlaments hatte sich geweigert, eine Erklärung zu unterschreiben, daß es jederzeit für das Rederecht von reaktionären Studenten auch auf Vollversammlungen eintreten würde. 700 bis 800 Studenten versammelten sich daraufhin in einem Nebenraum und zogen anschließend unter der Forderung „Weg mit dem Raumverbot“ in einer Demonstration zur Universitätsverwaltung.

Braunschweig. Der Fachbereich Germanistik der Technischen Hochschule beschloß einen eintägigen Warnstreik für den 18.5. gegen die Einführung von Anwesenheitslisten und die Durchführung einer Urabstimmung für unbefristeten Streik.

Stuttgart. Von 52 Medizinstudienplätzen, die in Baden-Württemberg an Bewerber vergeben wurden, die sich für spätere Tätigkeit im Gesundheitswesen verpflichtet haben, waren „21 Beamtenkinder …, deren Noten im normalen Auswahlverfahren nicht ausreichend gewesen wären“ (Erziehung und Wissenschaft 4/76). Deutlich, welchen Zweck die Ausnahmebestimmungen für die Hochschulzulassung verfolgen.

Hamburg. Durch Gesetzesänderung will der Hamburger Senat sich die rechtliche Grundlage schaffen, um künftig nicht mehr alle Bewerber nach dem 1. Staatsexamen in die Studienseminare aufnehmen zu müssen.

Stuttgart. Eine Milliarde Mark will die Landesregierung von Baden-Württemberg jetzt durch Personalabbau an den Hochschulen zusätzlich einsparen. Das entspricht 4,8 % der Personalausgaben im Hochschulbereich, die vorwiegend im Bereich der Assistenten eingespart werden sollen.

Artilleriemanöver – aus der Sicht der Mannschaften

Bremen. Nicht oft genug konnten die Offiziere im Panzerartilleriebataillon 325 darauf hinweisen, daß das Manöver ein großer Erfolg war, zwei bzw. drei Tage Sonderurlaub ließen sie sich das kosten und kamen sich dabei sehr großzügig vor. Doch worin liegt der Erfolg, wenn man einmal Bilanz zieht? Das 15-jährige Bestehen des Bataillons 325 wurde im Manöver gefeiert, und es ist ein Grund für die Offiziere, dieses zu feiern, denn immerhin haben sie seit 15 Jahren diese Armee in ihrer Hand und ständig mit Riesensummen ausgebaut und aufgerüstet. Gerät im Wert von 3 Milliarden DM gehört zum Panzerartilleriebataillon 325. Außerdem gab es keine größeren „materiellen Verluste", wie es hieß.

Der Verschluß explodiert

Ganz anders sah der „Erfolg" des Manövers für die Masse der Soldaten aus. Am 1. Mai, dem internationalen Kampftag der Arbeiterklasse, waren wir gezwungen, wie an jedem anderen Tag für die Herren Vorgesetzten zu rödeln, anstatt unsere Forderungen in der Öffentlichkeit zu demonstrieren. Durch schadhaftes Material und Vernachlässigung von Sicherheitsbestimmungen kam es zu mehreren Beinahe-Unfällen. In der 2. Batterie ging ein Schuß nach hinten los. Die Panzerhaubitze war gerade aus der Feuerstellung gekommen. Beim ersten Schuß „an der langen Leine" explodierte der Verschluß. Metallstücke flogen durch die Luft, die Stahlkappen rissen aus ihren Angeln und der Motor wurde von der Detonation beschädigt. Wären in diesem Moment Soldaten in der Haubitze gewesen, so hätte keiner überlebt.

In der 3. Batterie wäre es um ein Haar zu einem solchen Unfall gekommen, wenn nicht zufällig festgestellt worden wäre, daß der Rohrliederungsring (Dichtungsring, der verhindert, daß der Druck beim Verbrennen der Treibladung nach hinten in die Haubitze losgeht) defekt war. Erst nachdem es zu diesen gefährlichen Situationen gekommen war, wurde darauf geachtet, daß die Sicherheitsbestimmungen genau eingehalten wurden und der Rohrliederungsring nach jedem Schuß überprüft.

Schuß auf den Beobachter

Bei dem Feld-Artillerie-Bataillon 11 kam es durch Fehler beim Vermessen zu Fehlschüssen, die nur 100 Meter von der Vorgeschobenen Beobachtungsstelle des Bataillons 325 lagen. Die Granatsplitter flogen bis an den Panzer der Vorgeschobenen Beobachter. Unter ihnen war auch Hauptmann Schanz 3./325. Auch hier wurde das Schießen sofort gestoppt und plötzlich wurden die Sicherheitsbestimmungen befolgt.

Bei einem Marsch sauste ein Schützenpanzer mit drei Mann Besatzung quer über die Straße in einen Graben, weil das Lenkseil gerissen war. Nur der schnellen Reaktion des Fahrers ist es zu verdanken, daß das keine schlimmeren Folgen hatte. Der ständige Streß, keinen Schlaf und die Behandlung wie ein Stück Vieh durch Teileinheitsführer einer Feuerleitstelle brachte einen Soldaten an den Rand eines Nervenzusammenbruches. Andere Kameraden bekamen Geschwüre und sonstige Hautkrankheiten wegen der miserablen sanitären Einrichtungen. Entzündete und von Fußpilz befallene Füße führten bei einem Kameraden bis zu einer Blutvergiftung.

Unterschiedlicher Manövererfolg

Man sieht, der „Erfolg" dieses Manövers ist nicht auf allen Seiten das Gleiche. Während die einen unter primitiven Bedingungen, mangelnden sanitären Einrichtungen, schlechter Sanitätsversorgung und oft unter Gefährdung ihres Lebens im Einsatz für die Zwecke der Offiziere waren, gab es auf deren Seite jeden Tag die Möglichkeit zum Duschen. Der Bataillonskommandeur von 315 bekam jeden Tag einen fabrikneuen Arbeitsanzug. Außerdem saßen sie in geheizten Zelten.

Der Instandsetzungszug der 1. Batterie mußte den Herren Offizieren extra einen Generator für 22 Volt installieren, damit sie ihren Sekt kühl halten und sich elektrisch rasieren konnten. – (aus: Volksmiliz, Zeitung des Soldaten- und Reservistenkomitees Bremen Nr. 4)



Ein Kanonier löst mit der Reißleine den Schuß der Feldhaubitze (Kaliber 10,5 cm) aus. Zu tödlichen Unfällen kommt es immer wieder, wenn der Sicherheitsoffizier in der Feuerstellung die Sicherheitsbestimmungen nicht beachtet. Dazu der nebenstehende Artikel über das Manöver des Bremer Panzerartilleriebataillons 325.

Angriffe auf die Stellung des Vertrauensmannes

Stetten: Kandidat am Wahltag entlassen

Stetten a.k.M. Den Kandidaten für das Amt des Vertrauensmannes in der 2. Kompanie des Panzerbataillons 293, den Panzerschützen Kaiser, hat die Bundeswehr am Tage der Wahl entlassen. Trotzdem haben die Mannschaften ihn mit großer Mehrheit zum Vertrauensmann gewählt. Die Mannschaften drücken damit ihre Solidarität mit dem bestraften Soldaten aus und zeigen, daß sie Angriffe auf ihr Recht, Vertrauensleute zu wählen, nicht hinnehmen werden. Der Panzerschütze K. war in seinem Programm für die Vertrauensmannwahl gegen die „vertrauensvolle Zusammenarbeit" mit der Kompanieführung, wie es das Soldatengesetz vorschreibt, eingetreten. Ebenso lehnte er das Gemauschel mit dem Chef hinter dem Rücken der Mannschaften ab. Er war eingetreten für eine Interessenvertretung der Mannschaften gegen die Kompanieführung. Er hatte wöchentliche Mannschaftsversammlungen gefordert als Kontrollorgan gegenüber dem Vertrauensmann.

Die Auseinandersetzung vor der Wahl

In der 2./293 übt die Kompanieführung ihre Herrschaft über die Mannschaften mit allen Mitteln der Schikane aus: Der Spieß („Otto der Putzteufel") setzt, so oft es ihm einfällt, Reviereinigen und Nachreinigen an. Ein ehrgeiziger Oberfähnrich treibt die Soldaten mit Gewaltmärschen und anderen Einlagen zum Schießplatz und versteht darunter Vorbereitung auf den Soldatensportwettkampf „Challange", bei dem der Oberfähnrich glänzen möchte, weil das seiner Karriere nützt. Der Kompaniechef lehnt Urlaubsanträge für Reservisten ab, so daß sie den ihnen noch zustehenden Erholungsurlaub nicht mehr nehmen können. Den Mannschaften verbietet er, sooft es ihm paßt, den Tausch von Wochenenddiensten, um heimfahren zu können.

Um die Wahl des Panzerschützen Kaiser zu verhindern, hatte der Kompaniechef bereits den Soldaten mit 10 Tagen Bau bestraft. Wer eine Disziplinarstrafe von mehr als 3 Tagen Bau bekommen hat, verliert nach dem Vertrauensmännerwahlgesetz das passive Wahlrecht. Er kann dann nicht mehr kandidieren. Die Disziplinarstrafe war ausgesprochen worden, weil bei einer Spinddurchsuchung bei dem Soldaten Exemplare der Soldatenzeitung „Gegendruck" gefunden wurden. Diese „die Bundeswehr herabsetzende und zur Zersetzung auffordernden Schriften" habe der Soldat weiterverteilen wollen. Den Vollzug der Diszi verhinderte jedoch die Beschwerde, so daß eine Verhinderung der Wahl nur noch durch die Entlassung möglich schien.

Die Gründe für die Entlassung

Die Entlassung wurde begründet mit einem Leserbrief des Soldaten im „Südkurier" sowie mit den Soldatenzeitungen „Gegendruck", die von der Demokratischen Soldatengruppe Stetten a.k.M. herausgegeben wird, und der „Volksmiliz", die das Soldaten- und Reservistenkomitee Freiburg herausgibt. Außerdem legt man ihm den Besitz der „Leitsätze zur Militärfrage" zur Last, die vom KBW herausgegeben werden.

Im „Südkurier" hatte der Soldat enthüllt, wie die Soldaten in der Bundeswehr täglich der kleinlichen Schikane der Offiziere ausgeliefert sind, durch die Kasernierung isoliert gehalten werden, durch das Recht auf Gemeinschaftsbeschwerden genommen ist und ihnen die Forderung nach freier politischer und gewerkschaftlicher Betätigung als Wehrkraftzersetzung angelastet wird.

Die Demokratische Soldatengruppe Stetten a.k.M. hat in ihrer Zeitung die Entlassung des Vertrauensmannkandidaten enthüllt. Sie kommentiert: „Es ging also nicht darum, einen unbequemen Soldaten mundtot zu machen, sondern es handelt sich bei der Bestrafung um einen Angriff auf die Stellung des Vertrauensmannes als Interessenvertreter der Mannschaften." Weiter schreibt die Zeitung, daß derartige Angriffe auf Vertrauensmannwahlen nicht neu sind: „So wurde vor zwei Monaten ein Soldat aus der 3./294 kurz vor der Wahl strafversetzt, damit er nicht als Kandidat aufgestellt werden konnte. Oder aktiven Vertrauensmännern in Stetten wird mit Absetzung gedroht mit der Begründung, sie verstoßen gegen ihre Pflicht zur Verschwiegenheit, wenn sie den Mannschaften über ihre Tätigkeiten berichten." („Gegendruck", Extraausgabe 14.5.)

Der schießwütige Fähnrich Hopp

Weil das Interesse an der Extraausgabe der Stettener Militärzeitung „Gegendruck" unter den Soldaten sehr groß war, versuchte die Bundeswehrführung die Verteilung außerhalb des „militärischen Sicherheitsbereichs" an einer Zufahrtsstraße zur Kaserne zu unterbinden. Zuerst ließ sie die Polizei kommen, die aber nur die Personalien der Verteiler feststellte. Dann schritt ein Fähnrich Hopp selber ein. Mit vorgehaltener Pistole versuchte er, einen Verteiler festzunehmen. Dabei versuchte der Fähnrich den Verteiler durch Schläge zu einer Gegenwehr zu provozieren, um einen Schuß rechtfertigen zu können. Ein Verteiler berichtet:

Ich fragte ihn, ob er mich denn erschießen wolle, wenn ich es nicht täte, er meinte: „Ja, das werd ich tun." Als ich ihm daraufhin sagte, daß ich trotzdem nicht mitkommen würde, stand er erst eine Weile ratlos da, dann drehte er sich um, tat als wollte er gehen, drehte sich dann wieder um und versuchte dann meinen Arm umzudrehen. Als er das dann eine Zeitlang versucht hatte und es ihm nicht gelingen wollte, versuchte er mir in den Sack zu treten. Als das dann auch nicht klappen wollte, zog er wieder seinen Colt, spannte den Hahn und fuchtelte mir damit ganz nervös vor meinem Bauch rum. Zu diesem Zeitpunkt fand ich es dann doch besser, mit ihm mitzugehen. Dem verständnislos blickenden Mannschaftsdienstgrad befahl er, seine Waffe zu ziehen und uns zu sichern, bis er den Wagen geholt hat. Dann stieg er wieder aus, der Mannschaftsdienstgrad mußte sich mit gezogener Waffe hinter den Beifahrersitz setzen, bis er dann selbst im Auto saß. Ab gings dann in die Kaserne."

Bremen: Unterschriftensammlungen gegen Versetzung

Bremen. In der 3. Batterie des Panzerartilleriebataillons 325 sind demnächst Neuwahlen für das Amt des Vertrauensmannes.

In der aktuellen Truppeninformation erklärte Hauptmann Schanz, wie er sich den neuen Vertrauensmann vorstellt: Der Vertrauensmann solle im Interesse des Ganzen denken und zur Zusammenarbeit mit dem Batteriechef fähig sein und dürfe nicht einseitige Interessen verfolgen. Außerdem dürfe er noch keine Disziplinarstrafe aufweisen. Der Kanonier Witzmann, der eine Disziplinarstrafe wegen der Teilnahme an einer Demonstration gegen den § 218 in Uniform hinter sich hat, käme als Vertrauensmann nicht in Frage.

Nachdem Witzmann, von den mehreren Soldaten zum Vertrauensmann vorgeschlagen worden war, hatte der Chef um eine Kopie des Vertrauensmännerwahlgesetzes gebeten hatte, wurde er zu ihm hinbestellt. Hauptmann Schanz hatte inzwischen die entsprechenden Paragrafen nachgelesen und festgestellt, daß nur Soldaten, die bereits mit Disziplinarrest bestraft worden sind, nicht mehr Vertrauensmann werden können.

Dieses sagte er Witzmann und daß er nach dem Gesetz noch Vertrauensmann werden könnte.

20 Minuten später wurde der Kanonier Witzmann wieder zum Chef gerufen. Dieses Mal erhielt er den Befehl, sofort seine Sachen zu packen. Er sei versetzt in die 1. Batterie und würde in eineinhalb Stunden noch dorthin gefahren. Als Witzmann vom Chef und tags darauf vom Kommandeur eine Begründung und die Rücknahme der Versetzung verlangte, hörte er jedesmal etwas anderes. Die Herren, die dieses Geschäft ausgebraten hatten, verstrickten sich in ihren eigenen Lügen.

Am Donnerstag, den 13. Mai erschien der Kommandeur dann in der 3. Batterie, während wir gerade Unterricht hatten. Er betonte, daß er ganz zufällig vorbeigekommen wäre, um sich mal nach den Vertrauensmännerwahlen zu erkundigen.

Als er daraufhin den Protest gegen die Versetzung des Kanoniers Witzmann zu hören bekam und man eine Begründung erwartete, kam er mit tausend Ausflüchten und meinte dann, wenn man ihm beweisen könnte, daß Witzmann Vertrauensmann werden würde, dann würde er die Versetzung zurücknehmen. Das ginge aber nicht, weil Witzmann ja nicht mehr für dieses Amt kandidieren könne, denn er sei jetzt ja in der 1. Batterie.

Schließlich konnte der Herr Oberstleutnant von Hobe zu seiner Rechtfertigung nur noch vorbringen, daß er die Gesetze schließlich nicht gemacht habe. In der 3. Batterie hat man indessen beschlossen, den Kommandeur beim Wort zu nehmen. Auf einem Wahlvorschlag werden Unterschriften gesammelt für die Kandidatur des Kanoniers Witzmann für das Amt des Vertrauensmannes. 41 Soldaten, der größte Teil der Mannschaften, haben sofort unterschrieben. 2 Soldaten eines Lehrgangs für Unteroffiziersanwärter unterstützen ebenfalls die Kandidatur Witzmanns. Ihnen wurde bereits mit der Entfernung vom Lehrgang gedroht.

Es wird interessant werden, wie sich der Herr Oberstleutnant aus der Schlinge winden wird, nachdem die Mehrheit der Soldaten die Kandidatur von Witzmann unterstützt! – (m., Schwanewede)

MAD scheitert

Walldürn. Wie sehr die Bundeswehrführung den Zusammenschluß und die gemeinsamen Kämpfe der Mannschaften fürchtet, zeigt der jüngste Großeinsatz des MAD in Walldürn: Acht MAD-Spitzel verhörten über zehn Soldaten des Panzergrenadierbataillons 362, wobei sich einige Verhöre über mehrere Stunden erstreckten.

Diesen Bespitzelungen waren folgende Aktionen Walldürner Soldaten vorausgegangen:

1. Mehrere Soldaten demonstrierten im Februar in Uniform gegen den § 218. Gegen die Disziplinierung (zwei Soldaten 7 Tage, ein Soldat 14 Tage Arrest) führte das Osterburkener Komitee gegen den § 218 eine Aktionswoche durch, wobei versucht wurde, die Walldürner Bevölkerung über die Disziplinierung zu informieren.

2. Die Initiativgruppe für ein Soldaten- und Reservistenkomitee Walldürn führte in Osterburken eine Veranstaltung mit dem Thema „Bundeswehr – Armee gegen das Volk" durch, bei der ein MAD-Spitzel anwesend waren.

3. Der gesamte Mörserzug der 5. Kompanie beschwerte sich gemeinschaftlich (jeder schrieb den gleichen Text) gegen Wochenenddienste ohne Dienstausgleich. Außerdem wurde die Diszi eines Kameraden, der einen Unteroffizier bedroht hatte, gemeinsam bezahlt.

4. In allen Kompanien des Panzergrenadierbataillons 362 wurden Unterschriften für Dienstausgleich (für alle Wochenenddienste) gesammelt und dem Kommandeur übergeben. In zwei Kompanien unterschrieben alle Mannschaften, in den anderen Kompanien wurde die Aktion vorzeitig entdeckt und durch massive Einschüchterung durch die Kompaniechefs und den Kommandeur unterbunden.

5. Besonders scharf waren die MAD-Spitzel natürlich auf das Organ der Initiativgruppe für ein Soldaten- und Reservistenkomitee Walldürn, die „Volksmiliz", das die Schikanen der Offiziere angreift und die Kämpfe der Soldaten veröffentlicht und anleitet.

Die MAD-Verhöre blieben jedoch genauso erfolglos wie die vorherigen zahlreichen Vernehmungen durch den Bataillonskommandeur. (Soldat xy)

Preisdiktat des Kantinenpächters

Büchen M. Auf der letzten Kantinenausschußsitzung beim Jagdbombergeschwader 33 beschwerte sich ein Vertrauensmann über die zu teuren Kuchenstückchen, die bei uns in der Kantine 55 Pfennig kosten gegenüber 40 Pfennig draußen beim Bäcker. Daraufhin drohte der Kantinenpächter, er werde den Verkauf dieser Teilchen einstellen, wenn man ihm einen niedrigeren Preis vorschreiben wolle.

Italien: Tarifabschlüsse bringen Abbau des Reallohns

Am Nachmittag des 1. Mai, an dem Hunderttausende Arbeiter und Werktätige in ganz Italien ihre Entschlossenheit zum Kampf gegen die Kapitalisten und ihre Regierung durch machtvolle Kundgebungen bekräftigen, wurde zwischen dem einheitlichen Gewerkschaftsverband der Metallarbeiter (FLM) und den Metallkapitalisten eine Einigung über den neuen Tarifvertrag für rund 1,5 Millionen Metallarbeiter erzielt.

Bereits 2 Wochen vorher war ein anderer wichtiger Tarifvertrag, der der Chemiearbeiter, unterzeichnet worden.

Diese Tarifabschlüsse werden von den Gewerkschaftsführern als Erfolge der Arbeiterbewegung gepriesen, weil es gelungen sei, die Angriffe der Kapitalisten auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter zum Großteil abzuwehren. Aber nicht nur die Gewerkschaftsführer und die Führer der KPI bezeichnen diese Tarifabschlüsse als positiv und erfolgreich, auch die Kapitalisten sind im großen und ganzen mit der „verantwortungsbewußten" Politik der Gewerkschaftsführer zufrieden.

Unter den Arbeitern herrscht große Unzufriedenheit, viele lehnen diese Tarifabschlüsse entschieden ab, weil sie erkannt haben, daß sie trotz monatelangem, hartem Kampf von den Führern der Gewerkschaften verkauft worden sind.

Der Tarifabschluß in der Chemieindustrie

Was sehen diese Tarifabschlüsse vor? Zunächst der Tarifvertrag für die fast 400000 Arbeiter der privaten **Chemieindustrie** (für die 25000 Arbeiter der verstaatlichten Chemiebetriebe wurde ein etwas vorteilhafterer Abschluß erzielt).

Lohn: Gefordert wurde eine einheitliche Erhöhung von 30000 Lire (85 DM) und die Einbeziehung der im Januar 1975 erkämpften 12000 Lire (34 DM) in den Grundlohn. Der Abschluß sieht eine Lohnerhöhung in zwei Raten vor (20000 Lire gleich 57 DM ab 1.4.76 und 5000 Lire gleich 14 DM ab 1.1.77). Diese 25000 Lire werden als „getrenntes Element der Entlohnung" bestimmt und bis zum 1.4.77 im Falle von Krankheit nicht ausbezahlt. Mit einem Schlag gelang es den Kapitalisten, sowohl die „Verteilung" der Lohnerhöhungen durchzusetzen, als auch ihrem Kreuzzug gegen den sogenannten „assenteismo" (Fernbleiben von der Arbeit) die gewerkschaftliche Zustimmung zu verleihen. Erst am 1.1.79 (also kurz vor dem Verfallen dieses Tarifvertrages!) werden die 37000 Lire (25000 Lohnerhöhung und 12000 vom Januar 75) in den Grundlohn einbezogen.

Da der alte Tarifvertrag bereits seit September 1975 verfallen war, wurden den Arbeitern nur lächerliche 70000 Lire (ca. 200 DM) als einmalige Abfertigung „gewährt".

Um zu verhindern, daß sich die Arbeiter in betrieblichen Kämpfen das holen, was sie bei diesem Vertrag nicht erhalten haben, vereinbarten Gewerkschaften und Kapitalisten, daß bis zum 30.6.77 keine **betrieblichen Kämpfe** für die Erhöhung der Produktionsprämien durchgeführt werden sollen.

In bezug auf die **Arbeitszeit** bleibt alles beim alten: Statt der geforderten Reduzierung der durchschnittlichen Arbeitszeit für Schichtarbeiter auf 37 Stunden und 20 Minuten, bleibt es bei den 37 Stunden und 40 Minuten.

Da die einzelnen Fachgewerkschaften zu wenig „Verständnis" für die Sorgen der Unternehmer zeigten, haben die Generalsekretäre der Gewerkschaftsbünde CGIL, CISL und UIL mit den Spitzenvertretern der Industrie den „Rahmen" für die Tarifabschlüsse bestimmt und ihre Vorstellungen den Fachgewerkschaften praktisch diktiert. Ein Resultat dieser Politik, die eindeutig die Bestrebungen der KPI widerspiegelt, sich den Kapitalisten anzubiedern, war der Tarifabschluß für die Chemiearbeiter.

Dieser Abschluß muß noch von den Arbeitern gebilligt werden (in Form von Abstimmungen auf Versammlungen in den einzelnen Betrieben).

Es haben sich bereits mehrere Betriebe, z.B. Montedison (Castellanza bei Varese), Carlo Erba (Rodano bei Mailand), Helene Curtis (Mailand), Wassermann (Mailand) oder einzelne Abteilungen von Betrieben (in Porto Marghera bei Venedig, in Porto Torres, Mailand usw.) gegen diesen Abschluß und für die Einberufung einer nationalen Delegiertenkonferenz ausgesprochen.

Die Gewerkschaftsführer beschränken sich nicht nur darauf, gegen revolutionäre Arbeiter und Gewerkschafter zu hetzen, die gegen diesen Abschluß auftreten. Vor einigen Tagen wurden 4 Arbeiter (davon 2 Betriebsräte) aus der Gewerkschaft ausgeschlossen, weil sie in Flugblättern gegen diesen Abschluß Stellung bezogen hatten.

Der Tarifkampf der Metallarbeiter

Durch diesen schlechten Tarifabschluß für die Chemiearbeiter wurden auch die übrigen Kategorien, vor allem die Metallarbeiter, isoliert, die nun als eine den Angriffen der Kapitalisten gegenüberstanden. Die Metallarbeiter waren jedoch nicht bereit, so ohne weiteres auf ihre Forderungen zu verzichten. Sie hatten sich auch nicht durch verschiedene Provokationen (wie z.B. die Brand-„Anschläge" bei FIAT) einschüchtern lassen. Am 21. und 22. April, also wenige Tage nach dem Tarifabschluß für die Chemiearbeiter, trat der Generalrat des Gewerkschaftsverbands der Metallarbeiter (über 1500 Delegierte) zusammen, um über weitere Kampfmaßnahmen zu beraten. Die Mehrheit der Delegierten stimmte für die Beibehaltung der ursprünglichen Forderungen und sprach sich für harte Kampfmaßnahmen aus (Betriebsbesetzungen, nationale Kundgebung in Rom), obwohl die Gewerkschaftsführer mit dem Hinweis auf die verschlechterten Kampfbedingungen sich für eine nachgiebigere Haltung den Kapitalisten gegenüber einsetzten.

Nach rund einwöchigen, ununterbrochenen Verhandlungen, die von Streiks und einer „symbolischen" Besetzung aller Metallbetriebe am 29.4. begleitet waren, wurde am 1. Mai der neue Tarifvertrag unterzeichnet. Wenn man diesen Abschluß – wie es die Gewerkschaftsführer machen – mit dem für die Chemiearbeiter vergleicht, so kann man ohne Zweifel von einem „besseren" Vertrag sprechen. Vergleicht man ihn jedoch mit den ursprünglichen Forderungen der Metaller und berücksichtigt man ihre Kampfbereitschaft (ca. 100 Streikstunden seit Mitte November 75), so kommt man sicher zu einem anderen Schluß.

Dieser Tarifvertrag sieht eine ein-
Dieser Tarifvertrag sieht eine ein-
heitliche, nicht „verteilte" **Lohnerhöhung** von monatlich 25000 Lire (ca. 75 DM) ab 1.5.76 vor. Sie wird auch im Falle von Krankheit ausbezahlt, aber zusammen mit den 12000 Lire Erhöhung vom Januar 1975 erst am 1.5.77 in den Grundlohn aufgenommen. Da der alte Tarifvertrag bereits Ende Dezember 75 verfallen war, erhalten die Metaller als „Ausgleich" eine einmalige Summe von nur 30000 Lire. Gefordert hatten die Metaller monatlich 30000 Lire (was schon ein Kompromiß war), die zusammen mit den 12000 Lire sofort in den Grundlohn aufgenommen werden sollten.

Die Metallkapitalisten konnten zwar nicht einen vertraglich festgelegten Stopp der Betriebskämpfe durchsetzen, die Gewerkschaften verpflichteten sich jedoch, sich dafür einzusetzen, daß bei den Betriebskämpfen die Lohnforderungen nicht „privilegiert" werden. Der Stand der Metallarbeiter-Gewerkschaft und em Kapitalistenverband gemeinsam „überprüft" werden!

Hinter diesen Erklärungen der Metallarbeitergewerkschaft steckt eindeutig die Absicht, die Betriebsräte unter Kontrolle zu nehmen und ihre Befugnisse einzuschränken.

In bezug auf die **Arbeitszeit** hatte die Plattform vorgesehen: Alle Schichtarbeiter haben das Recht, innerhalb der Arbeitszeit von 8 bezahlten Stunden 30 Minuten Pause für Essenszwecke zur Verfügung zu haben. Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 39 Stunden bei gleichem Lohn für alle bei Hitze zu verrichtenden Arbeiten (Verarbeitung nicht eisenhaltiger Metalle, Gießerei usw.). Darüberhinaus forderten die Metaller eine Reduzierung der Überstunden.

Im Tarifabschluß wird die halbe Stunde erst Mitte 1978 in Aussicht gestellt (falls es bis dahin zu einer Einigung kommt), die Arbeitszeit bleibt bei 40 Stunden (nur die Eisenhüttenarbeiter erhalten 8 Stunden zusätzlichen, bezahlten Urlaub für je 8 Wochen Arbeit). Die Anzahl der „erlaubten" Überstunden wurde kaum reduziert. Verständlich, daß die Kapitalisten über diese Punkte ihre Genugtuung zum Ausdruck brachten, weil sie in der Ausbeutung der Arbeitskraft freie Hand behalten.

Auch bei den Metallern wurde die Kontrolle der Arbeitsbedingungen usw. auf eine Frage der „Information" der Gewerkschaft durch die Unternehmer reduziert. Die Stellung des Kapitalisten wurde auch durch diesen Tarifvertrag nicht angetastet; durch die „Informationsgespräche" hoffen die Kapitalisten „neue Beziehungen zur Überwindung vieler Konfliktursachen" herstellen zu können, d.h. Streiks und andere Kampfmaßnahmen durch Verhandlungen mit den Gewerkschaftsführern ersetzen zu können.

Die Metallarbeiter wollen auf den Kampf nicht verzichten

Der Generalsekretär der KPI, Berlinguer, ließ seiner Erleichterung über den Abschluß dieses wichtigen Tarifvertrages freien Lauf: „Eine weitere Verlängerung und Verschärfung der Tarifkämpfe hätte zu einer Spannung des sozialen und politischen Klimas in einem ohnehin schon sehr schwierigen und gefahrvollen Moment beigetragen.
und gefahrvollen Moment beigetragen.
Die Tarifabschlüsse führen ein wichtiges Element der Entspannung und Sicherheit ein." (l'Unità vom 4.5.76) Inzwischen waren nämlich auch das Parlament aufgelöst und Neuwahlen ausgeschrieben worden. Um einen „entspannten" Wahlkampf führen zu können, mußte natürlich vorher der Metallarbeiter-Vertrag abgeschlossen werden.

Die Metallarbeiter haben jedoch nicht zu erkennen gegeben, daß sie auf den Kampf verzichten wollen. Die Arbeiter bei FIAT in Turin, die sich bereits seit einiger Zeit die halbe Stunde einfach genommen hatten, und bei Alfa-Sud in Neapel drückten auf den Betriebsversammlungen offen ihren Unmut aus.

Die Mehrzahl der Arbeiter bei Alfa-Sud hat jedoch noch vor der Abstimmung den Saal verlassen und damit nicht nur ihren Unmut, sondern auch ihre Ratlosigkeit und ihr Mißtrauen zum Ausdruck gebracht.

Die Versammlung der zweiten Schicht bei OM (Mailand) hat den Punkt des Tarifvertrages über die halbe Stunde Pause einstimmig abgelehnt und der Gewerkschaft den Auftrag erteilt, unverzüglich Kampfmaßnahmen einzuleiten, um eine bessere Lösung zu erzielen. Die Arbeiter von OM erklärten ihre Bereitschaft, für dieses Ziel den Kampf aufzunehmen. – (t., Bozen, den 8.5.76)



Demonstration italienischer Arbeiter zur Verteidigung der Arbeitsplätze

UdSSR zwingt Jugoslawien zur Preissenkung für Schiffe

Belgrad (Hsinhua, 5.5.76). Die Sowjetunion hat Jugoslawien gezwungen, den Preis für die Schiffe zu senken, die sie in Auftrag gegeben hat. Das habe schwere Beeinträchtigungen für den jugoslawischen Schiffsbau zur Folge, schreibt die jugoslawische Zeitung „vjesnik" am 4. Mai. Wie die Zeitung weiter schreibt, bestellt die Sowjetunion bei den jugoslawischen Werften immer Schiffe von hoher Qualität und guter Ausrüstung, während sie den Preis für schlechte Qualität und schlechte Ausrüstung bezahlt. Außerdem zahlt sie per Verrechnung und nicht in harten Devisen. Weiter heißt es in der Zeitung, daß oft mehrere Jahre verstreichen bis zur Ausführung des Auftrags. Währenddessen steigen die Preise für Rohstoffe und notwendige Ausrüstung für die Schiffe. Dagegen: „Der sowjetische Partner verlangt seit Jahren das Festhalten an ‚fixen' Preisen." Dadurch hat sich eine wirklichkeitsfremde Lage ergeben, denn „die Produktionskosten liegen über den fixen Preisen in den Verträgen". Obwohl, führt die Zeitung fort, die Exporteure unseres Landes immer wieder verlangt haben, „gleitende Preise" zu vereinbaren, die an den Weltmarkt gebunden sind, beharrt der sowjetische Partner wider bessere Einsicht auf seiner Position. Die Zeitung stellt schließlich fest, daß der sowjetische Partner häufig die Unterschrift unter bereits paraphierte Verträge hinauszögert, um Preissenkungen durchzusetzen.

UdSSR: Kein Fleisch für die Massen – „Dolce Vita" für Staatsfunktionäre

Aus Moskau wird gemeldet, daß künftig der Donnerstag in der sowjetischen Hauptstadt „fleischfrei" sein werde. Ein entsprechendes Dekret sei am 1. Mai beschlossen worden. Die Maßnahme soll auf alle Regionen der Sowjetunion ausgedehnt werden. Die Ursache liegt in drohendem Fleischmangel.

In der Sowjetunion mußte nach der Mißernte im letzten Herbst der Viehbestand durch Schlachtungen drastisch vermindert werden. Bis zum Herbst sollen die Vorräte laut Angaben von Experten noch ausreichen, doch müsse die Sowjetunion für den Winter Fleisch *importieren*. Für das laufende Jahr besteht bereits ein Kaufvertrag mit *Neuseeland* über die Lieferung von 10000 Tonnen Rindfleisch und 25000 Tonnen Schaffleisch. (Nach Neue Züricher Zeitung, 12.5.)

Während aufgrund von Mißwirtschaft die Versorgung in der Sowjetunion immer weniger gesichert ist, führt die neue Bourgeoisie das „süße Leben" und eifert dabei ihren Vorbildern von der anderen imperialistischen Supermacht nach:

„Wie die sowjetische Literaturzeitung ‚Literaturnaja Gasetta' schrieb, wurde eine Gruppe von Beamten kürzlich zu Strafen zwischen 15 Jahren Gefängnis und 12 Monaten Zwangsarbeit verurteilt, weil sie sich für 365000 Rubel aus Staatsgeldern in Tscheboksary, 600 Kilometer östlich von Moskau, ein ‚Partyland' bauen ließen.

Wie das Blatt schrieb, ließen sich die Beamten für das Geld ein kleines Hotel, ein Gasthaus und ein Badehaus bauen, in dem mit eigens herbeigeschafften ‚Hostessen' wüste Orgien gefeiert wurden. Das Geld war ursprünglich zum Unterhalt von Studenten bestimmt, die am Bau einer Traktorenfabrik mitwirkten.

Zum Schutz des Dolce-vita-Geländes wurden auch scharfe Hunde und Leibwächter engagiert. ‚Literaturnaja Gasetta' berichtete Einzelheiten über die Ausschweifungen der neuen Bourgeois: So wurden aus Karelien Künstler und Kunsthandwerker eingeflogen, die sich für Staatsgeld Freskos, Gemälde, geschmiedete Kerzenleuchter, Marmorfliesen, Plüschtapeten und Statussymbole im „westlichen" Stil einfallen ließen. In den Hotelsuiten mit lauschigem Blick auf die Wolga hätten die Beamten ihre Wochenenden mit ‚willigen Mädchen' – zum Teil auch mit ihren eigenen Frauen – verbracht, wobei der Wodka in Strömen geflossen sei. Es wurden auch Gäste eingeladen, die ‚keine Kopeke' dafür bezahlen mußten." (Der Bund, Bern, 13.5.76)

Frankreich: „Tag der toten Region"

Am 29. April fand in drei Départements in Frankreich ein Tag der „toten Region" statt. Alle Läden waren geschlossen, es fanden riesige Demonstrationen statt (Montpellier 100000 Personen). Die Demonstranten forderten vor allem die Freilassung eines Weinbauern, der nach der Schießerei in Montredon, bei der ein Weinbauer und zwei CRS-Soldaten getötet wurden, festgenommen wurde. Die Weinbauern werden es auf jeden Fall nicht zulassen, daß man an diesem Bauern einen exemplarisch zu bestrafen. Man sah an zahlreichen Hauswänden Parolen wie: „Freilassung von Tesseyre oder Bomben!"

Diese Parolen wurden ernst genommen und offensichtlich um das zu vermeiden drohten vier Fünftel der Bürgermeister dieser Départements ihren Rücktritt an, was eine Lahmlegung der gesamten Verwaltung bedeuten würde. An den Demonstrationen beteiligten sich auch Studenten und vor allem im Département Hérault wurde der Aufruf der Gewerkschaften, zu streiken, breit befolgt.

Feier des 1. Mai in der Volksrepublik Albanien

Hunderttausende nahmen auch in diesem Jahr an den großen Kundgebungen zum 1. Mai in Tirana und den anderen Städten Albaniens teil. Der 1. Mai stand in diesem Jahr unter dem Banner großer Erfolge im Aufbau des Sozialismus. Die Diskussion der neuen, sozialistischen Verfassung, der Beginn des 6. Fünfjahresplans, welcher das Lebensniveau bemerkbar erhöhen und den Sozialismus stärken wird, der Beschluß des ZK der Partei der Arbeit Albaniens und des Präsidiums der Volksversammlung zur Reduzierung der Lohnunterschiede und der Beginn der Produktion im ersten Stahlwerk der Volksrepublik Albanien, das mit der brüderlichen Hilfe der Volksrepublik China gebaut wurde und endlich die Verhüttung und wirtschaftliche Nutzung des eigenen Eisenerzes gewährleistet und das Herz der Schwerindustrie, den Maschinenbau, schlagen läßt.

Bei der großen Kundgebung und Demonstration in Tirana waren Delegationen aus vielen Ländern, u.a. der Volksrepublik China, der Demokratischen Republik Südvietnam, des ANC Azania und der PLO anwesend.

Die Bourgeoisie hetzt gegen das revolutionäre Kambodscha

Kambodscha: Die revolutionäre Volksmacht entwickelt das Land

„Die Gewalt ist der Geburtshelfer jeder alten Gesellschaft, die mit einer neuen schwanger geht. Sie ist selbst eine ökonomische Potenz ...", schrieb Karl Marx im ersten Band des „Kapital" (S. 680).

Die Entwicklung in Kambodscha beweist das erneut. Nachdem es den Arbeitern, Bauern und der revolutionären Befreiungsarmee unter Führung ihrer revolutionären Organisation gelungen ist, die reaktionäre Gewaltherrschaft des Imperialismus und seiner Handlanger im ganzen Land zu brechen, konnten sie in nur einem Jahr einen ungeheuren wirtschaftlichen Fortschritt erreichen, der allen noch vom Imperialismus in Hunger und Elend gehaltenen Völkern einen Weg weist.

So berichtet Burchett in einem Artikel in der Zeitschrift „Afrique Asie" Nr. 108: „Die erste erstaunliche Enthüllung in diesem Jahr 1976 war, daß Kambodscha allen Grund zur Annahme hat, daß es sich unter die größten Reisexporteure einreihen – vielleicht der größte werden wird. In diesem Jahr kann mit einer Ernte von 3 Tonnen pro Hektar bepflanzter Gesamtfläche von 3 Millionen Hektar gerechnet werden. Das ergibt 9 Millionen Tonnen. Die normalen Bedürfnisse Kambodschas betragen etwa 3 Millionen Tonnen und für den Export bleiben 6 Millionen übrig."

Die Reiskultur hängt ab vom Wasserstand und der Breite des Mekong. Deshalb wurden bereits während des Krieges und im vergangenen Jahr „90 % der alten Naßreis-Gebiete und, was noch erstaunlicher ist, über 80 % der alten Flächen an Trockenkulturen mit einem Bewässerungssystem überzogen. Das Land ist vollständig umgewandelt und erscheint wie ein weites geometrisches Muster aus Einheiten von einem Quadratkilometer, von denen jeder in 100 kleinen Einheiten von 100 Quadratmeter aufgegliedert ist."

Die Deiche zwischen den Parzellen dienen als Wege für Fahrräder, auf den großen Deichen können Vierradfahrzeuge verkehren. 2 Ernten sind bereits die Regel im ganzen Land, bald werden es drei sein.

Kompong Speu z.B., wo früher 800 kg Reis pro Hektar produziert wurden, produziert heute 8 Tonnen. Baumwolle, die früher auf kleinen Familienparzellen angebaut wurde, wird heute nach wissenschaftlichen Methoden und auf Grundlage der Bewässerung in großem Umfang angepflanzt. „Hunderttausende Hektare sind bereits bewässert, die Ernte übersteigt bei weitem das, was das Land braucht", berichtet Burchett weiter.

Durchsichtige Lügenpropaganda

Wie stets versuchen die Imperialisten durch Lügenkampagnen die Erkenntnis über die Kraft der Massen, die unter einer revolutionären Führung ihr Schicksal selber in die Hand genommen haben, zu verhindern. Daß „das Volk und nur das Volk die Triebkraft ist, die die Weltgeschichte macht", darf das Bewußtsein der Massen nicht ergreifen. So haben sie noch zur Zeit des Krieges mit der Lüge von der nordvietnamesischen Invasion versucht zu vertuschen, daß selbst ein kleines Volk wie das kambodschanische gestützt auf die eigene Kraft in der Lage war, die scheinbare Übermacht des US-Imperialismus zu bezwingen.

Seither versuchen sie die Früchte des Sieges der revolutionären Volksmacht zu verteufeln. Mit der Lüge von den Hunderttausenden, die Hungersnöten zum Opfer fallen und für deren Verbreitung Kissinger höchstpersönlich sorgte, können sie nicht länger auftreten ohne sich lächerlich zu machen. So stricken sie am Garn von Massakern, Blutbädern, Kambodscha sei ein Gefangenen- und Zwangsarbeitslager.

Mit einem Artikel im „Vorwärts" am 6. Mai 76 versuchen die Sozialdemokraten die Spitze der imperialistischen Hetzkampagne in der BRD zu übernehmen. „Wie die Hühner abgeschlachtet"; „Die neuen Herren in Kambodscha, die kommunistischen Roten Khmer, rotten eine ganze Bevölkerungsschicht ihres eigenen Landes aus", „600 000 Frauen, Männer und Kinder erschlagen, erstochen, zerstückelt" – so lauten die Schlagzeilen des „Vorwärts".

Beim „Stern" wurde unlängst (Nr. 19) deutlich, wie diese Geschichten zustandekommen. Mit Bildern hat er sie zu einer Reportage aufgemacht, die wie Augenzeugenberichte erscheinen sollen. „Die Bilder schmuggelte jetzt ein Flüchtling aus dem Land", hieß es da. Mindestens eines davon kam aber bereits letztes Jahr in einer Fernsehsendung vor, damals das Bild eines Befreiungssoldaten, der einen Plünderer stellt, heute soll es den derzeitigen Terror der Roten Khmer gegen die Bevölkerung beweisen.

Berufsmäßige „Informanten"

Die Aprilausgabe des US/Indochina-Report enthüllt: „Diese Greuelgeschichten sind monatelang von Journalisten in Thailand berichtet worden. Tatsächlich basieren alle diese Berichte auf denselben 4 oder 5 kambodschanischen Flüchtlingen, die in Aranyaprathet in Thailand interviewt wurden. Ironischerweise waren aber dieselben Journalisten darauf bedacht, klarzustellen, daß diese Flüchtlinge keine verläßlichen Informationsquellen zur Lage in Kambodscha sind." Was hindert es die bürgerliche Presse wie „Frankfurter Allgemeine", „Stern", „Vorwärts" usw., daraus „geschichtlich bewiesene Tatsachen" zu machen.

„Daniel Southerland, der im ‚Christian Science Monitor' vom 4.2.76 schrieb, zitierte einen westlichen Diplomaten, der nach dem sorgfältigen Studium der Berichte warnte, die Flüchtlinge würden zur Übertreibung neigen, um Sympathie für sich selbst zu wecken und zu rechtfertigen, warum sie ihr Land aufgegeben haben." Schließlich winken einige Dollarscheine von den Journalisten, die ihren Zeitungsbossen entsprechende Greuelgeschichten liefern müssen.

Darüber, wie es zur Zahl von 600 000 „Erschlagenen, Erstochenen und Zerstückelten" (Vorwärts) kommt, wird berichtet: „Es ist die ‚Time' (amerikanische Zeitschrift), die ... zum ersten Mal ‚Schätzungen aus ungenannten Quellen' über die Zahl der an Hunger, Krankheit und Vergeltung gestorbenen angibt." Sie liegen nicht bloß „zufällig" um die Zahl der Kambodschaner, die durch die Bombardierungen der USA umgebracht worden sind. Wie die „Schätzungen" über die Anzahl der angeblich während der nordvietnamesischen Landreform Mitte der fünfziger Jahre Getöteten, stammen diese Zahlen offenkundig von US-Beamten, für die sie einen nützlichen Zweck erfüllen: Die Aufmerksamkeit vom amerikanischen Krieg gegen Kambodscha ablenken und ihn noch im Nachhinein rechtfertigen." (Indochina-Report)

In einer Fernsehsendung über Kambodscha am 16.5. verdient sich auch der Asienreisende Scharlau sein Geld mit Greuelgeschichten, die er von diesen paar Profi-Flüchtlingen im Lager Aranyaprathet erzählen läßt. Um ihnen den Schein der Glaubwürdigkeit zu verleihen, tritt ein französischer Journalist als Sachverständiger auf und erklärt, bewiesen sei, daß 2 Militärs des Lon-Nol-Regimes aufgefordert worden seien, in Uniform Prinz Sihanouk zu begrüßen und seien, als sie am Weg, als sie in einen Graben kamen, aus dem Hinterhalt erschossen wurden.



Kollektiv bearbeiten die kambodschanischen Bauern das Land. Durch den Bau von Bewässerungsanlagen gibt es bereits in den meisten Reisanbaugebieten zwei Ernten in diesem Jahr, zum Teil sogar drei Ernten.

In „The Times" vom 8.5.76 liest sich diese Story so: „Am 15. Januar befahl man uns, Uniformen anzulegen und Prinz Sihanouk zu begrüßen" ... „200 Männer" waren es. „Als wir dabei waren, einen Fluß zu überqueren, wurden wir von Maschinengewehrfeuer niedergemäht."

Scharlau gibt gleichzeitig im Fernsehen freimütig zu, daß vom Flüchtlingslager Aranyaprathet aus eine vom US-Imperialismus gesteuerte Sabotagegruppe, er nennt sie „Widerstandsgruppe", operiert. Der „Stern" muß zugeben: „... mit aktiver Unterstützung der Bevölkerung kann sie kaum rechnen"; – klar ist, daß das kambodschanische Volk seine Unabhängigkeit und revolutionäre Volksmacht verteidigt und die Konterrevolution aufs Haupt schlägt, wo sie es erhebt.

Der reaktionäre „Vorwärts" versucht, gleich die gesamten Opfer des US-imperialistischen Aggressionskrieges dem kambodschanischen Volk in die Schuhe zu schieben. „So unbestreitbar die Erfolge der Volksstreitkräfte ... sind, so teuer wurden sie bezahlt: Mit der Entwurzelung eines ganzen Volkes, der Zerstörung Hunderttausender von Familien, unermeßlichem Leid für Millionen und einer großen Anzahl von Todesopfern, deren genaue Höhe vermutlich nie bekannt werden wird."

Muß er schon zugeben, daß Erfolge im Aufbau erzielt werden, so darf sich's jedoch nicht rentiert haben und darf es nicht Ergebnis der Befreiung der Produktivkraft der Massen sein. „Brutalität führt zum Ziel", gegen das Volk meint er, wohin das in Wirklichkeit geführt hat, hat der US-Imperialismus zu spüren bekommen.

„Die Bevölkerung der ländlichen Gebiete wurde auf ähnliche Weise aus der Bahn geworfen: Von Millionen von Städtern überflutet und nach dem Verlust ihrer Ländereien, Maschinen und Gehöfte sowie ihrer Priester und aller anderen natürlichen Führer waren die Bauern ebenso rat- und wehrlos wie ihre Landsleute aus Phnom Penh." (Vorwärts) Was verloren wurde, haben die amerikanischen Bomber zerstört und was sich die Bauern genommen haben, hat ihnen gehört. Ihr Land haben die Bauern im kollektiven Besitz und bewirtschaften es, wie man sieht, mit großem Erfolg. Und die Arbeitszeit auf den Feldern beträgt 10 Stunden weniger als in der alten Gesellschaft, wo sie für ihre Ausbeuter schuften mußten. Ihre Priester und das, was der „Vorwärts" „natürliche Führer" nennt, haben sie auch nicht verloren, sondern sich ihrer entledigt, sie gezwungen, von eigener Hände Arbeit zu leben, und die revolutionäre Volksmacht errichtet.

Und da hakt es bei den bürgerlichen Journalistenhirnen ganz aus. So stellt der „Stern" zwar fest, daß das ganze Volk in kollektiven Organisationen zusammengefaßt ist, sich eigene Führer wählt und höchstes Organ die Nationalversammlung ist, wo „150 Bauern, 50 Arbeiter und 50 Soldaten" die Interessen des Volkes wahrnehmen. Aber für ihn kann nicht sein, daß Arbeiter, Bauern, Soldaten die Geschichte gemeinsam, daß das Volk die Geschichte macht. Sie stellten fassungslos fest: „Und niemand weiß so recht, wer an den Schalthebeln dieser ‚brutalen totalitären Diktatur' (Neue Zürcher Zeitung) sitzt." (Stern) „Unumstritten ist allein die Allmacht der ‚Angkar'. Doch niemand weiß, wer und wo ‚Angkar' ist." „Der Name allein reicht aus, ein ganzes Volk in Schach zu halten." – (h.l.)

US-Landarbeiter kämpfen für das Koalitionsrecht und Arbeitsschutz

Das Bild von den USA in Westeuropa wird geprägt von der Bourgeoisie, welche das Land beherrscht. Von den Kämpfen der Arbeiterbewegung und über die Lage der arbeitenden Klasse in der Hochburg des westlichen Finanzkapitals ist wenig zu erfahren. Wir berichten im folgenden über die Lage der Landarbeiter in Kalifornien und über die erbitterten Kämpfe, die sie seit Jahren für den Aufbau ihrer Gewerkschaften führen.

Die Farmarbeiterschaft besteht ausschließlich aus ethnischen Minderheitengruppen. Die etwa 3 Millionen Campesinos setzen sich zu 75 Prozent aus Mexiko-Amerikanern, 19 Prozent Negern und 6 Prozent Puertoricanern, Indianern und Arabern zusammen. Diese Gruppen sind billige Arbeitskräfte, sie sind meist schutzloser und weniger organisiert als die einheimischen Arbeiter. Bei Schwierigkeiten, etwa einem Streik, sind sie mit Hilfe der Behörden leicht abzuschieben und durch neu importierte Streikbrecher zu ersetzen. Viele dieser Landarbeiter (schätzungsweise eine Million) sind „illegal" ins Land geschmuggelt worden, allerdings mit stillschweigender Billigung der Ausländerbehörden.

Landarbeiter fallen in den USA unter keine Arbeitsschutzgesetze, sie haben kein Recht auf kollektive Arbeitsverträge und keinen Kündigungsschutz, keinen Anspruch auf gesetzliche Gesundheits- und Altersversorgung, erhalten keine Arbeitslosenunterstützung, keine bezahlten Feiertage, kein Urlaubsgeld und keine Überstundenvergütung. Der durchschnittliche Stundenlohn betrug 1971 1,48 Dollar, das sind 48 Prozent des Stundenlohns eines Industriearbeiters. Von diesem schon geringen Lohn behalten die „Arbeitsvermittler" oft noch den überwiegenden Teil ein für Transport, Übernachtung und überhöhte Lebensmittelpreise.

Da die Löhne so gering sind, müssen alle Familienangehörigen mitarbeiten, um überhaupt existieren zu können. So sind 800 000 der in der Landarbeit Beschäftigten Kinder unter 16 Jahren, d.h. über ein Viertel der Landarbeiter sind Kinder, und davon sind 300 000 Kinder von Wanderarbeitern, die ständig von Ernteplatz zu Ernteplatz ziehen. Folglich besucht ein Viertel der Landarbeiter-Kinder nur vier Jahre lang die Schule. 17 Prozent der Campesinos sind Analphabeten.

Die Arbeitsbedingungen: keinerlei Schutz vor Insektengift und Unfällen

Bei ihrer Arbeit sind die Landarbeiter dem tonnenweise aus Flugzeugen versprühten Insektengift ausgesetzt. Jährlich sterben zwischen 850 und 1 000 Arbeiter daran, 80 000 bis 90 000 erleiden schwere Vergiftungen, und etwa 80 Prozent aller Landarbeiter haben Vergiftungssymptome. Die Unfallrate liegt 300 Prozent über dem US-Durchschnitt. Dazu kommt eine katastrophale Gesundheitsfürsorge. So wurden z.B. 1967 nur 7,5 Dollar für einen Landarbeiter im Jahr aufgewendet gegenüber 200 Dollar pro Kopf für die übrige Bevölkerung. Die Kindersterblichkeit liegt 125 Prozent über dem Durchschnitt, und zweieinhalbmal öfter treten Tuberkulose und andere Infektionskrankheiten als Todesursache auf. Die durchschnittliche Lebenserwartung der Campesinos liegt bei 49 Jahren gegenüber 71,2 Jahren der übrigen Bevölkerung.

Ihnen gegenüber stehen einige wenige Großkonzerne, die nahezu die gesamten Obst- und Gemüseanbaugebiete besitzen. Diese Agrarkonzerne gehören oder sind verflochten mit den nationalen und internationalen Industriekonzernen wie Nestlé, Coca-Cola, United Fruit, Dow Chemicals, Bank of America, Standard Oil (Rockefeller) und ITT. 80 Prozent des bebaubaren Bodens befinden sich in den Händen von 7 Prozent der reichsten Grundbesitzer, 60 Prozent aller Landarbeiter arbeiten in 2,4 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe. Die Gewinne der landwirtschaftlichen Unternehmen in den USA betrugen 1972 20,3 Milliarden Dollar bei einem Umsatz von 60,6 Milliarden Dollar, d.h. ein Drittel des Umsatzes ist reiner Gewinn, der aus den Landarbeitern herausgepreßt wird.

Kampf um das Koalitionsrecht

Mitte der sechziger Jahre gelang es erstmals eine große Zahl der Landarbeiter in der „United Farm Workers" (UFW) zu organisieren. Diese Gewerkschaft ist unabhängig von den verschiedenen Gewerkschaftsvereinigungen und allein aus den Kräften der Campesinos aufgebaut worden. Ziel der UFW ist neben dem Kampf um höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen der Aufbau einer autonomen gewerkschaftlichen Organisation, die soziale Lage der Campesinos verbessern soll durch den Aufbau von Krankenhäusern, Lebensmittelläden, Bildungszentren u.ä. 1965 führte die UFW den ersten Streik gegen die Traubenpflanzer durch. Ziel war eine Verbesserung der Löhne und die tarifvertragliche Regelung von Arbeitsbedingungen durch die Gewerkschaft. Da der Streik von den Pflanzern immer wieder durchbrochen werden konnte, organisierten die UFW-Arbeiter zudem einen Verbraucherboykott in den gesamten USA, Kanada und später auch in Teilen Westeuropas. Die streikenden Arbeiter zogen in die Städte und riefen vor den Läden zum Boykott gegen die Trauben aus den bestreikten Gebieten auf. Dabei wurden sie von großen Teilen der Bevölkerung unterstützt.

Nach fünfjährigem Streik und Boykott, dem bis dahin längsten Arbeitskampf in der Landwirtschaft der USA, gaben sich die Kapitalisten vorläufig geschlagen. Sie erkannten die UFW als Tarifpartner an und schlossen mit ihr kollektive Arbeitsverträge, mit Krankenversicherung, Urlaubsgeld, festen Arbeitszeiten u.a.

Im gleichen Jahr begannen die Salatpflücker ihren Streik und Verbraucherboykott um die gleichen gewerkschaftlichen Rechte, die sich die Traubenarbeiter erkämpft hatten. Zwei Drittel der Ernte konnten nicht eingebracht werden. Noch stärker als bei den Traubenpflückern wurde versucht, den Streik und Boykott zu zerschlagen: Gemietete Schlägerkolonnen, Streikbrecher aus Mexiko, gesetzliche Verbote des Streiks und Boykotts, Verhaftung der Gewerkschaftsführer und verdreifachter staatlicher Kauf des Salats durch das Verteidigungsministerium waren einige der Mittel, die die Kapitalisten, die Regierung und Justiz anwandten.

Ein Erfolg dieser Kampfmaßnahmen war die Verabschiedung eines Gesetzes im Juni 1975, das erstmals den Landarbeitern das Recht gibt, sich in freien und geheimen Wahlen für eine Gewerkschaft zu entscheiden, die sie vertreten soll. Erstmals werden die Gewerkschaften als Tarifpartner anerkannt. Bei den Wahlen im Herbst 1975, die zum Teil von den Teamstern und den Pflanzern verhindert und verfälscht wurden, haben sich trotzdem zwei Drittel der Landarbeiter für die UFW entschieden. Da die Pflanzer aber sich weiterhin weigern, Tarifverträge abzuschließen, gehen die Streik- und Boykottmaßnahmen unvermindert weiter. (Die Angaben sind entnommen: Pogrom Nr. 31/1975; Viva la Huelga, Berlin 1975; Der Campesino Nr. 13; Frankfurter Rundschau, 20. Februar 1976) – (B., Frankfurt)

Die Imperialisten auf der Welthandelskonferenz

Pläne zur Verpfändung der Rohstoffe der Dritten Welt

Seit dem 3. Mai findet in Nairobi (Kenia) die 4. Welthandels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen (UNCTAD) statt. Diese Konferenz wurde 1964 auf Verlangen der Entwicklungsländer eingerichtet. Von Mal zu Mal finden sich die Imperialisten dort in einer schwächeren Position. 1974 haben die Entwicklungsländer auf der 6. Sondergeneralversammlung der UNO ein Aktionsprogramm für eine „neue Weltwirtschaftsordnung" beschlossen, um dessen Durchsetzung es nun auch in Nairobi geht. „Die entwickelten Industriestaaten wurden von der Selbstsicherheit der Entwicklungsländer überrascht", gesteht das Bundeswirtschaftsministerium in einem soeben veröffentlichten Bericht zur Rohstoffpolitik ein. Damit legt es gleichzeitig sein imperialistisches Wunschbild von Herr und Knecht offen; oder wie sonst könnte jemand „überrascht" sein, wenn die Länder der Dritten Welt, die über zwei Drittel der Menschheit umfassen, „selbstsicher" auftreten?

Die Wirkungen des „freien Weltmarktes"

Die Imperialisten behaupten und lassen es durch ihre Presse verbreiten, der freie Handel würde den Entwicklungsländern langfristig die notwendigen Einnahmen sichern, und die ausländischen Investitionen würden ihnen das notwendige Kapital zum Aufbau einer Industrie bringen. Man muß nicht lang spekulieren, ob daran etwas Wahres ist. „Freien Welthandel" und Kapitalexport gibt es schon lange.

Von Jahr zu Jahr erhalten die Entwicklungsländer für mehr ihrer Rohstoffe immer weniger Industrieprodukte von den imperialistischen Ländern. So stiegen die Preise für die fünf wichtigsten Exportgüter Afrikas in den letzten fünf Jahren um 34 Prozent, die für industrielle Importartikel hingegen um 91 Prozent. Der Erzeugerpreis für Bananen hat sich von 1953 bis 1973 halbiert, der Preis für Uhren zum Beispiel verdoppelt. Erhielten die Entwicklungsländer 1960 für 25 Tonnen Kautschuk noch sechs Traktoren, so waren es 1975 lediglich noch zwei. *Allein im letzten Jahr hat sich die Kaufkraft der Rohstoffexporte um rund 13 Prozent verschlechtert.*

Die Exporteinnahmen der Entwicklungsländer reichen somit nicht aus, um die lebensnotwendigen Importe an Düngemittel, Zement, Maschinen usw. zu bezahlen. Sie müssen Kredite aufnehmen. *Heute müssen sie für die Rückzahlung und Zinslasten dieser Kredite bereits etwa 20 Prozent ihrer*
Rückzahlung und Zinslasten dieser Kredite bereits etwa 20 Prozent ihrer
Exporterlöse aufwenden. Jede fünfte Tonne geförderten Rohstoffs bekommen die imperialistischen Geldverleiher.

So verdienen die Imperialisten doppelt. Einmal am Verkauf ihrer teuren Waren gegen billigen Rohstoff, zum anderen an den Zinsen für die Kredite, die die Entwicklungsländer aufnehmen müssen, weil sie ihrer Rohstoffe beraubt werden.

Im erwähnten Bericht zur Rohstoffpolitik schreibt die Bundesregierung: „Gerade im Rohstoffbereich muß das Investitionsklima wieder so verbessert werden, daß die Investitionsbereitschaft der Unternehmen im Interesse aller Länder erhalten bleibt." Bis Ende letzten Jahres haben die BRD-Imperialisten 12,3 Milliarden DM Kapital, das sie den westdeutschen Arbeitern abgepreßt oder schon in der Dritten Welt akkumuliert haben, in den Entwicklungsländern angelegt. Und der jeweilige Kapitalist erfreut sich bei dieser Tätigkeit der kräftigen Unterstützung aus der Steuerkasse. Er tätigt die Investitionen, weil er sich einen höheren Profit in dem betreffenden Land verspricht. Er muß niedrigere Löhne zahlen, kann moderne Technik mit hohem Kapitalaufwand anwenden und so Landwirtschaft, Handwerk oder die bescheidene einheimische Industrie vollends kaputt machen. Zum Beispiel baut er eine Fabrik zur Herstellung von Plastikschuhen, um vielleicht 40 Arbeiter für einen Hungerlohn auszubeuten, und vernichtet damit die Arbeitsplätze einiger hundert kleiner Produzenten, die bisher Lederschuhe hergestellt haben. Und das ist noch ein harmloses Beispiel.

Beherrschungsstrategien

Die Imperialisten haben nichts im Sinn mit der Entwicklung des Landes und der menschlichen Produktivkraft, sondern nur ihren Höchstprofit, maximale Ausbeutung, Beherrschung des Landes.

Wie dies noch zu verfeinern sei, darüber verständigen sich die Kapitalisten ab und zu auf exklusiven Tagungen. So jüngst auf einer Tagung der „Société für Unternehmensplanung und Personalberatung" in Zürich. U.a. wurden dort folgende Ratschläge erteilt: „Joint-Ventures (das sind Investitionen gemeinsam mit einheimischem Kapital) und Lizenzabkommen sollten an den Bezug wichtiger Komponenten oder Materialien gekoppelt werden, so daß der *Ertrag* über die Preisgestaltung der *vom Stammwerk* gelieferten Komponenten *gesichert werden kann*. (...) Offensive Maßnahmen sind die Ausdehnung der Produktion bei gleichzeitiger *Erhöhung der Abhängigkeit* von Zulieferung technologisch komplizierter Teile sowie von der Exportorganisation des Stammwerks. (...) Ein wichtiger Schutz besteht darin, den Export-Vertrieb ausländischer Zweigwerke in *eigener Regie* zu behalten, weil die Regierungen der Gastländer meist stark auf Devisen und die durch Export geschaffenen Arbeitsplätze angewiesen sind." (Blick durch die Wirtschaft, 5. Februar) Geleitet wurde dieses Räubertreffen von dem Professor Haner aus Delaware (USA).



„Gegen jeden Dirigismus im Welthandel" wie sie sich wenden, erklärt die Bundesregierung. Sie meint damit die Erhaltung und Ausweitung zügelloser Ausbeutung und Unterdrückung. In dem Bericht zur Rohstoffpolitik schreibt sie: „Die Erfahrung zeigt, daß es bei gezielten Investitionen auch heute noch möglich ist, direkten Zu-
heute noch möglich ist, direkten Zu-
gang zu Rohstoffvorkommen und damit unmittelbaren Einfluß auf Produktion und Vermarktung der Rohstoffe zu gewinnen." Da ist schon ziemlich deutlich, was wirklich gemeint ist.

Kissingers Weltrohstoffbank

Hoch rechnet es sich die Bundesregierung bei ihren Kapitalisten an, zusammen mit den USA und Japan „eine besonders kritische Haltung gegenüber den Vorstellungen der Entwicklungsländer" einzunehmen. Einen vor hinterhältiger Genialität in diesem Sinne strotzenden Vorschlag hat der US-Außenminister Kissinger gelandet. Er will eine „*Weltrohstoffbank*" gegründet sehen, die den imperialistischen Konzernen internationale Garantien gibt, wenn sie die Rohstoffe der Entwicklungsländer verstärkt ausbeuten. Und der Clou an der Geschichte besteht darin, daß als Sicherheit für die Geldgeber die zukünftige Produktion herhalten soll. Dieser Vorschlag richtet sich gegen die Forderung der Dritten Welt nach einem *integrierten Rohstoffabkommen*. Durch Bildung großer Ausgleichs-Lager sollen die starken Preisschwankungen ausgeglichen werden. Bei niedrigen Preisen tritt das Lager als Käufer auf, um den Preis zu stabilisieren. Bei steigenden Preisen verkauft das Lager wieder und drückt gleichzeitig auf den Preis. Gleichzeitig ist damit ein Hebel gegeben, die Rohstoffpreise jeweils an die steigenden Fertigwaren-Preise anzupassen. Finanziert werden soll das Lager von den Rohstoffexport- und -import-Ländern.

Mit dieser Maßnahme, die zehn Rohstoffe und etwa ein Viertel des gesamten Exports umfaßt, wurde der Ausplünderung per „freiem Welthandel" entgegengewirkt. Dagegen bedeutet der Vorschlag des Bankengründers Kissinger Verpfändung der Rohstoffvorkommen der Dritten Welt an die Rohstoffbank, womit die Imperialisten sich eine rechtliche Grundlage verschafft hätten, ein Land zu besetzen zwecks Sicherung seiner verpfändeten Rohstofflager.

Zu diesen Absichten erklärte der Generalsekretär der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) William Eteki, sie würden „kein Vertrauen einflößen". (Guardian, 13. Mai)

Der Sozialimperialismus mischt mit

Zu diesem Plan hat sich auch die Sowjetunion sofort geäußert. Nicht daß sie die Weltrohstoffbank als ein weiteres Unterdrückungsinstrument neben Weltbank und Währungsfonds abgelehnt hätte. Bitter hat sie sich beklagt, daß dadurch die internationalen Konzerne einseitig bevorzugt würden und „Länder mit anderer Gesellschaftsordnung" – womit sie sich meint – von der Rohstoffausbeute ausgeschlossen würden. Die Rohstoffe müßten aber allen zugänglich bleiben. Über das von ihr vorgelegte Verhandlungspapier berichtet dpa, daß es „auf etliche Entwicklungsländer enttäuschend wirkte. In dem Papier wird mit keinem Wort der von der Dritten Welt geforderte ‚gemeinsame Rohstoffonds' erwähnt, der Einzahlungen von 6 Milliarden Dollar vorsieht. Westliche Beobachter meinten, in manchen Zügen käme dieses Papier westlichen Vorstellungen näher als denen der Dritten Welt."

Weiter erfährt man aus der „Neuen Zürcher Zeitung" vom 13. Mai: „Zur Forderung eines generellen Schuldenmoratoriums durch die Entwicklungsländer verhielt er (der Delegierte der Sowjetunion) sich äußerst zurückhaltend. Die Sowjetunion könne keine Regeln akzeptieren, die ihre eigenen Verfahren nicht berücksichtigen." Bekanntlich läßt sich die Sowjetunion ihre Kredite in der Regel direkt in Warenlieferungen zurückzahlen, womit sie – in Ergänzung zu den „gemeinsamen Unternehmen" – besser die Preise drücken und sich direkten Einfluß auf die Produktion des Landes verschaffen kann. Zur Forderung der Angleichung der Preise für Rohstoffe an die Preise für Fertigwaren hat sie schon auf der 7. UNO-Sondervollversammlung letzten Herbst geäußert: „Das ist jedoch eine sehr komplexe Frage, die noch näher untersucht werden muß."

Lange werden sich die Länder der Dritten Welt mit solchem Geschwätz nicht abspeisen lassen. Letzte Woche mußten sich die Imperialisten von dem Vertreter des Iran sagen lassen, es genüge nicht, auf der Konferenz „beredsam" die Probleme aufzuwerfen „und dann den Hauptthemen auszuweichen". – (fb)
chen". – (fb)

28. Jahrestag der Gründung des Staates Israel

Zionistische Propagandatournee abgebrochen

Kaiserslautern. „Wir bringen Euch den Frieden" – unter diesem Motto wollte eine Folkloregruppe der israelischen Gewerkschaftsjugend am 11.5. in Kaiserslautern mit einem Gastspiel Stimmung für den zionistischen Besatzerstaat machen. Eingeladen hatten die Jusos, die Falken und die DGB-Jugend.

Die Israelis haben dem palästinensischen Volk seit Anfang dieses Jahrhunderts Krieg gebracht. Ihr Staat beruht auf der Unterdrückung und Vertreibung des palästinensischen Volkes. Diese Wahrheit soll mit derartigen „Friedensgastspielen" aus der Welt geschafft werden. Um dieses Ziel der Zionisten zu verhindern und die gerechten Ziele des palästinensischen Volkes darzulegen, hatte die Ortsgruppe des KBW vor der Veranstaltungsort Flugblätter verteilt, in denen die Geschichte des Kolonialstaates Israel aufgezeigt wurde sowie Transparente entrollt mit den Aufschriften „Es lebe der Kampf des Volks von Palästina" und „Nieder mit dem zionistischen Besatzerstaat". In einer kurzen Kundgebung wurden die Ziele der zionistischen Propagandatruppe entlarvt und zur Unterstützung des Kampfes der Palästinenser aufgerufen. Sofort entbrannten hitzige Debatten mit den Zionisten. Deren Argumente beschränkten sich auf folgende: „Die Araber sind nicht mal die Kugeln wert, mit denen man sie umlegt", „Euch sollte man allesamt verprügeln", und die eiligst herbeigerufene Polizei sperrte sofort das Veranstaltungsgebäude ab und verwehrte den Mitgliedern der Ortsgruppe den Zutritt zur Veranstaltung. Dies alles stieß auf große Empörung bei den umstehenden Menschen und weckte das Interesse und die Solidarität mit dem Kampf des palästinensischen Volkes.

Dieses Vorgehen wurde dann mit einem Flugblatt in der Auflage von 3000 in der ganzen Stadt bekanntgemacht. In dem Flugblatt wurde noch einmal die blutbefleckte Geschichte des Zionistenstaates dokumentiert und zu einer Solidaritätsveranstaltung mit dem Kampf des palästinensischen Volkes aufgerufen.

An der Veranstaltung nahmen 65 Menschen teil, die allesamt ihre vorbehaltlose Unterstützung der Palästinenser zum Ausdruck brachten. In seinem Schlußwort sagte der Redner des KBW: „Morgen, am 15. Mai, begeht der zionistische Besatzerstaat seinen 28. Jahrestag. Grund zum Feiern haben die Zionisten nicht. Denn noch einmal 28 Jahre wird dieser Staat nicht bestehen. Die Tage des Staates Israel sind gezählt. Das palästinensische Volk wird seine gerechten Forderungen ohne Zweifel durchsetzen. Hierbei hat es unsere Unterstützung." Die Versammlung wurde mit dem weltweiten Kampflied der Arbeiterklasse, der Internationale, beschlossen.

Wie inzwischen zu erfahren war, hat die zionistische Propagandatruppe „nach dem Fiasko in Kaiserslautern" ihre Tournee abgebrochen. – (g., Kaiserslautern)

„Das Volk von Ost-Timor wird siegen"– Interview

Algier. (Hsinhua, 11.5.) „Das Volk von Ost-Timor wird seine Waffen so lange nicht niederlegen, wie ein Zentimeter seines Bodens sich noch unter fremder Besatzung befindet." Das erklärte Said Mari Alkatiri, Staatsminister der Demokratischen Republik von Ost-Timor in einem Interview mit der algerischen Zeitung El Moudjahid am 11. Mai. Er sagte weiter: „Zuerst werden wir uns auf unsere eigenen Kräfte stützen, um den überaus harten Kampf gegen die indonesischen Truppen fortzusetzen." „Die indonesische Regierung hat definitiv erklärt, es würde sie drei Tage kosten, um den Kampf zu liquidieren, der geführt wird von der Revolutionären Front für ein Unabhängiges Ost-Timor und vom Volk von Ost-Timor." „Aber", fuhr der Minister fort, „der Krieg, den sie gegen uns entfesselten, dauert schon neun Monate." Der Minister bemerkte, daß der größte Teil des Landes nach wie vor von der Revolutionären Front für ein Unabhängiges Ost-Timor kontrolliert wird. „Wir sind sicher, daß wir am Ende siegen werden, denn unser Kampf ist gerecht und das Volk unseres Landes ist entschlossen, bis zum Ende zu kämpfen." „Die Geschichte hat bewiesen", hob der Minister hervor, „daß ein organisiertes und mobilisiertes Volk die einzige Kraft ist, um sein eigenes Schicksal zu bestimmen und seine eigene Geschichte zu schreiben." Minister Alkatiri und die von ihm geleitete Delegation trafen am 8. Mai in zu einem Besuch Algeriens ein.



Das Volk von Namibia führt den bewaffneten Befreiungskampf gegen die weiße Rassistenherrschaft. Die Operationen der Volksbefreiungsarmee von Namibia werden täglich wirksamer.

Die Kolonialisten verstärken die Unterdrückung in Namibia

Das südafrikanische Kolonialisten-Regime hat seine Unterdrückungsmaßnahmen weiter verschärft. Ein neuer Erlaß soll der Regierung erlauben, jeden auf unbegrenzte Zeit im Gefängnis eingekerkert zu halten, der „die Sicherheit des Staates oder die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung gefährdet". So wie das Gesetz am 4. Mai in das südafrikanische Parlament der Kolonialisten eingebracht wurde, berichtet der „Guardian" vom 5., würde für die Staatsorgane ein Gerichtsverfahren nicht erforderlich sein, um das Gesetz gegen jemanden einzusetzen. Es fordert auch das Verbot aller Publikationen, die als gefährlich anzusehen seien, mit den gleichen völlig offenen Kriterien. Bezeichnend für die Absichten der südafrikanischen Kolonialisten bezüglich Namibia ist, daß das Gesetz zum ersten Mal einen Passus enthält, der es auch im von Südafrika besetzt gehaltenen Namibia anwendbar macht. Gegen den in letzter Zeit verstärkten bewaffneten Befreiungskampf der SWAPO soll beschleunigt eine fast 1 km breite Pufferzone entlang der nordöstlichen Grenze mit Angola errichtet werden. Die „Le Monde" vom 14.5. berichtet außerdem, daß zwei Mitglieder der SWAPO wegen ihrer Zugehörigkeit zu dieser weltweit anerkannten rechmäßigen Vertretung des Volkes von Namibia am 12. Mai zum Tode verurteilt wurden.

Das sind verzweifelte und vergebliche Maßnahmen, um die Entfaltung des bewaffneten revolutionären Befreiungskampfes der Völker im südlichen Afrika zu unterdrücken. Das rhodesische Siedlerregime meldet, daß allein in den letzten beiden Wochen 111 Menschen getötet wurden, darunter viele von ihm umgebrachte Zivilisten und von den Befreiungskämpfern getötete rhodesische Soldaten.

ZANU-Kleidersammlung des KBW für die Zimbabwe-Befreiungskämpfer in den Lagern in Mocambique

Am 27.5. gehen weitere etwa 10 Tonnen und zahlreiche Schreibmaschinen, Tonbandgeräte, Radios etc. von Hamburg nach Mocambique ab.

Auslieferung nur für diesen Transport (nächster in zirka 6 bis 8 Wochen) bis 22.5. bei Glatzer, Hamburg 13, Schröderstift Str. 34, Schröderstift Haus 12

Spenden im KBW-Büro Tel. 040 / 38 21 68 voraus ankündigen.

Spendenkonto ZANU-Zimbabwe, Volksbank Mannheim Kto Nr. 1068326

Der 9. Parteitag der SED

Düstere Zukunftsaussichten für die neuen Ausbeuter

Seit Dienstag dieser Woche tagt in Berlin der 9. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Die auf ihm gehaltenen Reden sind durchzogen von der Ankündigung, man werde die „grundlegen Voraussetzungen für den allmählichen Übergang zum Kommunismus" schaffen. Vergegenwärtigt man sich die wirklichen Probleme, die auf diesem Parteitag nicht zur Sprache kommen werden, erscheinen diese Ankündigungen als das, was sie sind: Schall und Rauch.

Außenpolitische Bilanz

An erster Stelle steht auf diesem Parteitag die pausenlos wiederholte Beteuerung, alle Erfolge der letzten fünf Jahre seien auf die unverbrüchliche Freundschaft mit der UdSSR zurückzuführen. Diese Bindung an die UdSSR ist im vergangenen Jahr erneut durch den Freundschaftsvertrag mit der UdSSR unterstrichen worden. Aber freilich ist das eine seltsame Feundschaft, untersucht man die Freundschaftszeichen, die da gewechselt werden.

Der erste Freundschaftsakt der UdSSR in den vergangenen fünf Jahren bestand darin, daß die UdSSR auf der Souveränität der DDR herumtrampelte. Noch 1955 hatte die UdSSR in einem Vertrag die uneingeschränkte Souveränität zugebilligt. 1971 schloß die UdSSR mit den USA, Großbritannien und Frankreich das bekannte Viermächte-Abkommen über Berlin. Darin wird erstmals der BRD in einem internationalen Vertrag, der die Unterschrift der UdSSR trägt, der Anspruch auf „Bindungen" Westberlins an die BRD bestätigt. Bekanntlich führen diese „Bindungen" über das Territorium der DDR. Nach ihrer Zustimmung zu dem Abkommen wurde die DDR von den vertragsschließenden Parteien nicht gefragt.

Als Erfolg wird auf dem Parteitag angepriesen werden, die DDR hätte die internationale Anerkennung als souveräner Staat erlangt. Alle Beteiligten, auch die Verfasser der Parteitags-Dokumente, wissen, daß dies nicht der Fall ist. Nimmt man den ganzen Wust der Ostverträge, bis hin zu den Abmachungen von Helsinki, bleibt in dieser Frage unter dem Strich nur eins: Die westdeutsche Bourgeoisie kann heute in ihren Zeitungen, in ihrem Parlament und wo auch immer verkünden, ihr ginge es darum, die „deutsche Frage" offenzuhalten, und dies sei ihr mit den Ostverträgen gelungen. Richtig. Die westdeutsche Bourgeoisie erhebt weiterhin den Anspruch auf die Eingliederung der DDR in ihren Staat. Und sie hat sich auf diplomatischem Weg, durch den Austausch von Noten und die Abgabe von Erklärungen von allen Vertragspartnern der Verträge bestätigen lassen, daß sie das Recht hat, diesen Anspruch zu vertreten.

Der imperialistischen Politik der UdSSR kann das nur recht sein. Wenn die DDR so von außen bedroht ist, wenn die westdeutsche Bourgeoisie inzwischen die Hand an die Brechstange, mit der die deutsche Frage offen gehalten werden kann, an Berlin, hat legen können, so sind das sichere Garantien dafür, daß die Führung der DDR an die UdSSR gekettet bleibt. Man nennt dies in den Parteitagsdokumenten unverbrüchliche Freundschaft.

Sie geht mit Truppenaufmärschen einher. So war die DDR bei der weltweiten Mobilisierung der NATO und des Warschauer Paktes im Oktober 1973 eines der Aufmarschgebiete für die Truppen der UdSSR, wie dies die BRD für die USA war. Das letzte Glied in der Kette dieser Freundschaftsbeweise war, daß die UdSSR einen Teil ihrer Waffentransporte bei der Einmischung in Angola durch die Handelsflotte der DDR durchführen ließ.

Wirtschaftliche Entwicklung

Am Beginn der vergangenen fünf Jahre, deren Bilanz der Parteitag zieht, steht ein Flammenzeichen des Klassenkampfes der internationalen Arbeiterklasse: die großen Streiks und Demonstrationen der polnischen Arbeiterklasse an der Jahreswende 1970/71. Dieses Ereignis war ein Signal für alle Länder im Einflußbereich der UdSSR und für die UdSSR selber: Teile der polnischen Arbeiterklasse setzten sich unter roten Fahnen gegen die Restauration des Kapitalismus zur Wehr. Sie traten der schamlosen Ausplünderung auf dem Warenmarkt entgegen.

Das zwang auch die neue Ausbeuterklasse der DDR zu vorsichtigem Taktieren. Die staatliche Subventionierung von Gütern des Massenbedarfs wurde beibehalten. Freilich konnte die neue Ausbeuterklasse der DDR dies nur tun, indem sie den Angriff auf die Lebensbedingungen der Arbeiterklasse woanders führte. Blättert man die Zeitungen und Zeitschriften der SED aus den letzten Jahren durch, schreit einem von jeder Seite die Lösung entgegen, die die neue Ausbeuterklasse zu finden versuchte. Die Hauptschlagworte dieses Lösungsversuches sind die Schlagworte der kapitalistischen Restauration. Statt der Verwirklichung der Losung: Jedem nach seiner Leistung!, heißt es: Wenn du mehr essen willst, mußt du mehr, schneller und besser als die anderen arbeiten.

Die wichtigsten Tatsachen der inneren Entwicklung der DDR in den letzten fünf Jahren sind dementsprechend. Es ist die ungeheure Intensivierung der Arbeit. Es ist die Heranziehung von Hundertausenden von Arbeitern zu dem einen Zweck: in immer mehr Zweigen der Wirtschaft zum Dreischichtbetrieb oder zum Betrieb rund um die Uhr überzugehen. Das ist natürlich ein Hohn auf die alte Forderung der Arbeiterbewegung, die Nachtarbeit auf diejenigen Zweige der Produktion zu beschränken, in denen sie aus technischen Gründen unumgänglich ist. In der DDR hat der Betrieb rund um die Uhr längst auch den Braunkohlen„tage"bau und die Landwirtschaft erfaßt.

Hinzu tritt ein Prämiensystem, das, neben der Bereicherung für die höheren Etagen im Betrieb, für die Arbeiter gar nichts anderes bedeutet, als daß es überhaupt keine Arbeit mehr gibt, die nicht Akkordarbeit oder akkordähnliche Arbeit ist.

Hatte die DDR-Führung gehofft, mit diesen Maßnahmen den Bedarf der Bevölkerung an Waren zu befriedigen, sah sie sich 1975 um den größten Teil der Mühen (der Mühen der Arbeiter wohlgemerkt) betrogen: Die UdSSR erhöhte die Preise für ihre Rohstofflieferungen enorm und wird sie in Zukunft jedes Jahr der Entwicklung auf dem Weltmarkt entsprechend anpassen.

Für die DDR bedeutet das, wie auf der 16. Tagung des Zentralkomitees der SED bekanntgegeben wude, daß sie voraussichtlich in den Jahren 1976 bis 1981 statt 28 Milliarden Rubel für die Lieferungen der UdSSR 40 Milliarden Rubel zahlen muß. Das gibt noch keinen Block Stahl und keinen Tropfen Erdöl mehr für die DDR. Bezahlen kann die DDR das nur, wenn durch weitere Intensivierung, durch weitere Ausweitung der Schichtarbeit zusätzlich Waren im Wert von 12 Milliarden Rubel allein für den Export hergestellt werden. Für dieselbe Menge Öl oder Stahl müssen jetzt drei statt zwei Werkzeugmaschinen, drei statt zwei Traktoren geliefert werden. Dabei ist an eine Verbesserung der Versorgung der Arbeiterklasse, die diese ungeheure Steigerung in der Verausgabung von Arbeit erbringen muß, noch gar nicht gedacht.

Schließlich sieht sich die DDR dem beständigen Druck der UdSSR ausgesetzt, Tausende von Arbeitern und Kapital für Projekte, die sich die UdSSR im eigenen Land von den kleineren RGW-Ländern bauen läßt, abzustellen. So zum Beispiel für die Erdgasleitung Orenburg–Westgrenze der UdSSR.

Die Bilanz sieht für die neue Ausbeuterklasse also auch hier nicht gut aus. Im Nacken die imperialistische UdSSR, die sie an sich kettet und darauf pocht, sich ihre Freundschaft mit Waren, Arbeitskräften und in bar bezahlen zu lassen. Und vor sich die Arbeiterklasse, die beginnen könnte, sich zu rühren wie 1970/71 in Polen. Und die UdSSR ist unwillig, ist ihr doch der ungeheure Profit, den sie aus den Preissteigerungen für Rohstoffe 1975 eingestrichen hatte, wie Schnee an der Sonne dahingeschmolzen: Es ist alles wieder draufgegangen für die Weizenkäufe in den USA, in Kanada, in Australien nach der verheerenden Mißernte.

Was auf dem Parteitag verhandelt wird, ist so alles andere als eine klare Perspektive. Die wirtschaftlichen Steigerungsraten, die die Planung vorsieht und von denen die DKP in ihrer Propaganda hier sehr viel hermacht, sind darauf zurückzuführen, daß bis in den Beginn der 80er Jahre geburtenstarke Jahrgänge in den Arbeitsprozeß eingegliedert werden. Die SED plant, diesen Zuwachs vor allem zur weiteren Ausweitung der Schichtarbeit zu nutzen.

Ob sich damit eine Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung erreichen läßt, kann man bezweifeln. Denn was in den nächsten Jahren die UdSSR für ihre Rohstoffe verlangen wird, weiß heute niemand. Klar ist jedoch schon heute, daß ein Großteil des wirtschaftlichen Zuwachses die Gestalt von Warenlieferungen an die UdSSR annehmen wird. – (mo)

Sowjetunion:

Mitglied im internationalen Kernreaktorenkartell

Der jüngst erschienene „Strategische Überblick 1975" des „Internationalen Instituts für strategische Studien" in London erhält die bemerkenswerte Information, daß die UdSSR mit anderen imperialistischen Ländern ein internationales Kernreaktorenkartell gegründet hat.

Der Hintergrund ist schnell skizziert. Nachdem die imperialistischen Staaten USA, Großbritannien und Frankreich ihre Kernwaffenarsenale gefüllt hatten und die UdSSR die Farbe gewechselt hatte, heckten sie den Atomwaffensperrvertrag aus, dessen Zweck es ist, daß die genannten Mächte sich das Monopol des Kernwaffenbesitzes sichern. (Frankreich ist dann dem Vertrag nicht beigetreten, hat aber versichert, es werde die Abmachung respektieren.)

Gleichzeitig sind diese Staaten sowie Westdeutschland, Japan und Kanada brennend daran interessiert, Milliardengeschäfte mit Kernreaktoren zu machen. Das Problem besteht für sie nun darin, daß bei bestimmten Kernreaktoren während der Energieerzeugung auch neues spaltbares Material anfällt, das zur Herstellung von Atomwaffen verwendet werden kann. Wollen die genannten Staaten das Geschäft mit den Reaktoren machen, müssen sie gleichzeitig ein Kontroll- und Überwachungssystem einführen, das ihnen das Kernwaffenmonopol schützt und dies in den Lieferverträgen beim Verkauf von Reaktoren absichert.

Das Institut für strategische Studien meldet nun: Februar 1975 begannen geheime Verhandlungen zwischen Vertretern der UdSSR, der USA, Japans, Westdeutschlands, Kanadas, Frankreichs und Großbritanniens, die das ganze Jahr über dauerten. Die Verhandlungsrunde hat den Namen „Suppliers Club" (Klub der Lieferanten). Zum Zweck der Verhandlungen heißt es: „Der Klub verbindet den Zweck eines ausdrücklich abzuschließenden Vertrages über einen Modellvertrag für die Lieferverträge für Exportgeschäfte mit Kernreaktoren mit dem Zweck eines impliziten Übereinkommens, daß jedes Klubmitglied einen bestimmten Marktanteil erhält – was implizit auch Sanktionen gegen Verletzungen vorsieht."

Weiter heißt es, die Runde hätte die angestrebten Übereinkünfte Ende 1975 erzielt, und zu Beginn des Jahres 1976 hätten die beteiligten Regierungen ihre Zustimmung zum Verhandlungsergebnis gegeben. Ausdrücklich weist das Institut darauf hin, daß die Runde erstrebte, die Angelegenheit aus der Öffentlichkeit herauszuhalten, „besorgt, es könne mögliche Anprangerungen wegen Monopolpraktiken geben".

Soweit die Information des Londoner Instituts. Lenin hat in seiner Schrift über den „Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus" auf die weltweiten Kartelle der Elektromonopole, Petroleummonopole, Schiffartsmonopole, Schienenmonopole und Zinkmonopole vor 1914 hingewiesen. Ganz ohne Zweifel ist das 1975 gegründete Kernreaktorenkartell eines der wichtigsten unserer Tage.

Es ist keineswegs dazu angetan, die Gefahr eines kriegerischen Zusammenstoßes zwischen den imperialistischen Mächten zu beseitigen. Vielmehr beweist es nur, bis zu welchem Grad die kapitalistischen Monopole jetzt angewachsen sind **und worum der Kampf zwischen den Kapitalistenverbänden geht.** Die Stufe der Konzentration zwingt die Imperialisten, diesen Weg zu beschreiten, um Profite zu erzielen.

Und die UdSSR ist selbstverständlich vollwertiges Mitglied in diesem imperialistischen Kartell. Ein weiteres Stück der scheinsozialistischen Tapete blättert ab.

Die UdSSR-Presse, sonst mit Dementis jeglicher Art äußerst verschwenderisch, hüllt sich, wie sich das für ein ehrenwertes Klubmitglied im „Klub der Lieferanten" gehört, in dezentes Schweigen. – (Mo)



Bei Wolgodonsk am Don-Wolga-Kanal hat die Sowjetunion mit dem Bau eines spezialisierten Großbetriebes für die Produktion von Atom-Reaktoren am Fließband begonnen. Trotz Kartellen zwischen den großen Reaktorbau-Monopolen wird der Kampf um die Weltmärkte an Heftigkeit zunehmen.

Der Kapitalismus richtet die Gesundheit der Arbeiterjugend zugrunde

Die Jugend der Arbeiterklasse kann in dieser Gesellschaft mit einer vernünftigen Ausbildung und mit einem Arbeitsplatz nicht rechnen. Das müssen inzwischen sogar die bürgerlichen Parteien zugeben, die es dann freilich für ein vorübergehendes Übel erklären, was sie demnächst lösen würden. Ein großartiger Trost, daß nur vorübergehend große Teile der jungen Generation zugrundegerichtet werden. Aber nicht nur Ausbildung und Arbeitsplatz sind nicht gesichert. Nicht einmal das gesunde Aufwachsen der Jugend des Volkes kann die Kapitalistenwirtschaft garantieren. Gegenwärtig werden an vielen Schulen die Sportstunden zusammengestrichen, was sich unmittelbar auf die Gesundheit der Jugendlichen auswirkt.

Laut Stundenplan sollen in der BRD wöchentlich 2,11 Schulstunden Sportunterricht durchgeführt werden; in den Hauptschulen 1,93 Stunden, den Sonderschulen 2,07 Stunden und in den Gymnasien 2,37 Stunden. Tatsächlich fallen jedoch 30 bis 40 % der Sportstunden aus. Dabei ist es so, daß schon die staatlich verordneten Sportstunden sowie die Ausstattung der Schulen überhaupt nicht ausreichen, um der körperlichen Verelendung der Jugendlichen entgegenzutreten.

Die Lebensbedingungen der arbeitenden Klassen zerstören die Gesundheit der Jugendlichen

Die Wohnung bietet nicht die Bedingungen, die ein gesundes Aufwachsen erfordert. So sollen die Kinderzimmer eine Größe von 12 qm haben, was schon zu klein ist. Der „soziale" Wohnungsbau sieht nur 8 qm vor, die DIN-Norm ist 6,2 qm. Dabei ist es in aller Regel so, daß diese Zimmer von zwei und mehr Kindern bewohnt werden. Rumtoben, Poltern und Schreien ist nicht möglich, auch schon deswegen, weil die meisten Mietwohnungen in Blocks liegen, wo ein lärmendes Spiel wegen der dünnen Wände zur Belästigung der Nachbarn führt. Das führt zu starker Beeinträchtigung der körperlichen Entwicklung, so leiden Kinder unter 12 Jahren in Etagenwohnungen doppelt so häufig an Atemerkrankungen wie z.B. die Bourgeoiskinder, denen es in den Villen und Gärten nicht an Spielmöglichkeiten fehlt. Millionen von Wohnungen erfüllen nicht die minimalsten hygienischen Voraussetzungen. 800000 Familien leben in Baracken. 7 Millionen Wohnungen (35 % aller Wohnungen) haben weder Bad noch Dusche, 4,8 Millionen Wohnungen sind an keine Kanalisation oder Hauskläranlage angeschlossen.

sind an keine Kanalisation oder Hauskläranlage angeschlossen.

Die gesetzlichen Spielplätze – sofern überhaupt vorhanden – bieten keine Alternative. Das Nürnberger Städtebauinstitut hat die westdeutschen Spielplätze getestet und kommt zu folgendem Ergebnis: „Einfallslos geplant, völlig ungepflegt, total verwahrlost." So wird die Straße zum Hauptbetätigungsfeld der Jugendlichen.

Die Ergebnisse dieser Lebensbedingungen schlagen sich nieder in den schulärztlichen Untersuchungen. 30,3 % der Jungen und 27,2 % der Mädchen wiesen 1974 in Hamburg „Befunde mit Krankheitswert" auf, im wesentlichen Haltungsschwächen und -schäden, Fußschäden und Fettsucht, also unmittelbar durch Bewegungsmangel begünstigte oder verursachte Krankheiten. Dabei muß bei diesen Zahlen beachtet werden, daß behördlicherseits in der Regel von einer eingeschränkten Definition von Krankheit ausgegangen wird: „Nur die Fehler haben Bedeutung, die zu einer Leistungsminderung führen."

Schulsport: ein Tropfen auf den heißen Stein

„Nicht eine wunderschöne Turnhalle mit allem Drum und Dran ist entscheidend. Viel wichtiger sind die, die darin lehren", predigte einst Helmut Schmidt und spielt damit mit geradezu klassischer Demagogie einen Mißstand gegen den anderen aus. Denn weder die Sportlehrerqualifikation noch Anzahl und Ausstattung der Sporthallen genügen in irgendeiner Weise den Anforderungen. An den Hamburger Haupt- und Sonderschulen werden nur 9,3 % bzw. 6 % des Sportunterrichts von voll ausgebildeten Sportlehrern durchgeführt. Ein größerer Teil von Lehrern hat noch eine Ausbildung im Rahmen der Zweitfachausbildung im Referendariat erhalten. Aber 48,1 % des Unterrichts wird von Lehrern durchgeführt, die nie eine Ausbildung für dieses Fach bekommen haben, an den Sonderschulen sind es sogar 62,1 %. Damit fehlt diesen Lehrern so ziemlich jedes Wissen darüber, wie man körperliche Mängel bei Kindern erkennt. Und auf jeden Fall haben sie keine Ahnung davon, wie man einen Sportunterricht durchführt, der diesen Mängeln zumindest ansatzweise entgegentreten kann. So bewegt sich die Unterrichtspraxis denn auch meist zwischen Übungen, ‚die nicht schaden können' (Fußball, Völkerball), und den Disziplinen, die für die ein- bis zweimal im Jahr stattfindenden Bundesjugendspiele einzuüben sind.

Der Hamburger Bildungssenator Apel verkündete 1975, Hamburg könne stolz darauf sein, was es im Bau von Turnhallen geleistet hätte. Diese Erfolgsmeldung hatte ihre Ursache allerdings nicht im verstärkten Bau von Turnhallen, sondern in der Veränderung der Berechnungsgrundlage. Das ist auch entschieden billiger. Obendrein wurde knapp die Hälfte der Turnhallen, die bis 1978 gebaut werden sollten, nämlich 28, aus „Krisengründen" vom Senat gestrichen.

In Hamburg können lediglich 44 % der Sportstunden mit einer Klasse in der Halle durchgeführt werden, 25 % der Stunden müssen mit zwei oder mehr Klassen in der Halle und 11 % gleich in der Aula oder Pausenhalle gemacht werden. Für 11 % der Sportstunden stehen noch nicht einmal diese Räumlichkeiten zur Verfügung. Von 485 Sporthallen wird in 250 nach dem Motto „Raum ist in der kleinsten Hütte" geturnt. 85 der Sport„hallen" sind kleiner als 200 qm, 12 gar kleiner als 100 qm. In jeder vierten Lernbehindertenschule gibt es keine Turnhalle, also keinerlei Voraussetzungen für eine ordentliche Leibeserziehung. Um diese Verhältnisse richtig würdigen zu können, muß noch die Anzahl der Sportstunden beachtet werden, die weiter oben aufgeführt ist.

Die Qualität des unter diesen Bedingungen durchgeführten Sportunterrichtes ist zu messen daran, wie er den körperlichen Schwächen und Schäden der Kinder und Jugendlichen entgegenwirkt. In Hamburg sind, bezogen auf Haltungsschäden und -schwächen, folgende Zahlen von 1964 bekannt: Bei den 6-jährigen hatten 32 % diese Krankheit, bei den 10-jährigen 50 % und bei den 13-jährigen 57 %. Da wird sich bis heute nicht viel geändert haben, zumindest nicht in positiver Richtung.

Bei den Schulabgängern z.B. in Baden-Württemberg mußten 1970 bei 31 % der männlichen und 32,5 % der weiblichen Jugendlichen mehrere Einschränkungen für berufliche Tätigkeiten empfohlen werden. Insgesamt sind in der BRD 10 % aller Schulentlassenen ungeeignet für Berufe in Industrie und Bergbau.

Durch die Ausbeutung der jugendlichen Arbeitskraft wird die Gesundheit ruiniert

Mit dem neuen Jugendarbeitsschutzgesetz wird die jugendliche Arbeitskraft der verschärften Ausbeutung preisgegeben. Wenn dies neue Gesetz der Willkür der Kapitalisten auch kaum noch Grenzen setzt, so muß man doch sehen, daß damit zu einem erheblichen Teil schon lange bestehende Zustände legalisiert werden. So hat eine Untersuchung vor einigen Jahren in Hessen ergeben, daß 61,9 % der Jugendlichen zwischen 16 und 18 Jahren weitaus länger am Tag als 8 Stunden arbeiten mußten, teilweise bis zu 71 Stunden die Woche. In Nordrhein-Westfalen wurde festgestellt, daß 26,3 % der Jugendlichen Akkordarbeit verrichten oder mit Arbeitern zusammenarbeiten, die im Akkord stehen. In Hamburg wurde bei einer Inspektion von 1 169 Kleinbetrieben bei 19 % der Betriebe Verstöße gegen die Pausenregelung vermerkt. Diese Aufzählung ließe sich fast beliebig fortsetzen.

Dabei lohnte sich der Verstoß gegen das Jugendarbeitsschutzgesetz für die Kapitalisten allemal. So werden nur etwa 5 % aller tatsächlichen Verstöße bei den Gewerbeaufsichtsämtern registriert. Von diesen festgestellten Verstößen wurden nur 4,1 % überhaupt geahndet, wobei die verhängten Strafen völlig lächerlich sind. Zwei Beispiele: „Ein 13-jähriger, der in einem Sägewerk beschäftigt wurde, geriet in die Hobelmaschine und trug schwere Verletzungen davon. Der Unternehmer erhielt eine Geldstrafe von 50 DM. Auf einem Staatsgut wurden 20 Kinder bei der Ernte eingesetzt. Weil, nach Auffassung des Gerichts, die Folgen der Tat unbedeutend waren, verhängte es keine Strafe."

Klar ist, daß diese Arbeitsbedingungen – wobei berücksichtigt werden muß, daß schon die Festlegungen des alten Jugendarbeitsschutzgesetzes den Kapitalisten in großzügiger Weise entgegenkamen – ihren Niederschlag finden müssen in der gesundheitlichen Situation der Arbeiterjugendlichen. So wurde 1970 in Baden-Württemberg festgestellt, daß bei jedem zweiten arbeitenden Sozialversicherten von 15 bis 19 Jahren medizinische Maßnahmen erforderlich waren. Bei den Wehrpflichtigen des Jahrgangs 1948 – 80 % der Jugendlichen sind berufstätig – waren 28 % entweder dauernd untauglich, beschränkt tauglich oder vorübergehend untauglich. Dabei muß bei dieser Zahl beachtet werden, daß man zur Musterung ja schon in aller Regel mit dem Kopf unter dem Arm ankommen muß, um als untauglich eingestuft zu werden.

In den Berufsschulen wird der körperlichen Degradation der Arbeiterjugend faktisch nichts entgegengesetzt. Im Gegenteil. Gegenüber der Situation des Schulsports an den Berufsschulen ist die Lage an den Hauptschulen noch als rosig zu bewerten. Laut Stundenplan beträgt der Umfang des Sportunterrichtes an den Berufsschulen in der BRD 0,35 Stunden pro Woche. In Wirklichkeit erhalten jedoch nur zirka 7 bis 10 % der Berufsschüler überhaupt Sportunterricht. Der Quantität der Sportstunden entspricht die Qualität des Unterrichtes. Aus einer Untersuchung in Nordrhein-Westfalen geht hervor, daß von 824 hauptamtlichen Lehrkräften ganze 3 (in Worten: drei!) eine durch das Sportstudium erworbene Fachausbildung besaßen, womit noch keinerlei Aussage über die Qualität des Studiums gemacht ist. Außerdem besteht ein Fehlbestand an überdachten Sporthallen von 80 bis 85 %. Durch das neue Berufsbildungsgesetz, das die Möglichkeit der Aufhebung der Berufsschulpflicht vorsieht, kann diese Lage nur noch sehr wenig verschlechtert werden. Schlimmer geht's halt kaum noch.

Es ergibt sich die Frage, wie es bei einer derartigen „Fürsorge" des Staates möglich ist, die Profitproduktion aufrechtzuerhalten, ob es nicht zum Zwecke der maximalen Mehrwertauspressung von seiten des Kapitals aus sinnvoll ist, mehr Geld in den Sportunterricht zu stecken, um leistungsfähige, gesunde Arbeiter besser ausbeuten zu können? Die Antwort ist einfach. Der bürgerliche Staat gibt kein Geld für Sachen aus, die er auch umsonst haben kann. Und es geht fast umsonst. 65 % aller männlichen Jugendlichen in der BRD zwischen 14 und 18 Jahren sind Mitglied in einem Sportverein; knapp 5 Millionen zumeist schulpflichtige Kinder und Jugendliche sind es in der BRD.

Verbesserungen sind nicht geplant, denn Sportvereine tun's auch

Große Genugtuung über diesen Sachverhalt spiegelt dann auch der folgende Satz aus dem „Sportreport" des Hamburger Senats wieder: „Die Vereine bewältigen in der Gesundheitsfürsorge und Erziehung Aufgaben, die ohne ihre organisierende Kraft sonst vom Staat selbst wahrgenommen werden müßten." In welchen Größenordnungen sich die Einsparungen auf seiten des bürgerlichen Staates bewegen, soll folgendes Beispiel zeigen: Insgesamt 2,5 Milliarden Mark brachten die Sportvereine in der BRD an Beitragszahlungen und unbezahlten Leistungen auf; 1973 unterstützte der Staat die Vereine mit 140 Millionen Mark. Glatte 2,2 Milliarden gespart. Es wird also ein enormer Anteil der Kosten, die für die Gesunderhaltung und Leistungsfähigkeit durch Sport dienen, von der Bevölkerung direkt aus eigener Tasche bezahlt.

Erst in dem Moment, in dem trotz Sportverein und Schulsport die gesundheitliche Verelendung zu einer offensichtlichen Schranke der Profitanhäufung wird, kann man mit einigen Maßnahmen im Schulsport seitens des bürgerlichen Staats rechnen. Und auch das nur, wenn es von der Arbeiterklasse erkämpft wird.

Die sportliche Betätigung nimmt mit dem Eintritt in den „Ernst des Lebens" rapide ab. „Geschafft sein" vom Betrieb und keine Kraft mehr haben, sich durch Sport aktiv von den Belastungen zu erholen, heißt der Teufelskreis, in den ein großer Teil der Jugendlichen nun zwangsläufig gerät. Massenhafte Austritte von Lehrlingen aus Sportvereinen, bei den Jungen zu 30 bis 40 %, bei den Mädchen sogar zu 70 bis 80 %, sind eine deutliche Erscheinungsform dieser Entwicklung. In diesen Kreis paßt sich die Berufsschule mit ihrem dürftigen bis überhaupt nicht stattfindenden Sportunterricht mustergültig ein.

So geht es nicht weiter. Die Verhältnisse müssen radikal geändert werden

In der kapitalistischen BRD steht die Profitproduktion an erster Stelle. Ihr wird alles untergeordnet, sogar die Gesundheit. Die Arbeiterjugend und mit ihr die gesamte Arbeiterklasse haben keinerlei Interesse an der Aufrechterhaltung dieser katastrophalen Zustände. Schon 1932 schrieb H.Wagner: „Es bedarf wohl kaum vieler Worte, um auf den Zusammenhang und die Wechselwirkung zwischen der Gesundheit der proletarischen Klasse und ihrem Klassenkampf hinzuweisen. Müde, abgespannte und kranke Menschen sind bereits wegen ihrer körperlichen Schwäche schlechte Kämpfer. Starke und gesund e Menschen haben die Kraft, sich gegen unwürdige Zustände aufzulehnen."

Der Kampf muß geführt werden gegen die ruinösen Arbeitsbedingungen als auch gegen die Schulhoheit des bürgerlichen Staates, der als geschäftsführender Ausschuß der Kapitalistenklasse nichts anders im Sinn hat, als die Kapitali-
schäftsführender Ausschuß der Kapitalistenklasse nichts anders im Sinn hat, als die Kapitali-
sten zu füttern und die Arbeiterklasse und das Volk zu unterdrücken. In diesem Kampf beginnen Forderungen wie „Für Jugendliche unter 18 Jahren Beschränkung des Arbeitstages auf 6 Stunden" (KBW-Programm) und nach der täglichen Sportstunde an Bedeutung zu gewinnen (schon der Arbeiterturnerbund, gegründet 1893, trat ein für die Verkürzung der Arbeitszeit, damals für den 8-Stunden-Tag). Dies sind gleichwohl Forderungen der gesamten Arbeiterklasse, hat diese doch – gerade auch im Hinblick auf die Fortführung des Klassenkampfes – überhaupt kein Interesse an der körperlichen Verelendung ihrer Jugend.

Gefordert werden muß, daß der kapitalistische Staat seine Finger völlig raushält aus dem Volksbildungswesen. Erkämpft werden muß die Einheitsschule bis zum 18. Lebensjahr, die obligatorisch und unentgeltlich sein muß, mit polytechnischem Unterricht und unter Kontrolle des Volkes. Die Forderung nach der Einheitsschule entspricht dem Stand der gesellschaftlichen Produktion. „Aus dem Fabriksystem ... entsproß der Keim der Erziehung der Zukunft, welche für alle Kinder über einem gewissen Alter produktive Arbeit mit Unterricht und Gymnastik verbinden wird, nicht nur als eine Methode zur Steigerung der gesellschaftlichen Produktion, sondern als die einzige Methode zur Produktion vollseitig entwickelter Menschen." (Marx) Die Bourgeoisie wird die Durchsetzung dieser Forderung mit allen Mitteln bekämpfen. Ihre Maxime ist die Profitschinderei und die private Aneignung der gesellschaftlich erarbeiteten Werte. Und politisch ist die Einheitsschule mit dem bürgerlichen Staat nicht vereinbar, denn sie bedeutet eine direkte Zersetzung desselben. Darin liegt jedoch die Zukunft der Arbeiterklasse und der unterdrückten Schichten des Volkes. Zersetzung des bürgerlichen Staates bis es möglich ist, ihn vollständig zu stürzen und den Sozialismus aufzubauen. Im Sozialismus, nach der Zerschlagung der Profitproduktion, die nicht einmal in der Lage ist, die Gesundheit der breiten Schichten des Volkes zu garantieren, wird Schluß gemacht mit dem Raubbau am Körper der Arbeiterjugendlichen und der gesamten Arbeiterklasse. – (wl., Sportzelle der SSG Hamburg)

Die Kinder im sozialistischen China können ihre körperlichen Fähigkeiten voll entfalten. Sachverständige Zuschauer beim Tischtennisspiel.